Nr. 290 ♦ 44. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 148

Morgenausgabe

10 Pfennig

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.– Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt" und „Kulturarbeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.– Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292–297.

Mittwoch, den 22. Juni 1927

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Die Reform des Strafrechts.

Erste Lesung im Reichstag. – Genosse Landsberg gegen die Todesstrafe.

Die Reichstagssitzung vom Dienstag, dem 21. Juni, hat geschichtliche Bedeutung, denn sie galt der ersten Beratung eines in seiner Wirkung auf Jahrzehnte berechneten Gesetzgebungswerkes, der Reform des allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches. Auf der Regierungsbank hatten der Reichsjustizminister und der Reichskanzler Platz genommen. Das Parkett der Abgeordneten zeigte viel ausdauernde Zuhörer, denn es wurden große juristische Reden in glänzender Form und in ritterlicher Sachlichkeit geboten. Auch der wohlwollendste Beurteiler wird jedoch in diese Anerkennung, die dem greisen Volksparteiler Professor Dr. Kahl in gleichem Maße gilt wie dem Sozialdemokraten Landsberg, die beiden deutschnationalen Redner, nämlich den Reichsjustizminister Hergt und den Amtsrichter Barth-Chemnitz, nicht einschließen können.

Den kleinen, etwas gehässigen und sehr spießigen Herrn eines Schöffengerichts aus Sachsen übergeht man, wenn man ihm nicht wehtun will, am besten mit Schweigen. Den Reichsjustizminister aber muß man immerhin würdigen.

Herr Hergt sprach ohne innere Anteilnahme. Man vermißte in seiner Rede die Weihe, die dem großen Gegenstand angemessen gewesen wäre. Man hörte, daß frühere Entwürfe „zu humanitär" gewesen seien, und dagegen habe eine berechtigte Reaktion eingesetzt. Das Wort Reaktion klang immerhin sehr stilgerecht in des deutschnationalen Führers Munde. Dann kam ein Vergleich, der den ganzen Hergt besser als alles kennzeichnet: das Strafgesetzbuch vom Jahre 1871 sei eine zusammengeklappte Ziehharmonika und der neue Entwurf ziehe diese Ziehharmonika auseinander. Von Klassenjustiz gegenüber Proletariern, so rief Herr Hergt aus, weiß das Strafgesetz nichts: es kennt nur Staatsbürger und Verbrecher, womit also die Klassenjustiz endgültig erledigt ist. In dem österreichischen Strafgesetzbuch sei man bis auf einige Paragraphen einig. Worin man aber nicht einig ist, das ist die wichtigste und schicksalsschwerste Strafe, das Todesurteil. Die Todesstrafe wird in Oesterreich durch die Verfassung abgelehnt.

Nach dieser oberflächlichen Einführungsrede kam glücklicherweise eine wirkliche Einführung. Der Senior der deutschen Rechtswissenschaft, Professor Kahl, der in der Deutschen Volkspartei sitzt, hielt dem Hause in freier Rede ein Kolleg, das länger als eine Stunde den ganzen Reichstag in einmütiger Aufmerksamkeit hielt. Landsberg nannte später den Mann und die Rede verehrungswürdig. Er tat recht daran. Diese Wissenschaftlichkeit und rednerische Leistung eines Mannes im 79. Lebensjahre verdiente den einmütigen Beifall, den der Reichstag ihr spendete. Auch da, wo Kahl Gegensätze aufreißen mußte, tat er es in einer Art, die den Boden für fruchtbringende Auseinandersetzungen schafft. Was der Minister vergaß, holte der Rechtsgelehrte nach, er rühmte den Strafgesetzbuchentwurf des früheren Reichsministers Radbruch, der die ganze Strafrechtsreform ungemein gefördert habe.

Genosse Landsberg begann seine Rede, die nicht geringere Beachtung fand, als die des Professors Kahl, mit den Einwänden, die unsere österreichischen Genossen gegen den Gesetzentwurf zu machen haben. Ihnen ist er alles andere, als „zu humanitär". Das Haus horchte auf, als der sozialdemokratische Redner unerbittlichen Widerstand gegen die Todesstrafe ankündigte. Da hat sich der Gesetzentwurf leider nicht auf das stammverwandte Oesterreich, sondern auf Sowjetrußland bezogen. Ein Kommunist glaubte sich hier den Zuruf leisten zu dürfen, in Rußland sei die Todesstrafe abgeschafft. Man könnte darüber lachen, wenn einem die täglichen Hinrichtungen in Rußland nicht die Heiterkeit vergehen ließen. Landsberg wies mit klarer Logik und erschütternder Beweisführung nach, daß die Todesstrafe eine Barbarei und nicht geeignet sei, den einzigen Zweck zu erfüllen, den man ihr andichte, nämlich abschreckend zu wirken.

Dann ging unser Redner bei voller Würdigung der großen Fortschritte, die in dem Entwurf stecken, schon zur Kritik an wichtigen Einzelheiten über. Es fehlt noch der Schutz gegen Auswucherung menschlicher Arbeitskraft. Der Hochverratsparagraph bleibt gefährlich wie bisher. Noch trostloser steht es um den Landesverratsparagraphen. Landsberg verwies auf die Ungeheuerlichkeit, daß gegen ein Blatt, wie die „Frankfurter Zeitung" ein Landesverratsverfahren anhängig gemacht werden kann.

Der Kern des ganzen Gesetzentwurfes ist, wie Landsberg und vor ihm schon Professor Kahl heraushob, das weitgesteckte freie Ermessen für den Richter. Hier erhebt die Sozialdemokratie große Bedenken. Unser mangelndes Vertrauen in die Rechtsprechung wächst ja nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch daraus, daß viele Richter rein menschlich und in ihren Berufskenntnissen ihrem Amt nicht gewachsen sind. Mit Recht sagte Landsberg, daß ein Richter Soziologe, Psychologe, ein glänzender Pädagoge und ein Mensch von ausgezeichnetem Herzen sein müsse, wenn man ihm so weitgehendes freies Ermessen in die Hand geben wolle, wie es der Gesetzentwurf vorsieht. Ein unreifer Richter könne mehr Unheil anrichten, als ein Gewohnheitsverbrecher.

Landsberg schloß seine Rede, für die ihm die Fraktion durch lebhaften Beifall dankte, mit dem Idealbild eines künftigen Richterstandes, der die Kultur seiner Zeit begriffen hat und den Verbrecher als ein Erzeugnis seines sozialen Milieus zu würdigen weiß.

* * *

Gestern, Dienstag, begann im Reichstagsplenum die große politische Aussprache über die Reform des Strafrechts, die in erster Lesung zur Beratung steht. Die umfangreiche Vorlage umfaßt nicht weniger als 413 Paragraphen.

Abg. **Koenen** (Komm.) beantragt, die Vorlage von der Tagesordnung abzusetzen und erst eine Neuregelung des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Strafvollzugs herbeizuführen. Als von der Rechten der Ruf ertönt: „Lassen Sie doch das in Rußland machen!" entgegnet der Redner unter allgemeiner Heiterkeit: „In Rußland ist alles schönstens geregelt! — Der kommunistische Antrag wird abgelehnt.

Reichsjustizminister Hergt

Es sind gerade 25 Jahre her, daß mit den Arbeiten zu diesem Bau begonnen wurde. Vor fünf Jahren ist der erste amtliche Entwurf an das Reichskabinett gegangen. Es handelt sich hier nicht um ein Werk von einzelnen Menschen, sondern um ein Volkswerk. Es ist

ein Niederschlag des Volkslebens und Volksempfindens

und eine historische Notwendigkeit. Das Strafgesetz ist ein Wall, den wir zum Schutz der Kultur errichten. (Unruhe bei den Kommunisten.) Nicht das einzige, aber das letzte und stärkste Bollwerk für das Leben des einzelnen. (Zuruf links: Und für sein Eigentum!) Ein Strafgesetz ist immer ein Produkt seiner Zeit, nicht für die Ewigkeit bestimmt. Das gilt auch für das Strafgesetz von 1871, von dem wir heute Abschied nehmen. Es hat aber seine Aufgaben voll erfüllt bis in die letzte Zeit hinein, wenn es auch nicht mehr allen Anforderungen entspricht. Aber wie hat sich seitdem unser Vaterland, die Welt geändert. (Abg. Koenen (Komm.): Nur Hergt ist immer noch Justizminister!) Es kam eine Umwertung aller Wahrheiten, eine Umbildung unserer Anschauung von Menschen. Es kam die Not und es kamen die Großtaten der Kriegszeit. Die Kriminalität hat sich vermehrt. Nach der Revolutionszeit war es klar, daß das Pendel der Strafgesetzbestrebungen zu weit nach links ausschlagen würde.

Die Reaktion hat eingesetzt.

Der gesunde Kern ist übrig geblieben, den sie in diesem Entwurf verkörpert finden. (Lachen links.) Der neue Entwurf bemüht sich von jeder Schulmeinung fernzuhalten, er bemüht sich, über den Schulen zu stehen; er will in goldener Mittelstraße dasjenige finden, was am besten den Forderungen der heutigen Zeit angepaßt ist. In den Entwurf sind Bestimmungen aufgenommen, die nur nach der Schuld des Täters strafen wollen, nicht mehr noch außerhalb des Täters liegenden Umständen, eine Erweiterung des Rahmens der Strafen und der Strafen selbst, eine Zulassung von mildernden Umständen ganz allgemein und eine Zulassung von Straffreiheit in besonders gelagerten Fällen und Straferlaß. Ueber das Maß dieser Milderungen mögen die Ansichten vielleicht auseinandergehen. Dem Entwurf liegt nichts ferner als eine Verwässerung des Strafschutzes, eine Humanitätsduselei. Wir wollen ein Gesetz machen, auf Jahrzehnte hinaus. Wir dürfen aber nicht vorbeigehen an der Aufpeitschung der Massen, an der Beunruhigung unserer Verhältnisse, der Unmoral unserer Jugend. Darum ist verstärkter Strafschutz nötig, zumal im Interesse unserer Wirtschaft, die der Ruhe bedarf.

Dieses Strafgesetzbuch kennt keinen Begriff des Proletariers,

sondern nur den Begriff des Bürgers und des Verbrechers, der außerhalb des Gesetzes steht. Der Entwurf enthält auch eine Anzahl von Strafverschärfungen, über die wir im einzelnen Rechenschaft zu geben haben. Verschärfungen enthält der Entwurf vor allem für den Wucher und für den Gewohnheitsverbrecher. Für die Gewohnheitsverbrecher ist neben den

Neuwahlen in Rumänien.

Unter einer erzreaktionären Regierung.

Bukarest, 21. Juni. (WTB.) Da die Besprechungen über ein Wahlbündnis zwischen den Liberalen und der Nationalen Bauernpartei gescheitert sind, sind die liberalen Mitglieder des Kabinetts Stirbey heute mittag zurückgetreten. Der Rücktritt des Gesamtkabinetts steht für heute abend bevor. Voraussichtlich wird Jean Bratianu mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut werden. Man hofft, daß die Regierungskrise morgen bereits beendet sein wird.

Dem Wahlaufruf der rumänischen Sozialdemokratie entnehmen wir folgendes:

Als vor 14 Monaten nach einer Herrschaft von vier Jahren die „Liberalen" die Regierung verlassen hatten, hat die Bevölkerung aufgeatmet. Mit Wut und Grauen hat sie dieser vier Jahre blutiger Gewalt und wirtschaftlichen Elends gedacht. Sie hat festgehalten, daß das Brot von 3 Lei im Jahre 1922 in diesen vier Jahren auf 12 Lei verteuert worden ist, das Fleisch aber von 8 auf 35 Lei. Die Liberalen haben die Steuer auf großes Kapital aufgehoben und für die großen Einkommen vermindert. Das Elend im Schulwesen, das Versagen in der sozialen Fürsorge, die Gesetzgebung im Staatsbürgerrecht, die Behandlung der nationalen Minderheiten, der Terror gegen die Arbeiterbewegung, die Lockerung des Mieterschutzes und endlich das Ausnahmegesetz, das waren die sonstigen Leistungen der Liberalen. Und ihre Nachfolger, die Averescaner, haben die Politik der Liberalen fortgesetzt. Sie haben die Steuer für die Bauern, für die Mieter und für alle arbeitenden Menschen hinaufgeschraubt. Haben die Liberalen nicht nur nichts für die Arbeiterklasse getan, sondern überdies auch das ganze Gesundheitswesen vernachlässigt, so haben

die Averescaner die Millionen im Gesundheitsministerium auf sich aufgeteilt.

Sie haben die Wirtschaft vollständig erschlagen. Die alles zerfressende und zersetzende Korruption hat unter ihrem Regime den Gipfel erreicht und sie waren bereit, auch das faschistische Gewaltregime einzuführen. Die Diktatur der Banken hat die Diktatur des Abenteuertums besiegt.

Die Wirtschaftskrise hat unerträgliche Formen angenommen, Betriebe müssen eingestellt werden, indes Tausende von Händen nach Arbeit verlangen. Die Teuerung wächst von Tag zu Tag, indes die Einnahmen dieselben geblieben sind. Ein wahnsinniges Zollsystem erhöht die Preise auch der wichtigsten Bedarfsartikel in derselben Zeit, in der der inländische Markt durch den Mangel an Arbeit erschlagen worden ist.

Aus der allgemeinen Schulpflicht ist ein Zwang zum Analphabetismus und zur Entnationalisierung gemacht worden.

Die Minderheitsnationen sind Bürger zweiter Klasse.

Vielfach hat man ihnen entgegen den Friedensverträgen das Staatsbürgerrecht vorenthalten und sie sind dank der rückgratlosen Politik ihrer bürgerlichen Parteien ein Handelsobjekt der herrschenden Parteien. Die wahre rumänische Demokratie hat kein Interesse daran, die Minderheitsnationen zu vergewaltigen und zu entrechten. Der Aufruf fordert Amnestie für politisch Verurteilte und Verfolgte, Verkürzung der Militärdienstzeit, moderne Arbeitergesetzgebung und wirkliche, saubere Agrarreform. Der

Ausnahmezustand

in jeder Form müsse endlich einmal aufgehoben werden. Die Hälfte von Rumänien ist unter dem Vorwande von Unruhen oder Grenzen vom normalen Rechte und von den Bestimmungen der Verfassung ausgenommen! Schließlich fordern unsere Genossen, daß die Produktion durch alle Mittel gefördert werde. Die Artikel des notwendigen Bedarfs müßten von allen Zöllen und Steuern freigelassen, die Steuern von den Reichen getragen werden und dürften nicht das Arbeitseinkommen belasten, das Existenzminimum müsse steuerfrei bleiben, der Kleinbauer geschützt werden durch billige Kredite, Ermöglichung der Verwertung seiner Produkte und Reduzierung der Bodensteuern.

strengen Strafen auch die Sicherungsverwahrung vorgesehen; sie müssen aus der menschlichen Gesellschaft ausgeschieden werden können, solange sie eine Gefahr bilden. Diese tiefen Eingriffe in die Freiheit dürfen natürlich nur unter besonderen Kautelen vorgenommen werden. Der Entwurf enthält ferner ein ganzes System von Sicherungsmaßnahmen bei der Bestrafung. Wenn Geisteskranke freigelassen werden, stürzen sie sich jetzt ungehindert auf die Menschheit; jetzt können geisteskranke Verbrecher in eine Pflegeanstalt verwiesen werden. Wesentliche Bestimmungen sind auch über die Alkoholwirkungen vorgesehen; hier will der Entwurf an die Wurzel des Verbrechens herangehen und das Uebel ausrotten, das zur Entnervung führt. Angesichts der Machtvollkommenheit, die durch den Entwurf in die Hände des Richters gelegt wird, und der Verantwortung, die ihn trifft, hört man oft den Einwand, wo das Richtertum ist, daß diese Aufgaben meistern soll; man möge doch erst auf personellem Gebiete mit der Besetzung der Gerichte Ordnung schaffen. Der Strafrichter ist nicht mehr der Buchstabenmensch, der Weltfremde, wie man es ihm früher vorwarf; auch er hat gelernt, den Menschen bewerten. Der Richter selbst muß sich noch fortbilden und durchbilden und auch manche Vorurteile ablegen. Die richterliche Unabhängigkeit muß gewährleistet und das Ansehen des Richters muß gehoben werden.

Gebt nur dem Richter ein neues Gesetz, er wird es richtig anwenden!

Mit Oesterreich ist eine fast völlige Identität der Strafgesetzentwürfe herbeigeführt worden. Ein Vertreter der österreichischen Regierung hat ständig hier bei uns im Justizministerium mitgearbeitet und wertvolle Anregungen gegeben. Der Entwurf, der demnächst dem österreichischen Parlament zugeht, wird sich wortwörtlich decken mit dem vorliegenden, mit Ausnahme der Todesstrafe, die durch die österreichische Verfassung ausgeschlossen ist. Ich begrüße diese Uebereinstimmung als ein Zeichen der untrennbaren Kulturgemeinschaft beider Länder. Unsere Grüße gehen nach Oesterreich hinüber, mit dem Wunsche, daß das Band uns noch enger verknüpfen möge im Interesse des Ganzen, im Interesse des Deutschtums. (Beifall.)

Gelingt es nicht, bis zum Frühjahr das Gesetz unter Dach und Fach zu bringen, so stehen Wahlen bevor, die seine Verabschiedung hinausschieben. Man müßte von vorn anfangen. Ich kann den Appell des Leiters des Justizamtes, Leonhard, übernehmen, der 1871 den damaligen Entwurf einbrachte: Die Stunde ist ernst und groß, nutzen Sie die Stunde zur Aufrichtung eines unvergänglichen Denkmals des deutschen Geistes und des nationalen Rechtswesens! (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.)

dankt zunächst dem Reichstag dafür, daß es ihm möglich sei, unmittelbar hinter dem Minister das Wort zu ergreifen, zumal er von Anfang an persönlich mit dem Gange der deutschen Strafrechtsreform aufs engste verbunden war. Unmittelbar nach Verabschiedung des großen Werkes des Bürgerlichen Gesetzbuches setzte die Reform für das neue deutsche Strafgesetzbuch ein, weil das Strafgesetzbuch von 1871 veraltet war. Die tiefsten Gründe, warum man die Reform in die Hand nahm, lagen nicht in den Fehlern des Strafgesetzbuches, sondern vielmehr in außerhalb gelegenen Ursachen und Erscheinungen von teilweise sogar internationalem Charakter. Es war doch kein Zufall, daß die Versuche einer Reform des Strafrechts gleichzeitig auch in anderen Staaten einsetzten. Die Ursachen lagen wesentlich im Verbrechertum selbst. Vielfach hatte sich

die Art des Verbrechertums geändert,

damit auch die notwendige Methode seiner Bekämpfung. Die in schnellster Entwicklung erfolgte grundstürzende wirtschaftliche Veränderung, die Entwicklung der Großstädte, des Verkehrs, der Technik ... alles das hatte eine neue Lage geschaffen. Dabei zeigte sich zugleich eine Vermehrung der rückfälligen Verbrecher, die Zunahme der jugendlichen Verbrecher, die Entwicklung eines gewissen Verbrechervirtuosentums. 1908 lag der erste Entwurf einer Strafrechtsreform vor. Die Strafrechtsreform war von Anfang an

eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes;

so soll es bleiben, 1911 trat jene Strafrechtskommission zusammen, in deren zweiten Hälfte ich die Ehre hatte, den Vorsitz zu führen. Da entstand der Kommissionsentwurf von 1913, der die Grundlage aller späteren Entwürfe geblieben ist. Der Ausbruch des Krieges hat die Entwicklung jäh unterbrochen.

Der Einfluß des Krieges auf die Strafrechtsreform war geradezu verheerend.

Der Zustand wurde nahezu unerträglich, es war ein schwerer Notstand. Man wußte tatsächlich nicht mehr, unter welchem Strafgesetz man stand. Um so dankenswerter war es, daß das damalige Reichsjustizamt bereits im Frühjahr 1918, als wir glaubten, daß unseren Waffen ein anderer Erfolg beschieden sein würde, die Strafrechtsreform wieder aufgenommen hat. 1919 ist der dritte Entwurf entstanden, aber erst 1921 veröffentlicht worden. Dieser Entwurf wurde durch den vierten Entwurf, den Ministerentwurf Radbruch, überholt. Der wurde das Opfer einer Regierungskrise. Gleichwohl ist dieser Entwurf bekannt geworden. Er hat grundsätzlich vor allem Aenderungen im Strafsystem herbeigeführt. Dieser Entwurf hat — das muß auch der sachliche Gegner anerkennen — die ganze Strafrechtsreform ungemein gefördert; er hat vor allem eine textliche Unterlage gegeben. Aus ihm hat sich dann der fünfte Entwurf entwickelt. Hieraus entstand dann unter Mitwirkung des Reichsrats der sechste Entwurf 1925.

Das alte Strafrecht war vor allem mangelhaft in der psychologischen Erfassung des Verbrechers. Der neue Entwurf bringt eine bessere Regelung des Strafverfahrens gegen geisteskranke, geistig minderwertige und alkoholische Verbrecher. Es berücksichtigt auch mehr als das alte Strafgesetzbuch die Erscheinung des gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Verbrechers. Die Ziele der Reform sind die Verbindung der Sicherung mit der Strafe, die Erweiterung der Freiheit des richterlichen Ermessens und die Vereinfachung der Tatbestände. Der Reichsrat hat durch manche seiner Aenderungsbeschlüsse das Werk sehr erschwert, aber ich habe doch das Vertrauen, daß dem Reichstag der große Wurf gelingen wird. Gewiß werden wir über die Frage der Todesstrafe zum Streit kommen. Sie ist in dem Entwurf beschränkt auf Mord und kann bei mildernden Umständen durch Freiheitsstrafe ersetzt werden. Das entspricht einem Antrag, den ich schon in Weimar gemeinsam mit den Demokraten und Sozialdemokraten gestellt habe, eine damals für mich recht gewagte Koalition. (Heiterkeit.) Wir können aber den Streit um die Todesstrafe sehr ruhig ausfechten, denn es handelt sich nur um die politische Zweckmäßigkeitsfrage, ob der Staat jetzt schon nach dem Stande der Kriminalität in der Lage ist, auf das äußerste Strafmittel zu verzichten. Eine weitere Streitfrage kann die Bestimmung über den

Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte

bilden. Ich würde es für richtig halten, wenn der ehrlose Verleumder mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft wird. (Beifall.) Auch der Streit über die Grenzen der Freiheit des richterlichen Ermessens wird sich in ruhigen Formen austragen lassen. Bei gutem, ernstem Willen muß es möglich sein, alle Differenzen in dieser Frage zu überwinden, wenn immer das große Grundsätzliche in den Vordergrund geschoben wird. Hier wäre es sehr bedenklich, Einzelheiten ändern zu wollen. Im Ausschuß werden wir diese Einzelheiten erörtern können, aber hier im Plenum wird das kaum möglich sein. Das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch mit seinen 2385 Paragraphen und 218 Einführungsartikeln ist in kaum einem halben Jahr vom Reichstag im Plenum und Ausschuß verabschiedet worden. Ich gedenke heute an seinem achten Todestag meines Freundes v. Liszt, mit dem ich zusammen in vollster Einigkeit an der Strafrechtsreform zusammengearbeitet habe. Bei dieser gemeinsamen Arbeit der Vertreter der klassischen und der modernen Strafrechtspflege zeigte sich deutlich, daß der Begriff der Vergeltung und der Zweckmäßigkeit sich nicht gegenseitig ausschließen. Schon in dem deutschen Strafrecht Karls X., der Carolina, heißt es, daß bestraft wird „aus Lieb der Gerechtigkeit und um gemeinsamen Nutzens willen!" Auch damals schon diese Verbindung, so daß wir hier nicht nötig haben, die praktische Erledigung der dringenden Reform durch einen Streit über die Rechtstheorie zu erschweren. Wir müssen das Strafrecht entpolitisieren. Kommt die Strafrechtsreform jetzt nicht zustande, dann erreichen wir sie in absehbarer Zeit überhaupt nicht. Die im Zusammenhang mit Oesterreich gehegten nationalen Erwartungen würden dann enttäuscht, vielleicht niemals erfüllt werden. Es kommt lediglich auf den guten Willen an. Ist der vorhanden, dann kann im Reichstag das große Werk gelingen, und der Reichstag hat sich dann im Staat, Volk und Vaterland wohlverdient gemacht.

Die Stellung der Sozialdemokratie.

Abg. Landsberg (Soz.):

Es gibt Dinge, in denen wir trotz aller politischen Trennungslinien alle übereinstimmen, dazu gehört die Verehrung des Verehrungswürdigen. Sie werden mich wohl alle als ihren Herold gelten lassen, wenn ich meine aufrichtige Bewunderung und meine Freude ausspreche über die Rede meines Vorredners, in der sich die Weisheit des Alters mit dem schönen Eifer der Jugend vereint hat und mit der unsere Verhandlungen in würdigster Weise eingeleitet worden sind. (Lebhafter Beifall bei allen Parteien.) Es ist ein erhebender Gedanke, zu einem Gesetze zu sprechen, das gleichzeitig für Deutschösterreich Gültigkeit erhalten soll. Bis auf das deutsche Handelsgesetzbuch, das für das Reich und für Deutschösterreich gemeinsam Geltung hat, haben wir diesen Rechtsausgleich bisher noch nicht gehabt. Wenn es uns gelingt, ihn hier zu erreichen, dann wird das schöne Wort Geltung haben:

kolorierte Landkarten können Deutsche nicht von Deutschen trennen.

Freilich muß auch das Strafrecht in Uebereinstimmung mit unseren allgemeinen Kulturzuständen stehen, und um das bei dem vorliegenden Entwurf zu erreichen, werden noch erhebliche Aenderungen notwendig sein. Meine österreichischen Parteigenossen stehen auf demselben Standpunkt wie wir, daß das Strafrecht nicht nur für Ruhe und Ordnung zu sorgen hat. Sie haben den Eindruck, daß bei uns zuviel bestraft wird, und daß

die politischen Kämpfe im Gerichtssaal noch fortgesetzt

werden. Was würde wohl Luther und Lessing geschehen sein, wenn sie heute lebten; sie würden wohl mindestens so strenge bestraft werden, wie meine Parteifreunde wegen der angeblichen Beleidigung des Pastors Hell. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Meine österreichischen Parteigenossen haben weiter die Befürchtung, daß ihre gute Justiz verdrängt werden könnte, wenn eine Rechtsgleichheit mit der deutschen Justiz erzielt wird. Ich halte diese Besorgnis für übertrieben, aber ich verstehe, wenn die Oesterreicher nicht mit der gleichen Begeisterung unseren Gesetzentwurf begrüßen, wie es der Vorredner getan hat. Auf derartige Stimmen müssen wir aber die weitestgehende Rücksicht nehmen. Meine österreichischen Parteifreunde üben vor allem schärfste Kritik daran, daß in der Vorlage die Todesstrafe vorgesehen ist, deren Beibehaltung die Rechtsgleichheit mit Oesterreich verhindern würde.

Oesterreich hat die Todesstrafe durch die Verfassung abgeschafft.

sie könnte nur mit qualifizierter Zweidrittelmehrheit wieder eingeführt werden. Das ist aber ganz ausgeschlossen. **Auch wir werden gegen die Beibehaltung der Todesstrafe den lebhaftesten Widerstand leisten,** über dessen Stärke sie sich nicht dadurch täuschen lassen dürfen, daß ich heute nur kurz darauf eingehe. Ich bedauere außerordentlich, daß die Reichsregierung sich in diesem Punkte nicht auf die Seite Oesterreichs, sondern auf die Seite Sowjet-Rußlands gestellt hat, daß in etwa 24 Paragraphen die Todesstrafe vorsieht. Die Beibehaltung der Todesstrafe wird damit begründet, daß infolge des Krieges die Mordtaten außerordentlich zugenommen hätten, es sei deshalb nicht möglich, auf die Todesstrafen als Abschreckungsmittel zu verzichten. Wir haben aber doch schon längst die Todesstrafe, und wie wenig abschreckend sie gewirkt hat, geht doch daraus hervor, daß im Jahre 1902/40, im Jahre 1926 aber 177 Todesurteile gefällt worden sind. (Hört hört bei den Sozialdemokraten.) Kann man da noch von einer abschreckenden Wirkung der Todesstrafe reden? Es ist richtig, daß der Krieg eine ungeheure Vorrohung der Gesinnung gebracht hat. Aber diese Krankheit kann man nicht dadurch heilen, daß man dem Kranken den Kopf abschlägt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im Jahre 1912 hat Herr Kahl sich gleichfalls gegen die Todesstrafe ausgesprochen. Wenn sie eine abschreckende Wirkung ausüben soll, warum wird sie nicht öffentlich vorgenommen, warum wird unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit, im Morgengrauen der Verurteilte nach allen Regeln abgeschlachtet? Die Strafe besteht doch in Wirklichkeit in der graugnhaften, entsetzlichen Angst des Delinquenten in den letzten Stunden vor der Hinrichtung. Wer seinen Racheinstinkten nachgibt, mag so handeln, aber

der Gesetzgeber muß sich von den blutdürstigen Vergeltungsstandpunkt eines primitiven Menschen freihalten. (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.)

Wir bestehen also darauf, daß diese Strafe, die barbarisch ist, aus dem Strafgesetzbuch verschwindet. Vor allem ist die Todesstrafe, wenn sie einmal infolge eines Justizirrtums erfolgt ist, irreparabel.

Dem Gesetzentwurf kann man wegen seiner klaren Ausdrucksweise Achtung entgegenbringen. Aber der Reichsrat hat daran eine Reihe von Aenderungen vorgenommen, die nicht gerade schön sind. So hat er die Worte „ein anderer" durch „jemand" ersetzt. Die Verfasser der Vorlage scheinen sich das Ziel gesetzt zu haben, auch nicht eine Lücke offen zu lassen. Wo ein Uebeltäter bisher noch durchschlüpfen konnte, ist jetzt ein Riegel vorgeschoben worden. Nur in einer Beziehung haben merkwürdigerweise die Verfasser den gleichen Ehrgeiz nicht gezeigt, nämlich auf dem Gebiete der

Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft.

Hier füllt der Entwurf die bestehenden Lücken nicht aus. Nach unserer Auffassung liegt kein Bedürfnis für eine Bestrafung der Verleitung zum Selbstmord vor. Der Entwurf wollte nur Gefängnis, der Reichsrat sieht aber bei besonders schweren Fällen der Verleitung zum Selbstmord Zuchthausstrafe vor. (Heiterkeit.) Auch die Bestrafung wegen Beleidigung von Verstorbenen ist überflüssig, ebenso die Bestrafung wegen Verabfolgung nikotinhaltiger Waren an Jugendliche unter 16 Jahren. Wenn Jugendliche sich Zigaretten verschaffen wollen, dann werden sie schon eine Ausrede finden, um sie vom Händler zu erhalten. Soll dieser deswegen dafür bestraft werden? Bedenklich halte ich es auch, daß wegen Preisgabe von Mitteilungen aus Verhandlungen, bei denen die Oeffentlichkeit ausgeschlossen war, Gefängnisstrafen verhängt werden können.

Ich gebe zu, daß der Entwurf auch manches Gute bringt. So enthält er das entschiedene Bekenntnis zum Besserungszweck der Strafe, und daß mehr der Täter als die Tat betrachtet werden soll. Weshalb erhält aber bei Idealkonkurrenz der Richter die Befugnis, die Strafe um die Hälfte zu erhöhen? Auch soziale Gedanken sind in beachtlicher Anzahl in dem Entwurf enthalten oder wenigstens enthalten gewesen. So die Bestimmung, daß jemand, der beim besten Willen eine Geldstrafe nicht bezahlen kann, ersatzweise nicht ins Gefängnis wandern soll. Ich begrüße weiter die Beseitigung des Unterschiedes zwischen dem beachtlichen Tatsachenirrtum und dem unbeachtlichen Rechtsirrtum. Weshalb ist aber die Strafe für Mundraub von sechs Wochen auf drei Monate erhöht worden? (Sehr wahr! bei den Soz.) Weshalb soll das gewerbsmäßige Betteln nach dem Entwurf anstatt mit bisher sechs Wochen mit sechs Monaten bestraft werden? Man muß doch bedenken, daß nach der bisherigen Rechtsprechung schon ein einziger Fall des Bettelns zur Feststellung der Gewerbsmäßigkeit führen kann. In politischer Hinsicht neigen die Verfasser des Entwurfes dazu, aus den staatsrechtlichen Veränderungen gewisse Folgerungen zu ziehen. Bei den politischen Delikten gibt es leider noch den Begriff des Proletariers. Den Begriff der Staatsverleumdung sollten wir ablehnen. Ich erinnere an einen der bekanntesten Fälle der Staatsverleumdung, als Bismarck vor der Wahl im Jahre 1878 einen Abgeordneten verfolgen ließ, weil dieser gesagt hatte, der nächste Reichstag solle 100 Millionen neuer Steuern bewilligen. Der Mann hatte insofern unrecht, als nicht 100 Millionen, sondern 200 Millionen Steuern damals bewilligt worden sind.

Auch auf dem Gebiete des Hochverrats müssen wesentliche Verbesserungen geschaffen werden.

Leider hat auch hier der Reichsrat Verschlechterungen hineingebracht. Wir werden alles daransetzen, um einen Zustand zu beseitigen, der es ermöglicht, daß Verleger, Drucker und selbst Setzer wegen Hochverrats verurteilt werden, wenn sie Bücher mit angeblich hochverräterischem Inhalt herausgeben und herstellen. Auch der schimpfliche Vorwurf des Landesverrats wird vielfach wegen Handlungen erhoben, bei denen man sagen muß: eine Anklage wegen Landesverrat erleiden ist ehrenvoller, als sie erheben. Bei den Landesverratsprozessen, mit denen wir in letzter Zeit in der Hauptsache zu tun hatten, handelte es sich nicht darum, dem Lande Schaden zuzufügen, im Gegenteil, dem Reiche einen Dienst zu leisten. Jetzt ist sogar gegen die Redaktion der „Frankfurter Zeitung" eine Anklage wegen Landesverrats erhoben worden, eine Zeitung, von der kürzlich festgestellt worden ist, daß gerade sie den Widerstand der Bevölkerung im besetzten Gebiet gestärkt habe. Trotzdem wir im Volksstaat das Recht zu Versammlungen und Kundgebungen haben, sollen noch die alten Paragraphen bestehen bleiben, die zu den ungeheuerlichsten Ergebnissen geführt haben.

Die Bestimmungen wegen Landfriedensbruch entsprechen in keiner Weise der heutigen Zeit.

Nach diesen Paragraphen müßten manche nächtlichen Taten betrunkener Studenten, wenn sie Laternenscheiben zerschlagen, Nachtwächter verprügeln, von Doktorhäusern Schilder abreißen und sie vor dem Hause des Totengräbers befestigen, als Landfriedensbruch bestraft werden, die heute sehr milde als grober Unfug angesehen und bestraft werden. Bei den Paragraphen über die Wahrnehmung berechtigter Interessen spürt man keinen Hauch der neuen Zeit. In gewisser Beziehung sind diese Bestimmungen sogar noch verschlechtert worden.

Der Richter ist heute nicht mehr der Vertreter des Königs, sondern Mandatar des Volkes, von dem alle Staatsgewalt ausgeht.

Daher muß auch an gerichtlichen Urteilen unter dem Schutze des heutigen § 193 Kritik geübt werden dürfen. Die Presse wolle ich, zuviel von dem neuen Strafgesetzbuch zu erwarten. — Ich komme nun zum Kernstück des ganzen Entwurfes,

das freie Ermessen des Richters.

In einer Beziehung ist es zu begrüßen, wo es dem Richter den freiesten Spielraum bei der Bemessung des Strafmaßes gestattet. Aber bei einer ganzen Reihe anderer Bestimmungen haben wir die lebhaftesten Bedenken gegen das freie richterliche Ermessen. Unerträglich ist der § 78, der gestattet, daß jemand, der wegen eines Verbrechens oder Vergehens zu einer Strafe von sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist und eine zweite Strafe von gleicher Dauer erlitten hat, bei einem abermaligen Rückfall mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft werden kann. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nicht nur aus dem Grunde, weil wir

zur politischen Justiz kein Vertrauen

haben, tragen wir die größten Bedenken, den deutschen Richtern das Vertrauen zu schenken, das ihnen der Entwurf in so weitgehendem Maße entgegenbringt. Gewohnheitsverbrecher sollen möglichst lange von der Gesellschaft ferngehalten werden, und daher erhält der Richter das Recht zur Sicherheitsverwahrung. Paßt das aber in ein Gesetz, das den Verbrecher bessern will? **Das Gericht kann durch die Sicherheitsverwahrung die Strafe beliebig verlängern und dadurch erst einen Menschen, der von Natur gutartig ist, zum verstockten und böswilligen Menschen machen.** Warum können wir den deutschen Richtern keine so weitgehende Vollmacht erteilen, wie sie die Berechtigung zur Sicherheitsverwahrung von Gewohnheitsverbrechern darstellt. Um mit diesem Rechte keinen Mißbrauch zu treiben, muß der Richter auch Soziologe, Psychologe, Erzieher, ein Mann mit Herz sein, er muß die Möglichkeit haben, mit den Strafgefangenen zusammenzukommen, sie zu einem anderen Leben anzuleiten. Sind aber etwa die Männer, die heute in Deutschland Recht sprechen, so beschaffen? Wir haben heute im ganzen 10 000 bis 12 000 Männer, von denen wir nichts anderes wissen, als daß sie die Befähigung zum richterlichen Amt haben. Das genügt aber nicht, um ihnen ein so großes Vertrauen entgegenzubringen. **Mit einer solchen Vollmacht würde unter den heutigen Umständen mehr Unheil als Gutes geübt werden.** (Sehr wahr! bei den Soz.) Zum Schluß erkläre ich: Die besten Gesetze sind nutzlos, wenn sie nicht angewendet werden von Männern, die die Kultur ihrer Zeit erfaßt, wahre Liebe zu ihren Mitmenschen haben und auch den Verbrechern kein Vorurteil entgegenbringen. Ein englisches Wort heißt: Männer, keine Maßnahmen. Dieses Wort ist nicht ganz richtig. **Wir brauchen erst Männer, dann Maßnahmen,** das scheint das Ziel zu bezeichnen, nach dem wir alle streben müssen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. **Barth** (Dnat.): Der Minister Hergt ist noch nicht so lange im Amt, daß er imstande gewesen wäre, deutschnationale Grundsätze in die Vorlage hineinzuarbeiten. Wir haben gegen den Entwurf schwere Bedenken vorzubringen. Der Entwurf enthält noch aus der Zeit des sozialdemokratischen Ministers Radbruch viele Gesichtspunkte, die wir nicht billigen können. Die Vermischung von Gnade und Recht geht uns aber immer noch zu weit. Der Laienrichter würde sich im alten Strafgesetzbuch übrigens sicher viel leichter zurechtfinden als in diesem neuen. Wir behalten uns Aenderungsanträge zur Beseitigung der zahlreichen Milderungen vor, die dieser Entwurf bringt. Das Maß richterlichen Ermessens ist in dem Entwurf doch übersteigert. **Das ist ein Danaergeschenk für die Richter in einer Zeit, wo die Oeffentlichkeit so wenig geneigt ist, sachliche Gerichtsurteile auch sachlich zu beurteilen. Unser Recht ist jetzt schon viel zu human.** In England gibt es noch die Prügelstrafe. (Zuruf b. d. Komm.: Die ersten Prügel müßten Sie haben!) Wir begrüßen die Rechtsangleichung an Oesterreich; für ebenso wichtig halten wir aber den Anschluß an die alten deutschen Rechtsgüter. (Beifall b. d. Deutschnationalen.)

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf **Mittwoch, 14 Uhr.**

Abgeordnete als Aufsichtsräte.

Gegen die Verquickung von Politik und Geschäft.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

„Die Mitglieder des Reichstags sind verpflichtet, dem Präsidenten des Reichstags mitzuteilen, ob und in welchen Unternehmungen (Privatunternehmungen, gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen und öffentlichen Unternehmungen) sie Posten als Aufsichtsratsmitglieder innehaben.

Der Präsident des Reichstags führt eine Liste der Aufsichtsratsmitglieder und bringt sie halbjährlich zur Kenntnis des Reichstags."

Zweck des Antrages ist es, zu verhindern, daß Abgeordnete als Sachverwalter gleichzeitig durch ihr Aufsichtsratsmandat an die Interessen öffentlicher Interessen auftreten, während sie privater Unternehmungen gebunden sind und diese Tatsache der Oeffentlichkeit vorenthalten.

Ueber die Bedeutung des Problems unterrichtet ein Artikel des Genossen Paul Hertz im Wirtschaftsteil dieser Nummer.

Reichstag und Außenpolitik.

Der Aeltestenrat des Reichstages hat am Dienstag beschlossen, die außenpolitische Debatte auf Grund der vorliegenden drei Interpellationen endgültig für Donnerstag und Freitag festzusetzen. Am Freitag sollen die Abstimmungen stattfinden, falls irgendwelche Anträge zu dieser Debatte gestellt werden. Bisher liegen solche Anträge noch nicht vor.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist zu Freitag einberufen worden, um einen Bericht des Außenministers entgegenzunehmen.

In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann am Mittwoch die Parteiführer über die außenpolitische Lage unterrichten wird.

Major Henning kneift.

Erst hetzen — dann tapfer bestreiten.

Der als Judenfresser und Radauredner unrühmlichst bekannte völkische Reichstagsabgeordnete Henning hatte sich vor dem Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags wegen Aeußerungen zu verantworten, die er sich im Februar 1925 in einer völkischen Bauernversammlung in Aurich geleistet hat. Er hat dort, wie aus einer Beschwerde von fünf Beamten des Finanzamts Aurich (Steueroberfekretären und Inspektoren) hervorgeht, die Bauern aufgefordert, „den Vollziehungsbeamten, der wegen rückständiger Steuern auf dem Hofe erscheine, mit Dreschflegeln fortzujagen". Weiter hat er in nicht mißzuverstehender Weise auf die Winzerunruhen in Bernkastel und ähnliche Vorgänge an anderen Orten hingewiesen. Also Aufforderung zur Verweigerung der Steuerzahlung und zum Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Der Reichsfinanzminister hatte Anzeige erstattet. Die fünf Finanzbeamten haben sich bereit erklärt, ihre Aussagen, die sie als Teilnehmer der Versammlung am anderen Tage in begreiflicher Empörung schriftlich festgelegt hatten, zu beeiden. Sie bitten geradezu um eidliche Vernehmung. Herr Henning bestritt alles. Er habe lediglich auf jene Vorgänge hingewiesen, ohne aber zum Widerstand aufzufordern. Im Gegenteil, er habe dringend davon abgeraten. Herr v. Graefe, der politische Freund des Herrn Hitler, hatte bereits vorher im Plenum den Geschmack bewiesen, die Beamten, die die Beschwerde mit ihren Namen decken und ihre Aussagen zu beeiden bereit sind, „hergelaufene Leute" zu nennen.

Leider hat der Ausschuß trotz der schweren Beschuldigungen, die gegen Herrn Henning erhoben werden, sich gegen die Aufhebung der Immunität ausgesprochen, so daß den Finanzbeamten die Möglichkeit genommen worden ist, sich zu wehren.

Herr Henning wird also nicht nur weiter schimpfen, sondern sich auch Aeußerungen leisten dürfen, für die er als Nichtabgeordneter einiges aufgebrummt erhalten würde. Uns scheint hier ein offenbarer Mißbrauch verfassungsmäßig gesicherter Vorrechte durch einen hemmungslosen Charakter vorzuliegen. Man darf wohl fragen: Wie wäre es Herrn Henning ergangen, wenn er das Pech hätte, nicht der äußersten Rechten, sondern der äußersten Linken als Abgeordneter anzugehören? Und ist vielleicht das große Verständnis, das die Ausschußmehrheit Herrn Henning bewies, darauf zurückzuführen, daß die Regierungsmehrheit sehr wacklig geworden ist und sich nach Stützen umsieht — und wenn es auch nur die Zwei-Männer-Fraktion Graefe-Henning wäre?

Die Genfer Besprechungen.

Britische Regierungsmitteilung.

London, 21. Juni. (WTB.) Im Unterhaus antwortete Locker Lampson auf eine Anfrage Kenworthys (Soz.), im Laufe des zwanglosen Gedankenaustausches zwischen Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Japans, Belgiens und Deutschlands gelegentlich der letzten Zusammenkunft in Genf seien keine neuen Verpflichtungen übernommen oder verlangt worden, jedoch hätten alle Teilnehmer ihren festen Entschluß zum Ausdruck gebracht, die Durchführung der Locarno-Politik fortzusetzen. Chamberlain habe mitgeteilt, er habe die Zuversicht, daß eines der Ergebnisse der Besprechungen sein werde, die baldige beiderseitige Durchführung derjenigen Maßnahmen zu erleichtern, die noch ergriffen werden müssen, um früheren Vereinbarungen der Mächte wie zu dem Beschlusse der Botschafterkonferenz in bezug auf die Truppen im Rheinland und die verschiedenen noch nicht erledigten Punkte in bezug auf die Entwaffnung, volle Wirksamkeit zu verleihen.

Die Lunéviller Rede Poincarés.

Interpellationen der Linken in der Kammer.

Paris, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Rede Poincarés in Lunéville wird nicht ohne parlamentarisches Nachspiel bleiben. Die Fraktionen der Linken haben beschlossen, diese Rede zum Gegenstand von Interpellationen zu machen. Die Interpellation der Sozialisten dürfte Abg. Fontanier begründen.

Die radikale und die radikal-soziale Fraktion haben beschlossen, der Regierung die Frage vorzulegen, welche die amtliche Außenpolitik Frankreichs sei, diejenige Briands oder die Poincarés? Diese Fraktionen scheinen ihre endgültigen Beschlüsse darüber noch von dem Ausfall der Antwort Stresemanns im Reichstag abhängig machen zu wollen.

Die Sozialisten und Radikalsozialisten werden die sofortige Beantwortung ihrer Interpellation verlangen. Da Briand aber noch das Bett hüten muß, wird Poincaré voraussichtlich, auf die Abwesenheit des Außenministers sich stützend, die Vertagung beantragen. Schon darüber dürfte es zu einer recht interessanten Aussprache kommen, die der Linken die Möglichkeit gibt, mit aller Entschiedenheit ihren Wunsch nach Fortführung der Locarnopolitik recht deutlich zum Ausdruck bringen.

Der Ministerpräsident hat übrigens inzwischen den Versuch gemacht, den Eindruck seiner Rede abzuschwächen, indem er durch die ihm nahestehende Presse die Version verbreiten läßt, daß seine Ausführungen in Lunéville durchaus dem Geiste von Locarno entsprochen hätten und er Deutschland höchstens wieder einmal nur die Bedingungen in die Erinnerung zurückrufen wollte, von denen Frankreich eine Versöhnung abhängig machen müsse! In Linkskreisen zuckt man über diese nachträgliche Rechtfertigung Poincarés die Achsel. Auf heftigen Widerspruch stößt aber die von einem Teil der Rechtspresse aufgestellte Behauptung, Briand sei von Poincaré vorher völlig unterrichtet worden. Tatsächlich ist, wie uns aus gutunterrichteter Quelle versichert wird, diese Behauptung aus den Fingern gesogen. Poincaré hat Briand lediglich mitgeteilt, daß er am Sonntag in Lunéville auch über die deutsch-französischen Beziehungen sprechen wolle, dagegen hat er über die Art, wie er das zu tun gedenke, nicht ein Wort Briand gesagt. Briand ist von dem Text der Rede Poincarés ebenso überrascht gewesen wie die öffentliche Meinung Frankreichs.

Die reaktionäre Militärvorlage.

Paris, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer lehnte in der fortgesetzten Debatte über die Heeresreform zwei sozialistische Gegenanträge gegen gewisse Bedrohungen der sozialen und parlamentarischen Freiheiten ab. Zunächst verlangte Abg. Renaudel, daß die Mobilmachung von der Regierung erst nach Zustimmung des Parlaments angeordnet werden dürfe. Kriegsminister Painlevé stellte zu diesem Antrag die Vertrauensfrage. Der Antrag wurde mit 380 gegen 160 Stimmen abgelehnt. Ein zweiter Antrag Renaudels, der die Verwendung des Militärs zu polizeilichen Zwecken bei Streiks verbieten soll, erlitt das gleiche Schicksal. Diesmal stellte Poincaré die Vertrauensfrage. Die Ablehnung des Antrages erfolgte mit 330 gegen 200 Stimmen.

Demonstrations-Weekend.

Gegen das Antigewerkschaftsgesetz.

London, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) **Der Feldzug der Arbeiterschaft gegen das Gewerkschaftsgesetz außerhalb des Parlaments wird am kommenden Sonntag seinen Höhepunkt erreichen; in allen großen Industriezentern werden Massenversammlungen tagen. Die Aufrufe hierzu sind auch von den Führern der Konsumgenossenschaften mitunterzeichnet worden. Die Gewerkschaften werden in vielen Städten ihre gesamten Automobile und Wagen für die Demonstration zur Verfügung stellen. Im Londoner Hyde-Park wird von 12 Tribünen herabgesprochen werden. Die Einberufer sind überzeugt, daß die geplanten Demonstrationen alle bisherigen Kundgebungen der britischen Arbeiterschaft in den Schatten stellen werden.**

Der russische Erschießungskurs.

Scharfer Protest der finnischen Regierung.

Helsingfors, 21. Juni. (WTB.) In einer an die Sowjetregierung gerichteten Note des Auswärtigen Amtes wird der peinliche Eindruck betont, den die Erschießung des Rittmeisters Elvengren ohne das übliche Gerichtsverfahren und ohne Mitteilung an die finnische Regierung gemacht habe — auch unter Berücksichtigung der Mitteilung des Sowjetkommissariats, daß Elvengren seine finnische Staatsangehörigkeit nicht angegeben habe. Die finnische Regierung sei überzeugt, daß der erwähnte Umstand der Sowjetregierung bekannt gewesen sei. Demzufolge lenke die finnische Regierung die Aufmerksamkeit auf ein Verfahren, das mit den Rechtsprinzipien der Kulturstaaten nicht übereinstimme und im Wiederholungsfalle die guten Beziehungen zwischen Finnland und der Sowjetregierung zu stören geeignet sei.

Russische Flüchtlinge nach Bolivien.

Genf, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Eine Konferenz von Regierungsvertretern solcher Länder, in denen sich russische Flüchtlinge aufhalten, befaßte sich mit dem Problem einer Verschickung dieser Flüchtlinge nach Bolivien (Südamerika). Der Plan sieht die Ansiedlung von rund 5000 Familien mit insgesamt 25 000 Köpfen vor. Die in Frage kommenden Staaten sollen einen bestimmten Vorschuß leisten oder eine Ansiedlungsgarantie übernehmen. Die Gesamtzahl der in den verschiedenen europäischen Ländern sich aufhaltenden russischen Flüchtlinge beträgt gegen eine Million.

Die Schwierigkeiten in der hessischen Regierung, die dadurch entstanden waren, daß das Parlament entgegen dem Widerspruch des Kabinetts eine Reihe von Ausgaben beschlossen hatte, sind jetzt beigelegt. Die Regierung hat sich bereiterklärt, die Parlamentsbeschlüsse notfalls unter Einbringung neuer Vorlagen durchzuführen.

An der russisch-türkischen Grenze in Kaukasien verhaftet wurde von der Sowjetpolizei ein angeblicher Führer der georgischen Sozialdemokratie beim illegalen Grenzübertritt. Anders als illegal läßt ja die „Arbeiterregierung" alte Arbeiterführer und Kämpfer gegen den Zarismus die Grenze nicht überschreiten! Zu solchen Rechtszuständen gehört auch, daß man dem Verhafteten einen Aufstandsplan nachsagt, den er schriftlich bei sich geführt haben soll!

Die Leitung der Marineabrüstungskonferenz der drei großen Seemächte beauftragte einen Ausschuß mit der Prüfung des statistischen Materials der drei Delegationen über die Zahl und die Tonnage der Kreuzer, Zerstörer und Unterseeboote der einzelnen Länder.

Bochumer Shakespeare-Woche.

Soll man Shakespeares Historien aufführen und gar den ganzen Zyklus seiner Königsdramen? Wohl aufzuwerfende Fragen, die man in Bochum heute beantworten kann. Ja, wenn man es kann.

Eine Woche lang war das Theater gefüllt, zweimal je sechs Stunden, da Heinrich IV. und Heinrich VI. an einem Tage von 3 bis 6 und von 8 bis 11 Uhr gespielt wurden, und zwar bei täglich steigendem Interesse und wachsendem Beifall des an sich nicht sehr theaterfreudigen einheimischen und des zum Teil recht kritischen fremden Publikums. Die stärkste Wirkung ging nicht etwa von den Falstaffszenen, sondern von Richard II. und den als bühnenwirksam verschrienen und auf dem Theater fast unbekannten Teilen des Königszyklus aus. Ganz besonders überraschte Heinrich VI.

Der Erfolg erklärt sich aus dem Zusammenwirken der verschiedensten Umstände. Zwei Dutzend Sprecher mit vorbildlicher Sprachkultur, von denen ein halbes Dutzend als Schauspieler den Durchschnitt überragen, als Spielleiter der Intendant Dr. Saladin Schmitt, als Bühnenleiter Johannes Schröder und als Komponist Emil Peters. (Erich Kleiber hat für die Berliner Staatsoper und die nächste Saison eine noch nicht aufgeführte Oper und eine Tanzsuite von Peters angenommen.) Als Spielleiter Dr. Schmitt bedeutet Ensemble und nicht Stars, bedeutet peinlichste Rücksichtnahme auf den Vers und das Wort des Dichters, wenig Kürzungen, geschickte dramaturgische Umstellungen, bedeutet Unterordnung des einzelnen unter Spielzweck und Spielwirkung, Bewegung und Farbe.

Johannes Schröder schuf den Rahmen. Ohne sich ängstlich an die Tradition zu halten, führte er von Frühgotik über Tudor zur Hochrenaissance in immer neuen Bildern von zuweilen überwältigender Wirkung. Das ist gewiß schon etwas. Der Erfolg würde aber dennoch ausgeblieben sein, wenn es wahr wäre, daß Shakespeares Königsdramen veraltet sind, daß nur diese oder jene Szene auf den Unbefangenen wirkt, und nur der ganz große Schauspieler sie genießbar macht. Es ist aber nicht wahr. Freilich hat der Kampf zwischen der roten und der weißen Rose den deutschen Zuschauern nichts mehr zu sagen, ewig aber bleibt der zwischen Macht und Recht, und wenn die hinreißende Tragödie von Richard II. das Trauerspiel von dem ist, der zwar die Würde aber nicht den Beruf hat, so ist dieser Konflikt auch heute noch brennend, und man muß Richard II. keineswegs etwa in die Lohengrinrüstung Ludwigs II. von Bayern hineinpressen, um ihn begreiflich zu machen.

Dem größten Teil der Zuschauer waren die historischen Voraussetzungen der Königsdramen sicher fremd. Niemand hat sich gelangweilt. Arbeiter freilich konnten trotz der kleinen Eintrittspreise wegen der frühen Anfangszeit und der langen Schicht kaum die Vorstellungen besuchen und nicht wenige werden meinen, das Unglück sei nicht groß, was ginge auch Shakespeare den modernen Proletrarier an.

Franz Mehring schreibt in seiner Marx-Biographie, Karl Marx hätte die armseligen Krämer mit Ruten aus dem Tempel gepeitscht, die den Arbeitern die antike Kultur verleiden wollten. Was hätten beide erst denen getan, die die Verdammung auch auf Shakespeare ausdehnen! —

Die Aufführungen fanden im Anschluß an eine außerordentliche Tagung der Shakespeare-Gesellschaft statt, von der man aber nur insoweit etwas merkte, als sie eine Reihe von Vorträgen halten ließ. Professorenphilologie von Philologieprofessoren, gewürzt durch Andeutungen über echtes Germanentum, deutsche Treue u. a. Ausgezeichnet war der Vortrag Gundolfs über Richard II. Ueber ihn rümpft die Zunft allerdings die Nase.

In den ersten Tagen wohnte Gerhart Hauptmann — Gewerkschaftsheiligen nennen ihn verächtlich die Herren von der Universität —, in den letzten der amerikanische Botschafter der Tagung und den Aufführungen bei.

r.

Ueber „Ausgrabungen in Italien in Gegenwart und Zukunft" sprach in der „Deutschen Gesellschaft von 1914" Herr Colasanti, italienischer Generaldirektor der schönen Künste und Altertümer. Er berichtete von den Ausgrabungen, die heute wieder allerorten auf klassischem Boden im Gange sind, und illustrierte seine Ausführungen mit einer Fülle eindrucksvoller Lichtbilder. In Griechenland und Italien, aber auch im einstigen römischen Afrika scheint der Boden gleich ergiebig zu sein. Kunstschätze von größter kulturgeschichtlicher Bedeutung bringen hier die Archäologen ans Licht. Besonders schwierig sind die Ausgrabungen, wo es sich um vulkanische Gebiete handelt, in denen die erhärteten Lavamassen das ganze verschüttete Gelände überflutet haben. Doch teilte Herr Colasanti mit, daß in der Tat die von Fachkreisen bisher angezweifelte Ausgrabung Herkulanums versucht würde; sie kann im günstigen Falle Werte hervorbringen, die unser ganzes Wissen um die Kultur jener Zeit grundlegend bereichern. Außerdem wird geplant, die Wiedergewinnung der Schiffe zu versuchen, die im See von Nemi begraben liegen. Caligula ließ sie sich in den Jahren 37—41 n. Chr. erbauen; das größere trug eine ganze Palastanlage mit Gärten und Tempeln, das kleinere war vermutlich für die Dienerschaft bestimmt. Nach dem Tode des Kaisers ließ man sie verfallen; schließlich verschlang sie der See. Man beabsichtigt nun, die Hebung der Schiffe im großen anzufassen: man will 31 Millionen Kubikmeter Wasser aus dem Nemisee in den Albanersee überführen und hofft so, im Zeitraum von etwa 6 Jahren die Schiffe freizulegen und zu heben. Der interessante Vortrag fand reichen Beifall. Geheimrat von Wilamowitz Möllendorf hatte den Gast begrüßt und ihm das Diplom als ordentliches Mitglied der deutschen archäologischen Gesellschaft überreicht.

Die Große Düsseldorfer Kunstausstellung 1928. Nachdem nunmehr der Streit in der Düsseldorfer Künstlerschaft um die Kunstausstellung geklärt ist, und zwar in der Form, daß die geschäftsführende Leitung in den Händen der Stadtverwaltung beim Museumsdirektor Professor Dr. Koetschau liegt, dem zur Seite die Ausstellungsleitung, bestehend aus den Malern Kaufmann, Knubel und Professor Dr. Schnurr stehen, kann mit den Vorbereitungen begonnen werden. Die Ausstellung soll einen Querschnitt durch das Kunstleben darstellen, es sollen nur Werke herangezogen werden, die eine hohe Qualität zeigen, unbeschadet von Richtung und Gruppe, der sie angehören. Die Ausstellung soll einen Wettstreit der Künstler bilden in Art der Olympiade, zu der eine Reihe von Preisen gestiftet werden sollen. Man hofft auf einen Preis des Reiches, einen Preis des Staates Preußen, der Rheinprovinz, der Stadt und einer Reihe von Senaten. Um die Ausstellung besonders interessant zu gestalten, wird man nicht mehr in langen Sälen hintereinander Bilder hängen, sondern abwechselnd Raumkunst und Gebrauchsgraphik, Musik und Theater, Literatur, Mode usw. zu Worte kommen lassen. Der Kunsthandel soll bei der Ausstellung vollständig ausgeschaltet werden; nur Künstler sollen vertreten sein. Ferner soll mit der Ausstellung ein Preisausschreiben für ein Heine-Denkmal für Düsseldorf verbunden werden. Die Entscheidung erfolgt lediglich durch den Düsseldorfer Ausschuß, der die einzelnen Stätten und Plätze kennt und seine Entscheidung fällt.

Genosse Scheidemann hoch zu Roß! Die Verleumdung linksstehender Politiker ist die Lieblingswaffe der Rechtspresse. Die „Deutsche Zeitung" hat neulich folgende „Geschichtszahl" veröffentlicht: „1920. Philipp Scheidemann kauft zwei Luxuspferde für den Betrag von 54 000 Mark." Die „Volkszeitung für die Oberlausitz" hat sich an den Genossen Scheidemann gewandt, ob er sich nicht gegen diese Verleumdung wenden wolle. Sie hat die folgende Antwort Scheidemanns erhalten: „Es handelt sich um eine der tausend Lügen, die über mich verbreitet werden. Natürlich habe ich Pferde ebensowenig jemals gekauft wie Rittergüter und Schlösser, die ich in allen neutralen Staaten Europas besitzen soll. Besessen habe ich freilich, wie ich zugestehen muß, einmal ein Pferd, das sind jetzt aber schon mehr als 55 Jahre her. Das Pferd wurde mir zu Weihnachten geschenkt und war von Holz. Da es sich nicht von der Stelle bewegte, wenn ich darauf ritt, soll — wie mir meine Mama später oft erzählt hat — mein Interesse für den edlen Traber sehr schnell erloschen sein."

Der Prüfungsausschuß für technische Leiter von Lichtbildveranstaltungen an Schulen und in der Jugendpflege in Berlin, hält, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, am 30. Juni d. J. in den Räumen des Filmseminars des Deutschen Bildspielbunds Berlin, Lützower Straße 4, eine Prüfung ab. Meldungen sind an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses Prof. Dr. Lampe, Berlin NW. 35, Potsdamer Straße 120, zu richten.

Untreue gegenüber den Beamten.

Die Sünden des Bürgerblocks.

Der Kampf um die Aufbesserung der Bezüge der Beamten ist nach der Erklärung des Reichsfinanzministers am Montag im Haushaltsausschuß des Reichstags für die nächsten Tage wieder einmal vom Reich in die Länder verlegt worden. Bisher haben sich die Länder hinter dem Reich versteckt. Jetzt geht das Versteckspiel umgekehrt vor sich: der Reichsfinanzminister verschanzt sich hinter die Länder. Der Minister erklärte im Haushaltsausschuß, der preußische Finanzminister habe ihm mit größter Bestimmtheit versichert, daß für Preußen eine Neuregelung vor dem 1. Oktober nicht eintreten könne.

Wie oft soll es noch gesagt werden: es handelt sich jetzt nicht um die Neuregelung der Beamtenbesoldung, sondern lediglich darum, ob die Beamten sofort in irgendeiner Form Geld erhalten oder ob sie bis zum Herbst leer ausgehen sollen. Daß vor allem die unteren und mittleren Beamten nicht warten können, geht zur Genüge aus der Begründung hervor, die Abgeordneter Genosse Bender im Haushaltsausschuß für den sozialdemokratischen Besoldungsantrag gegeben hat. Der Lebensmittelindex ist seit September 1924, also seit der Zeit der letzten Erhöhung der Bezüge, um 12 Proz. gestiegen. Wenn nicht genügend Geld für eine allgemeine Aufbesserung der Bezüge vorhanden ist — für die Beamten bis zu Gruppe VII müssen Mittel flüssig gemacht werden.

Das Verfahren des Bürgerblocks gegenüber den Beamten, besonders aber gegen den unteren Beamtengruppen verstößt gegen Treu und Glauben. Die erste Bürgerblockregierung hat 1924 eine Neuregelung der Beamtenbezüge derart vorgenommen, daß die Gehälter der oberen Beamtengruppen um 71, die der unteren Beamtengruppen nur um 17 Proz. erhöht wurden. Es wurde damals gesagt, daß für alle Beamte nicht genügend Mittel vorhanden seien, und daß man zunächst die gegenüber der Vorkriegszeit besonders vernachlässigten oberen Beamten aufbessern müsse. Man gab aber zu verstehen, daß auch die unteren Beamten noch weiter aufgebessert würden, sowie die Finanzlage dies gestatte.

Was ist aber eingetreten? Man hat den Ruhrindustriellen 700 Millionen in den Rachen geworfen. Man hat den Werften billiges Geld geliehen. Man hat unter allen erdenklichen Formen den Großverdienern Geld gegeben. Die Finanzlage war also gut. Sie war so gut, daß man die Besitzsteuern abgebaut hat! Die Beamten gingen leer aus.

Noch viel übler aber ist es, daß Regierung und Reichstagsmehrheit gleichzeitig den Beamten die Bezüge dadurch kürzten, daß sie Maßnahmen beschlossen, die zu einer Verteuerung der Lebenshaltung führten. Die Hauszinssteuer wurde erhöht, die Zölle wurden erhöht und sollen weiter erhöht werden. Man hat der Preistreiberei der Kartelle mit verschränkten Armen zugesehen, die Kalipreiserhöhung gebilligt. Durch die Erhöhung der Telephongebühren ist die Preistreiberei gefördert worden und soll durch die Erhöhung der Postgebühren einen weiteren Antrieb erhalten. Seit drei Jahren hat der Bürgerblock die Lebenshaltung verteuert, aber nicht die Beamtenbezüge erhöht.

Während so der Staat den Beamten die Gehälter verkürzt, verbietet er denselben Beamten, sich gegen diese Lohndrückerei mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zur Wehr zu setzen. Das ist eine Politik wider Treu und Glauben, die sich rächen muß.

Jetzt redet man in Bürgerblockkreisen von der kommenden Neuregelung der Beamtengehälter und sucht praktisch diese überfällige Aufbesserung zu verschleppen. Der Grund, warum die Aufbesserung der Bezüge mit aller Gewalt bis zum Herbst oder gar bis zur Jahreswende verschleppt werden soll, ist der Beamtenschaft längst klar. Der Bürgerblock braucht für die kommenden Wahlen einen Köder, um die Beamtenschaft damit einzufangen. Man will die Besoldungserhöhung möglichst bis zum Beginn des Wahlkampfes verschieben, damit dann die Sünden in der Besoldungsfrage in Vergessenheit geraten.

Die Beamtenschaft braucht sofortige Hilfe. Wenn diese Hilfe im Augenblick auch nicht alle Wünsche erfüllen kann, so weiß doch auch der Reichsfinanzminister, daß für diese Hilfe das gleiche gilt, was man auf den Sparbüchsen für den Kirchenbau lesen kann: „Wer schnell gibt, gibt doppelt!"

Dreischicht in Hütten- und Walzwerken.

Sie muß wiederhergestellt werden.

Der Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrates zur Prüfung der Arbeitszeitverhältnisse in den Hütten- und Walzwerken wird, wie wir erfahren, das Ergebnis seiner bereits beendeten Besichtigungsreise durch Rheinland-Westfalen Ende des Monats in einem Gutachten zusammenfassen. Dieses Gutachten wird bei den Verhandlungen über die Neuregelung der Arbeitszeit in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie eine Rolle spielen. Bis jetzt hat sich allem Anschein nach der Reichsarbeitsminister noch nicht mit dem Gedanken befreunden können, schon bei einem etwaigen Schiedsspruch über ein neues Arbeitszeitabkommen, das bis zum 1. August geschaffen sein muß, das Dreischichtensystem einzuführen. Nach Pressemeldungen soll sich der Reichsarbeitsminister kürzlich bei einer kirchlichen Feier im rheinisch-westfälischen Gebiet dahin geäußert haben, daß bis zum Zustandekommen des Arbeitsschutzgesetzes die Arbeitszeitverhältnisse im Bergbau und in der Eisenindustrie nicht umgestellt werden. Man könne günstigstenfalls auf einige kleine Zugeständnisse gegenüber vereinzelten Arbeiterkategorien, ähnlich wie seinerzeit bei den Hochofenarbeitern, rechnen.

Schon jetzt muß das Dreischichtensystem wiedergergestellt werden; die Eisenindustrie kann es, wie die neuesten Produktionsziffern zeigen, finanziell sehr wohl tragen.

Die Ueberstunden in der Holzindustrie.

25 Proz. Zuschlag für die ersten drei Ueberstunden.

Im Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe ist der Zuschlag für die drei ersten Ueberstunden über die 48stündige wöchentliche Arbeitszeit hinaus auf 10 Proz. des Durchschnittslohnes festgesetzt. Durch das neue Arbeitszeitnotgesetz ist diese Regelung hinfällig geworden. Verhandlungen zwischen dem Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes und dem Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie über eine Neuformulierung dieser Bestimmung führten zu keinem Ergebnis. Der von den Parteien angerufene Reichsarbeitsminister bestellte als Schlichter, der nach § 6a des Arbeitszeitgesetzes eine endgültige Entscheidung zu fällen hat, den Oberregierungsrat Wende. Die Verhandlungen, die am 20. Juni im Reichsarbeitsministerium geführt wurden, endeten mit dem Entscheid des Schlichters, wonach vom 1. Juli ab für die drei ersten Ueberstunden ein Zuschlag von 25 Proz. zu zahlen ist.

Nach dem Mantelvertrag können weitere Ueberstunden nur im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung angesetzt werden. Die hierfür zu zahlenden Zuschläge werden in den Bezirkstarifverträgen festgesetzt. In den verschiedenen Bezirkstarifverträgen sind bereits für die über 56 Stunden hinausgehenden Ueberstunden Zuschläge vereinbart, die zwischen 40 und 50 Proz. für Nacht- und Sonntagsarbeit zwischen 50 und 75 Proz. schwanken.

Schiedsspruch in der Kaliindustrie.

Lohnerhöhung um 6 Prozent.

Im Lohnstreit der Kaliindustrie wurde am Dienstag folgender Schiedsspruch gefällt: Der Schichtlohn der Hauer wird von 5,60 M. auf 5,95 M. und die Schichtlöhne der übrigen unter Tage beschäftigten Arbeiter werden im gleichen prozentualen Ausmaß erhöht. Der Schichtlohn der gesamten Handwerker über 21 Jahre wird von 5,60 M. auf 5,90 M. und die Schichtlöhne der übrigen über Tage beschäftigten Arbeiter werden in dem gleichen prozentualen Ausmaß erhöht. Die Lohnregelung gilt bis auf weiteres, sie kann erstmalig zum 31. Mai 1928 mit der im Manteltarifvertrag vorgesehenen Frist gekündigt werden.

Aus dem Siemens-Idyll.

Ein „Erfolg" der Gelben.

Der Ruhm, dem Unternehmer gegenüber ihre Daseinsberechtigung zu beweisen, läßt die Gelben nicht in Ruhe schlafen. So haben sie die Betriebsrätewahl bei der Siemens u. Halske A.-G., Blockwerk, bei dem zuständigen Arbeitsgericht angefochten. Die Ursache war ein vom Wahlvorstand für ungültig erklärter Stimmzettel. Nach den Ausführungen des Betriebsratsvorsitzenden vor dem Arbeitsgericht enthielt der Stimmzettel zwei ineinandergeschriebene Zahlen, und zwar eine 2 und eine 3. Das Arbeitsgericht sprach den Zettel den Gelben zu, sie hatten somit statt 70 Stimmen 71. Dies ist gleichbedeutend damit, daß sie ein Mandat im Arbeiterrat erhielten. Ueber dieses Ergebnis stimmen sie in ihrem Vereinsblättchen ein großes Freudengeheul an.

Dieser „Erfolg" der Gelben endete damit, daß das freigewerkschaftliche Arbeiterratsmitglied, das infolge des Gerichtsbeschlusses zurücktreten mußte, um dem Gelben Platz zu machen, noch vor Zustellung des schriftlichen Gerichtsbeschlusses ohne jeden Grund entlassen wurde. Ein neuer Beweis dafür, daß die Gelben auf Anweisung von oben Einspruch beim Arbeitsgericht erhoben haben, damit man einen verhaßten Roten abbauen kann. Das Arbeitsgericht wird sich mit dieser Sache zu beschäftigen haben.

Dieser Fall zeigt wieder einmal, daß das Betriebsrätegesetz noch allerhand Mängel und Lücken aufweist, indem jedes Betriebsratsmitglied nach Erlöschen seines Mandats ohne Schutz dasteht und der Willkür der Unternehmer preisgegeben ist.

Das Freudengeheul der Gelben ist unverständlich, wenn man die abgegebenen Stimmen in Relation zur Gesamtbelegschaft in diesem Werk bringt. Dieses Verhältnis beträgt zur Belegschaft 6,8 Proz. Gegenüber dem Aufwand an Zeit, Geld und sonstigen Unterstützungen, die sie als wohlgeduldete Schäfchen bei den Siemens-Firmen haben, ist dies ein verschwindend kleiner Einfluß.

Noch krasser tritt dies zutage, wenn man sich den Artikel „Ein Arbeitsjubiläum" in der Nr. 24 der „Werksgemeinschaft" näher ansieht. Es wird dort ausgeführt, daß vor dem Kriege die Zahl der Gelben im Siemens-Konzern **beinahe 30 000 Mitglieder betrug.** Allerdings sagt der Artikelschreiber selbst: „Die Revolution und die damit in Kraft tretende Zentralarbeitsgemeinschaft zerschlug bekanntlich die inzwischen zwar groß gewordene, aber innerlich noch nicht festgefügte Werkvereinsbewegung."

Wie diese Mitgliederzahlen vor dem Kriege zustande gekommen sind, ist bekannt. Jeder, der im Siemens-Konzern eingestellt wurde, mußte der Werksgemeinschaft beitreten. Auch heute wird infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse ein ähnlicher Versuch bei den ungelernten Arbeitern gemacht. Uns liegt ein Schreiben eines entlassenen Arbeiters vor, in dem uns das bestätigt wird. Auch dieser Arbeiter wurde wieder entlassen, als er nach seiner Einstellung mit den Gelben nichts mehr zu tun haben wollte.

Es wird endlich Zeit, daß sich die Siemens-Arbeiterschaft wieder besinnt und den Gelben die richtige Antwort erteilt, indem sie sich restlos den freien Gewerkschaften anschließt.

Rücktritt Rickelts.

Der Präsident der Deutschen Bühnengenossenschaft, Genosse Rickelt, der sich augenblicklich auf dem Kongreß des Welttheaterbundes in Paris befindet, ist mit dem 21. Juni, seinem 65. Geburtstag, von der Leitung der Bühnengenossenschaft zurückgetreten. Damit scheidet aus diesem verantwortungsvollen Amte, das Rickelt seit etwa anderthalb Jahrzehnten inne gehabt hat, eine außerordentlich temperamentvolle Persönlichkeit, die sich um die wirtschaftliche und soziale Hebung des Schauspielerstandes große Verdienste erworben hat. Unter der Präsidentschaft Rickelts ist kurz nach Kriegsschluß die Aufnahme der Genossenschaft in den AfA-Bund und damit die Einreihung dieser Künstlerorganisation in die Gesamtheit der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft erfolgt. Wenn auch Rickelt in den letzten Jahren mancher Anfeindung aus den Reihen seiner Standesgenossen ausgesetzt war, so bleibt doch der draufgängerische Mut, der Idealismus und der Wirklichkeitssinn, durch die er die Bühnengenossenschaft zu einem maßgebenden Faktor unseres Wirtschafts- und Kulturlebens gemacht hat, sein hohes geschichtliches Verdienst. Das imposante Bild, das die Magdeburger Theaterausstellung vom Wirken der Bühnengenossenschaft bietet, ist nicht zum wenigsten auf seine Tatkraft und sein Geschick zurückzuführen. Der Verwaltungsrat der Genossenschaft bereitet für den Beginn der nächsten Theaterspielzeit eine besondere Ehrung für Gustav Rickelt vor.

Verband der Maler. Freitag, 24. Juni, 19½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24—25, Mitgliederversammlung. Berichterstattung vom Verbandstag.
Die Ortsverwaltung.

Jugendgruppe des ZdA. Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, finden folgende Veranstaltungen statt: **Neukölln:** Jugendheim Bogatstr. 30. Vortrag: „Gute und schlechte Bücher" (Eschbach). — **Wedding-Gesundbrunnen:** Jugendheim Schönstedtstr. 1. Sing- und Spielabend. — **Osten:** Jugendheim der Schule Litauer Straße 18. Lese- und Unterhaltungsabend. — **Charlottenburg:** Jugendheim Rosinenstr. 4. „Der politische Glasbrenner" (Georg Heilbrunn).

AfA-Funktionäre der Metallindustrie! Wie bereits in der letzten AfA-Funktionärversammlung mitgeteilt wurde, findet am Freitag, 24. Juni, 19½ Uhr, im „Nordischen Hof", Invalidenstr. 126, gegenüber Stettiner Bahnhof, erneut eine AfA-Funktionärversammlung statt mit der Tagesordnung: „Stellungnahme zum Schiedsspruch über den neuen Manteltarifvertrag." Bei der Wichtigkeit der zu fassenden Beschlüsse rechnen wir mit dem Erscheinen aller Funktionäre. **AfA-Metallkartell:** Günther, Lange, Rothe.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute 19½ Uhr tagen die Gruppen: **Neukölln I:** Gruppenheim Jugendheim Bergstr. 29, Hof. Vortrag: „Ein Ausflug in die Sternenwelt." — **Charlottenburg:** Gruppenheim Jugendheim Dtsch. Krankenkassenhaus, Berliner Str. 137. Heiterer Abend. — **Nordring:** Gruppenheim Jugendheim Eberswalder Str. 10. Vortrag: „Vom Rekord zum Massensport." — **Baumschulenweg:** Jugendheim Baumschulenweg, Ernststraße 16. Vortrag: „Gewerkschaftskämpfe einst und jetzt." — **Weißensee:** Jugendheim Parkstr. 36. Unterhaltungsabend. — **Zentrum:** Jugendheim Zehdenicker Str. 24—25. Vortrag: „Der Kampf um den Achtstundentag." — **Ostkreis:** Ab 18 Uhr Spielen im Friedrichshain und Treptower Park. — **Schöneweide:** Brettspielabend in Niederschöneweide. — **Gesundbrunnen:** Spielen im Schillerpark. — **Moabit:** Jugendheim Lehrter Str. 18—19. Fritz-Reuter-Abend.

Verantwortlich für Politik: **Victor Schiff;** Wirtschaft: **G. Klingelhöfer;** Gewerkschaftsbewegung: **J. Steiner;** Feuilleton: **R. H. Döscher;** Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt;** Anzeigen: **Th. Glocke;** sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".

STAATL. Natürliches Mineralwasser FACHINGEN

Zu Haus-Trinkkuren

bei Gicht, Rheumatismus, Zucker-, Nieren-, Blasen-, Harnleiden (Harnsäure), Arterienverkalkung, Frauenleiden, Magenleiden usw.

Man befrage den Hausarzt!

Brunnenschriften durch das Fachinger Zentralbüro, Berlin W 8, Wilhelmstrasse 55.

Erhältlich in Mineralwasserhandlungen, Apotheken u. Drogerien sowie in Berlin bei der Versandstelle der Staatsquellen Fachingen und Nieder-Selters, Berlin SW 11, Schöneberger Strasse 16a. Telefon: Lützow Nr. 8260/61.

Für Reise und Sport

Damen-Kleidung

Jumper aus gestreifter Kunstseide, mit gleicher Krawatte, in hellen Farben 5⁹⁰
Pullover aus guter Kunstseide, mit langen Aermeln und Schalkragen 6⁹⁰
Kleider aus Vollvoile, mit langen Aermeln, mit Gürtel, kleidsame Form, gut verarbeitet 14⁰⁰
Kleider aus reinseidenem Bast, Jumperform, mit langen Aermeln und reicher, moderner Stickerei 16⁵⁰

Badetrikot für Damen, Trägerform, gute Qualität 1⁴⁵
Badetrikot für Kinder, farbig ..... 95 Pf.
Badehauben aus gutem Gummi .... 30 Pf.

Sportartikel

Pullover ohne Aermel, glatt-weiss und mit Besatz, schwere Ware 10⁵⁰
Panama-Tennisfleider .... von 10⁵⁰ an
Panamahemden gute Qualität, lg. Aermel, von 6²⁵ an
Schwimmforken 6teilig 3²⁵

Reiseartikel

Rindleder-Reisetaschen mit Aufspannbügel, aus echtem Vollrindleder, in Krokodil- oder Longrain-Narbe .... 40 cm 12⁷⁵ — 45 cm 14⁷⁵ — 50 cm lang 16⁷⁵
Stadtkoffer Marke „Wetterfest", aus genarbter Hartplatte, mit Metallgriff, echten Vulkanfibreecken, Deckelschieben, 2 Sprungschlössern .... 40 cm 4⁵⁰ — 45 cm 4⁷⁵ — 50 cm 5²⁵ — 55 cm lg. 5⁵⁰
Coupékoffer echt Vulkanfibreplatten, genarbt, mit 2 messingplattierten Vexierschlössern, starken Metallgriffen, im Unterkoffer Packgurte .. 55 cm 7⁹⁰ — 60 cm 8⁵⁰ — 65 cm 9⁵⁰ — 70 cm 10²⁵ — 75 cm lang 10⁹⁰
Bügelkoffer aus brauner Platte, strohhalmartig genarbt, schokoladenfarbig, wasserdicht lackiert, mit 2 rings um den Koffer herumgehenden Schutzbügeln, lackiertem Metall-Patentgriff, 2 Sprungschlöss., echt. Vulkanfibreecken u. Metallscharnier. 55 cm 8⁵⁰ — 70 cm 9⁰⁰ — 75 cm lg. 9⁵⁰
Bahnkoffer mit umgehenden Bügeln u. soliden Beschlägen, Stoff bezog. u. braun. Oelfarbenanstrich, Metalldeckelhaltern, vermess. Schlössern, m. Einsatz. Kabinenkoffer 18⁰⁰ 80 cm, 21⁰⁰ 90 cm — Herren-Koffer 24⁰⁰ 80 cm, 27⁰⁰ 90 cm

Herren-Kleidung

Nur Leipziger Str., Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Wilmersdorfer Str.

Anzüge in eleganten, neuen Karomustern, moderne Verarbeitung 68⁰⁰
Sportanzüge 4teilig, mit Breeches od. Knickerbockers und langer Hose, in neuen Mustern 78⁰⁰
Sportanzüge 4teilig, mit Knickerbockern u. lg. Hose, eleg. Anzug für Reise, Sport, sp. Muster 88⁰⁰
Mäntel Gabardine, elegante Schlüpferform, gute Qualität 78⁰⁰

Frottierhandtücher Jacquard farbigem. 75 Pf.
Badelaken für Kinder, weiss, Grösse 100 × 100 cm 2²⁵
Badecapes moderner Rüschenkragen .. 9⁵⁰

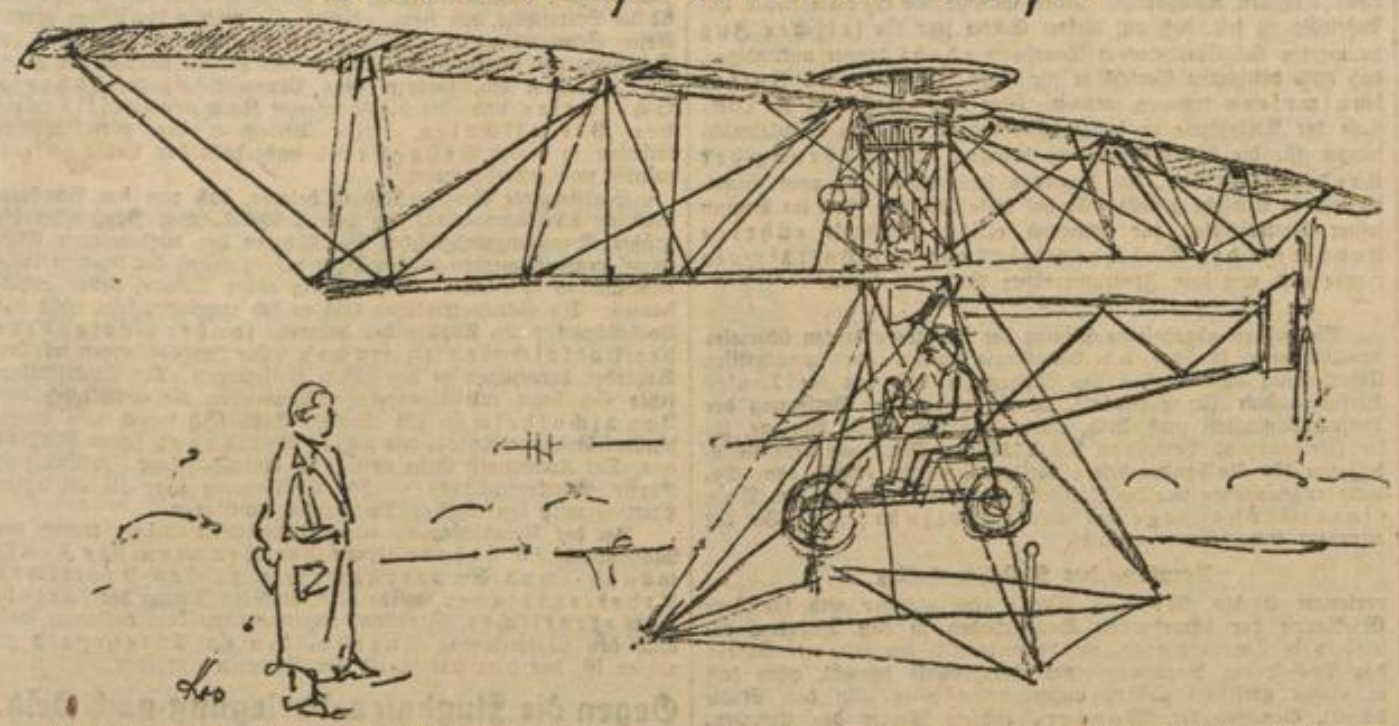
Toiletteartikel

Reise-Seife in Aluminiumdose .... 20 Pf.
Eau de Cologne Blumenwasser od. Haarwasser, in flachen Reiseflaschen, mit Spritzverschluss .... 60, 95 Pf.
Reise-Brennlampen ...... Stück 50, 95, 1⁷⁵
Onduller-Brennscheren Stück 50, 75, 85 Pf.

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle-Alliance-Str.
Brunnenstr. • Kottbuser Damm • Wilmersdorfer Str. • Adreasstr. • Chausseestr.

Senkrecht in die Luft!



In Johannisthal werden gegenwärtig Versuche mit einem neuen Rotationsflugzeug angestellt, das nach Angaben seines Erfinders, des Oberingenieurs Zaschka, für die Weiterentwicklung des Flugwesens von außerordentlicher Bedeutung sein wird. Von der Straße oder vom Dache aus wird man sich mit dem neuen Flugzeug senkrecht in die Luft erheben, in beliebiger Höhe stillstehen können, aber auch die Möglichkeit haben, sich mittels einer wie beim Drachenflugzeug üblichen Vortriebsschraube vorwärts zu bewegen. Ein zweizylindriger, luftgekühlter Laacke-Motor von 31 PS. treibt eine vertikale Welle an, auf der ein Kreisel sitzt, der die Stabilisierung des Flugzeuges beim Flug übernimmt. Zwangsläufig mit der Kreiselwelle ist ein im entgegengesetzten Sinne rotierendes Tragflächensystem angeordnet. Mit dem Motor ist die Kreiselwelle durch eine Sperradkuppelung verbunden, die bei einem Motordefekt ausgeschaltet werden kann, so daß dann Kreisel und Tragflächensystem selbständig, aber miteinander verbunden, rotieren. Befindet sich der Pilot in diesem Augenblick in großer Höhe, so kann er sofort vom Rumpf aus die Tragflächenenden durch ein Handrad negativ einstellen; hierdurch wird die Maschine zum Sinken gebracht, gleichzeitig aber das Tragflächensystem durch den stehenden Wind angetrieben (wie bei der Windmühle), so daß die im Kreisel aufgespeicherte Kraft dauernd erhalten bleibt. Kurz vor Erreichung des Erdbodens werden die Tragflächen wieder positiv eingestellt und der Kreisel ermöglicht durch seinen Energiespeicher eine sanfte Landung. Die Seitensteuerung wird durch Schwenken des Rumpfes bewirkt und die Vorwärtsbewegung erfolgt durch die Vortriebsschraube, die durch besonderen Motor angetrieben wird oder mit dem rotierenden Tragflächensystem durch Kuppelung verbunden ist.

Das abgebildete Versuchsflugzeug ist aus Stahlrohr, Holz und Aluminium zusammengebaut. Bei der endgültigen Konstruktion soll aber das Getriebe sowie der Motor im Rumpf untergebracht werden. Die Stahlrohre am Flächengestell fallen ebenfalls weg. Sonstige Konstruktionsdetails bleiben den Flugzeugfabriken überlassen. Die guten Erfolge der bisherigen Versuche berechtigen zu der Annahme, daß das neue Flugzeug mit seiner leichten Startmöglichkeit und einfachen Handhabung hauptsächlich im Nahverkehr (von Stadtteil zu Stadtteil), aber auch in gebirgigen Gegenden ausgiebige Verwendung finden wird.

Heute Prozeß Grosavescu in Wien.

Der erschossene Heldentenor.

Heute werden in Wien die Geschworenen zusammentreten, um über Frau Nelly Grosavescu abzuurteilen, die beschuldigt und geständig ist, ihren Mann, den Heldentenor der Staatsoper Wien, Kammersänger Trajan Grosavescu, im Februar d. J. erschossen zu haben. Der Prozeß ruft in Wien eine Sensation hervor, die fast noch die Anteilnahme der Bevölkerung am Fall Marek übertrifft. Die über 300 Plätze des Verhandlungssaales sind schon seit mehreren Tagen restlos vergeben.

Man erwartet einen Gesellschaftsskandal größten Formats. Frau Grosavescu will den Nachweis erbringen, daß sie berechtigt war, ihren Mann niederzuknallen, weil dieser nachweisbar wiederholt die Ehe gebrochen habe. Intimste Details will die immer noch reizvolle Frau Grosavescu rücksichtslos preisgeben, und das Wiener Bürgertum spitzt sich auf Skandalia allerersten Ranges.

Die Vorgeschichte der Mordtat ist noch in aller Erinnerung. Nelly Grosavescu ist die Tochter eines vor dem Kriege sehr bekannten Kommunalbeamten. In erster Ehe war sie mit dem früheren k. u. k. und späteren rumänischen Hauptmann Caltun in scheinbar glücklicher Ehe verheiratet. Da sah sie den Heldentenor Grosavescu auf der Bühne und verfiel nicht nur der Liebe, sondern einer hemmungslosen Leidenschaft „auf den ersten Blick". Trotzdem sie Caltun ein Kind geboren hatte, ließ sie sich von ihm scheiden, Grosavescu schien ihre Zuneigung zu erwidern, und sie heirateten sich. Bald aber waren Eifersuchtsszenen an der Tagesordnung, immer wieder überschüttete die junge Frau ihren Gatten, dessen exponierte Stellung als gefeierter Künstler gelegentliche Liebenswürdigkeiten gegenüber Damen zwangsläufig mit sich brachte, mit den härtesten Vorwürfen. An dem gegenseitigen Martyrium dieser Ehe änderte sich auch nichts, nachdem sie Grosavescu ein Kind geschenkt hatte. Am 15. Februar wollte der Sänger zu einem Gastspiel nach Berlin fahren, und er war entschlossen, sie nicht mitzunehmen. Als er von einer Probe nach Hause kam, bemerkte er, daß seine Frau nicht nur seine, sondern auch ihre Sachen in den Koffer gepackt hatte. Es kam zu einer erregten Auseinandersetzung, und als Grosavescu sich umwandte, fiel jählings ein Schuß. Der Heldentenor brach, in den Schädel getroffen, tot zusammen, seine Frau war die Täterin. Bei ihrer Verhaftung sagte sie: „Er quälte mich, ich tötete ihn. Nun verurteilt mich!"

Das ist der Tatbestand. Die Anklage lautet auf Meuchelmord, das österreichische Strafgesetz sieht lebenslängliche Kerkerhaft vor.

Wiens berühmtester Anwalt, der greise Dr. Steger, verteidigt Frau Grosavescu.

Viertes Todesopfer der Einsturzkatastrophe

Materialfehler oder Unvorsichtigkeit als Ursache?

Die furchtbare Einsturzkatastrophe in dem Wagenhallenneubau der Reichsbahndirektion in Niederschöneweide, über die wir im gestrigen Abendblatt ausführlich berichteten, hat leider noch ein weiteres Todesopfer gefordert. In den frühen Nachmittagsstunden des Dienstags starb der 22jährige Maler Rudi Raddatz aus der Tilsiter Str. 26 im Köpenicker Kreiskrankenhaus an den Folgen schwerer innerer und Kopfverletzungen, die er sich bei dem verhängnisvollen Sturz zugezogen hatte. Die Zahl der tödlich Verunglückten ist somit auf vier gestiegen. Das Befinden der anderen vier Schwerverletzten, von denen drei im Köpenicker Krankenhaus, und der vierte im Augusta-Hospital zu Oberschöneweide Aufnahme fanden, ist nach wie vor sehr ernst. Immerhin besteht einige Hoffnung, sie am Leben zu erhalten. Die Unfallstelle war sofort polizeilich abgesperrt worden, und an der Stätte des Unglücks sah man zerbrochene Bretter und Eisenteile, dazwischen leere Farbtöpfe und Pinsel, die Handwerkzeuge der verunglückten Maler liegen.

Die Untersuchung über die Ursache ist noch nicht endgültig abgeschlossen. Wenn auch, wie gesagt wird, das Gerüst entgegen den Vorschriften stark überlastet war, so scheint doch auch die Beschaffenheit des eisernen Tragehakens nicht mehr ganz einwandfrei gewesen zu sein. Die Ermittelungen über die Schuldfrage werden vermutlich erst im Laufe des heutigen Vormittags ihren endgültigen Abschluß finden. Die Untersuchung wird auch ergeben, inwieweit der Bauaufsicht in der Halle Schuld an dem Unglück mit seinen tragischen Folgen beizumessen ist.

*

Ein schweres Unglück ereignete sich gestern mittag auf dem Grundstück Waldstraße 42 zu Moabit. Auf dem Dache

Zuchthaus für eine Unbedachtsamkeit.

Die Unerträglichkeit des Meineidparagraphen.

Vor den Potsdamer Richtern mußte sich der frühere Obersteuersekretär Fritz H. aus Eberswalde wegen Meineids verantworten. Der Angeklagte war seinerzeit bei der Reichsfinanzverwaltung angestellt und hatte es dort bis zum Obersteuersekretär gebracht. Dienstliche Verfehlungen führten dazu, daß H. auf Wartegeld gesetzt wurde, und zwar so lange, bis seine gerichtliche Verurteilung und Dienstentlassung erfolgt war. Durch Verfügung wurde ihm dann nach seiner Verurteilung am 23. November 1925 mitgeteilt, daß er sich nicht Obersteuersekretär auf Wartegeld nennen dürfe. Im Juli vorigen Jahres schwebte in Potsdam ein Zivilprozeß gegen eine kaufmännische Revisionsgesellschaft, in dem H. als Zeuge vernommen wurde. Der amtierende Richter fragte H.: „Was sind Sie?" Und um nun vor den Prozeßbeteiligten den dunklen Punkt in seinem Leben nicht näher beleuchten zu müssen, antwortete H. gerade das, was ihm verboten worden war: „Obersteuersekretär auf Wartegeld." Daraufhin erfolgte seine Vereidigung. Später erfuhr das Gericht, daß sich der Angeklagte zu Unrecht den Titel beigelegt hat. Das Potsdamer Gericht verurteilte nunmehr den Angeklagten zu der harten Strafe von einem Jahr Zuchthaus, zwei Jahren Ehrverlust und Aberkennung der Fähigkeit, als Zeuge und Sachverständiger vernommen zu werden.

Wenn es überhaupt noch eines Beweises bedürfte, daß der bestehende Meineidsparagraph einen Widersinn in höchster Potenz bedeutet, so wäre er durch diese Gerichtsverhandlung und durch dieses Urteil geliefert. Ein Zeuge gibt seine Personalien falsch an — ein Umstand, der in keiner Weise mit dem materiellen Inhalt seiner Aussage zu tun hat, den Gegenstand des Prozesses nicht berührt und dessen Ausgang in keiner Richtung beeinflußt. Die Personalien sind aber nun einmal falsch angegeben worden, der Zeuge hat dies aus irgendeinem Grunde bewußt getan, und den Emmingerschen Richtern, die an den Buchstaben des Gesetzes gebunden sind, bleibt nichts anderes übrig, ihn zur Mindeststrafe — einem Jahr Zuchthaus zu verurteilen. Wer wollte daran zweifeln, daß Geschworene in diesem Falle zu einem Freispruch gelangt wären. Zeugen vor Gericht sollten aber vorsichtig sein: auch die Personalien fallen unter Eid und wenn jemand z. B. versehentlich sein Geburtsjahr oder seinen Geburtstag falsch angeben würde, so hätte er sich eines fahrlässigen Falscheides schuldig gemacht. Ein grausames Gesetz, das rücksichtslos Leben und Zukunft eines Unvorsichtigen vernichtet, unverträglich mit den modernen Anschauungen. Ein solches Urteil erfolgt im Namen des Volkes.

Die Brücke im Dschungel.

Sitten- und Stimmungsbild aus dem Innern Mexikos.

62] Von B. Traven.

Copyright 1927, by B. Traven, Tamaulipas (Mexiko).

Aus der Tienda kommt ein Mann herausgetorkelt. Er hat einen billigen weißen Leinenanzug an mit einer Jacke. Einen dünnen Zweig hat er in der Hand, mit dem er kreuz und quer in der Luft herumfuchtelt. Er ist schwer betrunken und kann sich kaum auf den Beinen halten. Es ist der Lehrer aus dem nächsten Dorf, das näher zur Bahn liegt. Er ist nur für zwei Monate in jenem Dorf, weil die Regierung jenem Dorfe nur für zwei Monate Schullehrergehalt bewilligt hat. Mehr Geld ist nicht da. Und wenn die zwei Monate um sind, geht der Lehrer wieder heim zu seiner Familie, die in einem andern Staate lebt, 600 Kilometer von hier entfernt. Das Geld für die Heimreise muß er sich in den Dörfern zusammenbetteln gehen, weil von dem Gehalt, nachdem er sein Kostgeld bezahlt und seiner Familie den Rest geschickt hat, nichts mehr übrig ist.

Freunde der Garzas in dem Dorfe, wo er Schule hält, in einer Hütte, wo die Kinder keinen Tisch haben, um ihr Schreibheft oder ihr Lesebuch draufzulegen, und sie deshalb auf den Knien schreiben müssen, haben ihn gebeten, hierher zu kommen und die Trauerrede für das Kind zu halten. Er hat sich sofort sehr früh aufgemacht, weil man ihm gesagt hatte, das Begräbnis sei um 1 Uhr. Das war ein Mißverständnis. Es sollte heißen, daß der Zug um 1 Uhr von Hause aus fortginge. Und jetzt ist es 5 Uhr.

Ich kenne den Lehrer von früher her, als er in einer kleinen Indianerstadt Schule hielt. Damals habe ich mit ihm und seiner Schule Schulfeiern und Schulausflüge mitgemacht und habe mit den erwachsenen Indianern, die Lesen und Schreiben lernen wollten, weil jeden Sonntag die Kommunisten herauskamen und ihnen predigten, das sei wichtig, die Abendschule besucht, wo ich zwar nicht Lesen und Schreiben lernte, wo sich mir aber eine neue Welt erschloß.

Der Lehrer ist kein Indianer, er hat nicht einen Tropfen indianischen Blutes; er sagte mir einmal, er sei Spanier. Ich glaubte es ihm aber nicht ganz, zur Hälfte hat er sicher maurisches Blut in sich, und wenn ich mich nicht täusche, ist er Aegypter. Er ist freilich hier im Lande geboren. Nun weiß ich, daß er ein sehr nüchterner Mensch ist. Aber da steht er nach einem langen anstrengenden Marsche hier vor der Tienda, wo es nicht nur Laternen gibt, Mehl, eingemachte Pfirsiche, Kaffee, Hüte, Aexte und Revolverpatronen, sondern auch Tequila. Und dann kommt ein Indianer, der Vater eines oder mehrerer Kinder ist, die zu dem Lehrer in die Schule gehen, und ersucht den Lehrer um die Ehre, einen Schnaps mit ihm zu trinken oder eine Flasche Bier. Der Lehrer möchte nicht Nein sagen, um den Mann nicht zu beleidigen und um nicht den falschen Eindruck zu erwecken, daß er zu stolz sei, mit dem einfachen indianischen Arbeiter zu trinken. Und so trinkt er. Nach einer Weile kommt ein anderer Vater und der Lehrer trinkt, weil er ja den zweiten unsagbar kränken würde, nicht mit ihm zu trinken, nachdem er doch mit dem ersten getrunken hat. Fünf Stunden sind lang, die Sonne glüht, das Wasser schmeckt lau wie Jauche, Kaffee ist nicht zu haben, Limonade, wenn zu viel getrunken, bläht auf und den Schnaps kann man nicht ablehnen und so ist der nüchterne Lehrer im Tran.

Der Zug geht weiter. Aus dem Dorfe folgen viele nach. Hinten torkelt der Lehrer und braucht den ganzen Weg für sich. In seinen Arm eingehängt ist jener Freund des Garzas, der den Lehrer gebeten hat, die Rede zu halten. Jener Freund ist noch betrunkener als der Lehrer, dessen Willenskraft wohl geschwächt, aber nicht betäubt ist. Der Lehrer versucht immer wieder, sich gerade zu halten, aber sein Begleiter schleift auf dem Boden entlang und macht durch sein Zerren und Herumdrehen und Hinstürzen den Lehrer mehr berauscht, als er es sonst wäre, wenn er ganz allein sein könnte und nicht unter dieser Suggestion des Schwerbetrunkenen stünde, der sich durchaus gehen läßt.

Nun ist der Zug vor dem Friedhof. Die Männer nehmen ihre Hüte ab und unter unaufhörlichem Knallen und Raketenfeuern wird der Leichnam durch die kleine Pforte getragen. So wenig wie dem Indianer diese Religion in sein Wesen gedrungen ist, so wenig wie er diese Form des Begrabenwerdens begreifen kann, so wenig klar ist ihm der Sinn eines christlichen Friedhofes. Ein Schindanger in einem europäischen Lande sieht besser aus.

Da sind Hügel und da sind Haufen. Da liegen verwelkte Kränze und da stehen auf Gräbern Kreuze. Und es stehen viele Kreuze herum, wo man nur aus dem Kreuz schließt, daß hier ein Grab sei. Auf die Kreuze ist manchmal mit weißer Kreide, manchmal mit blauer Kreide, manchmal mit Tintenstift und manchmal mit Bleistift etwas geschrieben. Es soll der Name sein und das Datum. Es könnte aber auch etwas anderes sein, es kann auch eine Rechnung aus der Tienda sein. Nach dem Datum sind manche Gräber nur ein Jahr oder ein halbes Jahr alt, aber die Kreuze sind halb zerbrochen oder liegen gar in Stücken herum, an ganz anderen Stellen, als wo sie eigentlich hingehören. Manche Grabplätze sind aufgewühlt von Hunden, Schweinen oder Ziegen. Die Gräber liegen durcheinander. Dazwischen ist Dornengestrüpp, da sind Kakteen und da ist Gras und Wüstenkraut. Alles ein Dschungel von schwarzen, weißen, blauen roten und grünen Kreuzen, von zerbrochenen Kreuzen, als hätten die Höllenbewohner hier ein infernalisches Knüppelholzschlagen veranstaltet, ein Dschungel von Hügeln, Haufen, Löchern, Schutt, Papierblumen, dürren Kränzen, Sträuchern, Lehmklumpen, Kraut und Gras.

Sieht man einen solchen Friedhof zum erstenmal und vergleicht man ihn bei diesem erstenmal mit jenen friedlichen, sauberen Kirchhöfen, die man in Europa gesehen hat, so mochte man fragen: Wie ist das denn möglich? Ich wollte eine solche Frage an mich stellen, als ich einen solchen Friedhof zum ersten Male sah. Aber ehe ich diese Frage zu Ende gedacht hatte, fand die Frage in dieser Betonung lächerlich. Denn das allein ist ja der Friedhof, den die Menschen haben sollten, wenn sie keine Heuchler wären. Aber sie müssen noch nach dem Tode heucheln und als Gespenster herumlaufen. Seit jenem Tage, wo ich zum ersten Male einen echten indianischen Friedhof im Dschungel sah, bin ich zu der Wahrheit gelangt: Steht das Kreuz ein halbes Jahr auf dem Hügel und ist der Hügel ein halbes Jahr sichtbar, so ist es in beiden Fällen sechs Monate zu lange. Das Kreuz und der Hügel verhindern, daß der Mensch im Herzen und im Geiste der Zurückgebliebenen weiter leben kann, darum ist er gezwungen, als Gespenst uns das Leben zu verbittern.

Der Zug war an dem Loche, wo der Kleine hineingebettet werden sollte. Kein Totengräber gräbt die letzte Grube. Der Vater muß es tun, oder der Bruder, oder ein Freund. Manuel hatte das Grab aus dem steinharten lehmigen Boden herausgehackt und herausgeschaufelt. Dann war er auf dem Pferde zurückgeritten, um dem Sarge folgen zu können.

(Fortsetzung folgt.)

des Hauses war der 32jährige Klempner Willi Krüger aus Mückendorf b. Jüterbog mit Lötarbeiten beschäftigt. Aus noch unbekannter Ursache lockerte sich die Leiter, auf der K. stand. Noch bevor er sich in Sicherheit bringen konnte, verlor er vollends den Halt und stürzte mit der Leiter kopfüber auf die Straße hinab, wo er schwerverletzt und bewußtlos liegen blieb. Der Verunglückte wurde in das Moabiter Krankenhaus gebracht, wo schwere Knochenbrüche, Arm- und Kopfverletzungen festgestellt wurden. Aerztliche Hilfe war aber bereits vergebens. K. starb kurze Zeit nach der Einlieferung ins Krankenhaus.

Nur ein wenig Liebe hat gefehlt!

Schärfere Strafen für Kindermißhandlungen.

Gegenüber den Kindermißhandlungen beginnen die Gerichte in Moabit jetzt mit größerer Schärfe vorzugehen. Die Große Strafkammer des Landgerichts II hatte sich noch mit einem weiteren, vom Ersten Staatsanwalt Steinbeck als unbegreiflich und unverständlich charakterisierten milden Urteil auf die Berufung des Staatsanwalts hin zu beschäftigen.

Obwohl dieser Fall noch schwerwiegender lag, als der in der Dienstagmorgennummer des „Vorwärts" geschilderte, da es sich nicht um eine böse Stiefmutter, sondern um die richtige Mutter handelte, eine Rabenmutter, wie Landgerichtsdirektor Hartmann die Konditorsfrau Erna Müller aus Schöneberg bezeichnete, hatte das Schöffengericht nur auf 500 Mark Geldstrafe erkannt. Die erste Instanz hatte zwar Roheit und Lieblosigkeit festgestellt, der Angeklagten aber mildernde Umstände zugebilligt, weil ihr geglaubt wurde, daß es sich um ein schwer erziehbares Kind handele. Von ihren beiden aus der ersten geschiedenen Ehe stammenden Töchtern hatte es die jetzt etwa achtjährige Charlotte zu Hause ganz besonders schlecht. Nach den Zeugenaussagen wurde das Kind von der Mutter herumgestoßen und bei jeder Gelegenheit geknufft. Wahllos schlug sie auf das arme Mädchen ein. Das Kind mußte auch hungern, und die Nachbarn im Hause gaben ihm oft genug aus Mitleid etwas zu essen. Wenn das Kind aus der Schule kam, mußte es für das Geschäft des Stiefvaters erst Ausgänge erledigen, und die Mutter sagte roh auf Vorhalt wohlmeinender Nachbarn: „Das Aas soll sich das Fressen selber verdienen." Zweimal wurde das Kind vom Schularzt untersucht. Das erstemal wurden auf dem Körper blutunterlaufene Stellen gefunden, bei der zweiten Untersuchung sah es noch schlimmer aus. Auf dem Rücken, den Rippen, Armen waren zahlreiche Striemen und blutunterlaufene Stellen. Das Kind war schwer mit einem Stock gezüchtigt worden. Blutige Stellen im Gesicht und an den Augen rührten von Schlägen mit einem Holzkeil her. Das Kind wurde nun der Mutter weggenommen und der Fürsorge übergeben. Gegenwärtig befindet es sich unter der liebevollen Pflege der Mutter des Stiefvaters und die Pflegemutter stellt ihm das beste Zeugnis aus. Auch vor Gericht gewann man von dem kleinen Mädchen den besten Eindruck. Landgerichtsdirektor Hartmann sagte auch im Urteil, daß dem Kinde, wenn es schwer zu erziehen gewesen sein sollte, nur ein wenig Liebe gefehlt habe. Die Pflicht der Angeklagten wäre es gewesen, statt ihrer Mißhandlungsmethode auf andere Weise ihre Erziehungsaufgaben zu erfüllen. Ein Glück sei es für das Kind, daß es endlich dieser Rabenmutter entzogen worden sei.

Unter Aufhebung des ersten Urteils wurde die Angeklagte wegen grausamer Mißhandlung ihres eigenen Kindes mittels eines gefährlichen Werkzeuges zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Eine Bewährungsfrist wurde im Urteil der Angeklagten nicht zugesprochen.

D-Zug mit der Bahnsteigkarte.

Da seine Kavaliersgepflogenheiten es ihm nicht erlaubten, 2. Klasse zu fahren und er 3. Klasse für standesunwürdig hielt, zog es der 20jährige Reisende F. vor, als blinder Passagier die Stadtbahn und Fernzüge zu benutzen. Zum ersten Male wurde er in einem Stadtbahnzug betroffen und hatte nur eine ungeknipste Fahrkarte, die sogenannte „Deckkarte". Die andere wollte er verloren haben. Da F. sehr großspurig tat und von seinem großen Einkommen und seinen glänzenden Geschäftsverbindungen erzählte, kam er noch einmal so durch, da man es für möglich hielt, daß der „feine Herr" wirklich seine Fahrkarte verloren habe. Kurze Zeit später wurde er aber im D-Zug von Frankfurt nach Berlin wieder ohne Fahrkarte, aber natürlich in der 2. Klasse gefaßt. Diesmal hatte er nur eine Bahnsteigkarte bei sich. Das Schöffengericht Mitte verurteilte F. zu 3 Monaten Gefängnis. Seinem großsprecherischen Auftreten vor Gericht, dem er auch allerhand von seinen großen Geschäftsverbindungen und Einnahmen erzählt hatte, mußte es der Angeklagte allein zuschreiben, daß die ihm vom Gericht an die Bewährungsfrist geknüpfte Buße auf 300 M. bemessen wurde. Diese Summe soll er in einem Monat zahlen, sonst muß der „Kavalier" brummen.

Aufdeckung eines Rauschmittelschmuggels.

Eine überraschende Aufklärung fanden Rauschgiftschmuggeleien, die von Berlin aus nach dem östlichen Auslande betrieben wurden. Die Beamten der Sonderdienststelle E. 7 waren schon seit mehreren Monaten hinter einigen Leuten her, die in dem dringenden Verdacht standen, sich auf dunklen Wegen Kokain und Morphium zu verschaffen und zum Teil in Berlin zu verkaufen, zum Teil aber über die Grenze zu verschieben. Trotz ständiger Beobachtung war aber den Verdächtigen nichts Bestimmtes nachzuweisen, weil sie sehr geschickt zu Werke gingen. Endlich aber konnte ein Verkehr mit dem Auslande sicher festgestellt werden, ebenso das Postamt, bei dem die Korrespondenz einging. Als ein Mann jetzt wieder Briefe abholte, folgten ihm die Beamten unauffällig und überraschten ihn schließlich in der Wohnung eines Bekannten, den er zur Durchsicht der Korrespondenz aufsuchte. Beide hatten ohne Zweifel schon längere Zeit Ausländern Kokain und Morphium angeboten und auch zugesandt. Der eine, ein Pole K., suchte auf dem tschechoslowakischen Konsulat aus einem Adreßbuch alle Firmen heraus, von denen er annehmen konnte, daß sie Rauschgifte kaufen würden. In Verbindung mit dem zweiten, einem Tschechoslowaken L., der ebenso wie er in der Hochmeisterstraße wohnte, kaufte er dann zunächst Arzneimittel ein, die im freien Handel zu haben sind und versandte sie nach dem Ausland. Diesen harmlosen Mitteln wurden später Kokain und Morphium beigegeben und mit ihnen über die Grenze geschmuggelt. Die Rauschgifte lieferte ihnen ein Apotheker-Praktikant, der in einer hiesigen größeren Apotheke beschäftigt war. In seiner Wohnung fand man noch eine erhebliche Menge Kokain. Er behauptet, daß er das noch von seinem 1920 verstorbenen Vater her besitze. Das ist aber ausgeschlossen, denn das Gift ist noch ganz frisch. Die Entlarvten wurden festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Rathenau-Feiern des Reichsbanners.

Der Tag, an dem der Reichsminister Dr. Walter Rathenau ermordet wurde, jährt sich am 24. Juni zum fünften Male. Das Berliner Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltet wie in allen vorhergegangenen Jahren wieder Rathenau-Gedenkfeiern. Durch Kameraden der verschiedenen Abteilungen wird am Grabe selbst von morgens an eine Ehrenwache gestellt werden. Um 11 Uhr findet eine Kranzniederlegung durch Vertreter des Gauvorstandes am Grabe statt. Abends um 7 Uhr treten die Reichsbannerkameraden Groß-Berlins am Bahnhof Niederschöneweide an, von wo aus im geschlossenen Zuge nach dem Waldfriedhof marschiert wird. Dort wird um 8 Uhr nach Einleitung der Feier durch einen Trommelwirbel des Tambourkorps Reichsminister a. D. Dr. Josef Wirth die Gedenkrede halten. Den Abschluß der Feier bildet ein Gesangsvortrag eines Männergesangvereins. Auch in der Königsallee im Grunewald wird das Reichsbanner an diesem Tage eine Ehrenwache stellen.

Frischer Zug im Schulwesen der Stadt.

Eine Schuldebatte in der Haushaltberatung.

Die Beratung des Stadthaushalts schritt in der gestrigen Stadtverordnetensitzung fort. Nach Erledigung des Haushalts für das Gesundheitswesen kam es beim Schulwesen zu einer längeren Aussprache. Unser Genosse Kawerau stellte mit Befriedigung fest, daß auf diesem Gebiet jetzt ein frischer Zug zu merken ist. Stadtschulrat Genosse Nydahl konnte ankündigen, daß bald bestimmte Vorschläge für einen Ausbau des Volksschulwesens kommen werden. Ihm liegt am Herzen, die Oberstufe der Volksschule in bessere Verbindung mit den Schuleinrichtungen für die Weiterbildung zu bringen. Die Mehrung der Landschulheime, die Kawerau forderte, wurde vom Stadtschulrat in Aussicht gestellt. Er hat diese Aufgabe schon im Beginn seiner Amtstätigkeit für dringend erklärt. Nydahls rührige Arbeit an der Weiterentwicklung der Volksschule wurde auch von dem Zentrumsredner Galle anerkannt.

•

Die gestern abgehaltene Sitzung der Stadtverordneten überwies zunächst eine Vorlage des Magistrats wegen der „pachtweisen Ueberlassung eines Teiles des Rittergutes Britz an die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt", d. h. wegen der Verlegung der Versuchsfluganstalt nach Britz, einem Ausschuß. Eine Vorlage, die die Freigabe und Verteilung von 1 Million Mark aus dem Haushaltplan für Notstandsarbeiten verlangte, wurde ebenso ohne Debatte angenommen wie die Freigabe von 500 000 M. für den Bau einer Großgarage für den Stadtfuhrpark. In der nunmehr fortgesetzten zweiten

Beratung des Stadthaushaltes

verlangte Stadtv. Merten (Dem.) eine glattere und schnellere Erledigung der schwebenden Bauvorhaben in den Bezirken, besonders in Charlottenburg, wo beispielsweise seit fast vier Jahren das Projekt des Neubaues einer Berufsschule schwebt, ohne daß es bisher greifbare Gestalt angenommen hätte. An den Stadtbaurat, Genossen Dr. Wagner, richtete Merten das Ersuchen, mehr Schwung und Tempo in den Geschäftsgang zu bringen. Der Stadtbaurat skizzierte kurz den üblichen Geschäftsgang in der Hochbauverwaltung. Die Bezirksämter sind in der Projektierung und der Ausführung der Bauvorhaben selbständig und unterliegen nur der Prüfung und der Finanzhoheit der Zentrale. Allerdings kommt es oft genug vor, daß Aenderungen und Einsprüche erfolgen müssen, so daß die Vorlagen und Pläne hin und her wandern und so die Verzögerungen zu verstehen sind. Bei der Beratung des Etats der Krankenhäuser und Heilanstalten forderte Stadtv. Dethlefsen (Dnat.) eine stärkere Heranziehung der Krankenkassen zu den Kosten der Krankenbehandlung in den Krankenhäusern. Der Redner verstieg sich zu der Behauptung, die Krankenhäuser seien keine Wohlfahrtseinrichtungen, die unbedingt zuschußpflichtig sein müssen. Die Krankenkassen seien sehr oft wohl in der Lage, höhere Aufwendungen für die Krankenhausbehandlung zu machen, denn ihre Verwaltung ist teuer (!) und es geht ihnen nicht schlecht. (!) Stadtv. Raddatz (Komm.) wies die Angriffe des Vorredners gegen die Krankenkassen zurück und bemerkte, daß eine Durchführung der Wünsche Dethlefsens eine enorme Steigerung der Krankenkassenbeiträge zur Folge hätten. Das aber könne den Versicherten nicht zugemutet werden.

In der Abstimmung über eine ganze Anzahl verhandelter Etattitel wird das Kapitel Personalbesoldung und Hauptgesundheitsamt in der Fassung der Ausschußberatung angenommen. Alle Abänderungsanträge von rechts und links wurden abgelehnt, darunter auch ein Antrag der Deutschnationalen, der die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge zur Krankenhausbehandlung auf 75 Prozent verlangte.

Bei Weiterberatung des Etats wurden noch die Titel Irrenpflege, Rettungswesen, Sozialhygiene und Krankenhäuser in den Bezirken beraten, wobei Stadtv. Raddatz (KPD.) öfter das Wort nahm. Die Kapitel Kapital- und Schuldenverwaltung, zentrale Anforderungen für

Volks-, Mittel- und höhere Schulen

folgten. Bei dem letzteren Kapitel begrüßte Dr. Kawerau den frischen Zug, der nach der Uebernahme des Stadtschulratspostens durch den Genossen Nydahl in die Schulverwaltung eingezogen ist. In zielbewußter Arbeit wird das äußere Gewand der Schulen gebessert. Bedauerlich ist nur, daß darum bis auf den heutigen Tag noch so schwere Kämpfe geführt werden mußten. Wichtiger als das äußere Gewand ist aber die innere Organisation der Schule und besonders der Volksschule. Diese auszubauen ist die eigentliche Aufgabe einer zielbewußten Schulverwaltung. In Berlin besuchen von 100 Kindern 82 die Volksschule, ein Beweis dafür, wie wichtig die Pflege gerade dieser Schulgattung ist. Genosse Kawerau trat dann für die Schaffung von Vorbereitungsmöglichkeiten für die Schüler der Aufbauschulen ein, forderte eine Planwirtschaft im höheren Schulwesen und eine durchgreifende Kommunalisierung der Privatschulen. Eine Verlegung der großstädtischen Schulen in einen Grüngürtel außerhalb der Stadt sei notwendig und erstrebenswert.

Stadtschulrat Genosse Nydahl betonte, daß von der Schulverwaltung anerkannt wird, daß dem großstädtischen Schulwesen die größte Bewegungsmöglichkeit im Rahmen der vorhandenen Etatmittel gegeben werden muß. Dazu gehört neben der inneren Neuorganisation aber auch die Schaffung neuer Räume, neuer Schulbauten. Die Schulverwaltung läßt es sich angelegen sein, nicht nur Vorschläge für den Ausbau der höheren, sondern besonders der Volksschulen zu machen. Die Verhandlungen mit den Behörden berechtigen zu den besten Hoffnungen. Der Stadtschulrat setzte sich dann mit besonderer Wärme für die Schaffung von Landschulheimen ein. Stadtv. Galle (Z.) sprach dem Stadtschulrat Genossen Nydahl das volle Vertrauen seiner Fraktion aus. Der Kommunist Gohs vertrat die Anträge seiner Fraktion zum Kapitel Schulverwaltung. — Die Abstimmung über die erledigten Etattitel wird am nächsten Donnerstag stattfinden.

Bei der Verabschiedung einer Dringlichkeitsvorlage wegen der Maßnahmen für Uebernahme der Beamten des Kaufmanns- und Gewerbegerichts zu den staatlichen Arbeitsgerichten wurde u. a. auch ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion angenommen, der verlangt, daß auch den übertretenden Angestellten ein Abkehrgeld zu zahlen ist, das dem Abkehrgeld der Beamten entspricht.

Gegen die Flughafen-Verlegung nach Britz.

Stürmische Protestversammlung.

Die Stadtverordnetenvorlage, nach der wichtige Teile des Rittergutes Britz an die Versuchsanstalt für Luftschiffahrt (VdL.) abgegeben werden soll, hat in Britz große Empörung ausgelöst. Das Rittergut Britz ist seinerzeit von der Stadt Berlin gekauft worden, um dort in großem Stile Wohnungsbau zu betreiben. Die Verkehrs- und Straßenverbindungen nach dem Rittergut Britz sind in den letzten Jahren soweit verbessert, daß es einem Arbeiter, der in Berlin beschäftigt ist, möglich ist, ohne große Zeitverluste seinen Arbeitsplatz zu erreichen. Rund 2000 Wohnungen sind im letzten Jahre auf einem Teil des Rittergutes bereits entstanden und es bestehen weitere Pläne, schon für die nächsten zwei Jahre wiederum etwa 2000 Wohnungen zu erstellen. Die Vorlage hat um so mehr Erregung hervorgerufen, weil dieser Versuchsflughafen mit seinem furchtbaren Motorenlärm die Ruhe einmal außerordentlich stören, und die bestehenden Wohnungen entwerten würde, außerdem den weiteren Wohnungsbau verhindern würde. Hinzu kommt noch, daß in unmittelbarer Nähe des Rittergutes das hygienische, auf das modernste eingerichtete Krankenhaus Buckow liegt, dessen Kranke durch den Lärm der Motore einen gar nicht schwer genug zu bewertenden gesundheitlichen Schaden erleiden würden. Am Dienstag abend fanden sich deshalb die Bewohner der Großsiedlung Britz zu einer Protestversammlung zusammen, um in letzter Stunde gegen das Projekt zu demonstrieren. Die Versammlung war außerordentlich gut besucht und schon bei den Ausführungen des Referenten, des Genossen Stadtrat Köhn zeigte es sich, daß die Empörung allgemein ist. In treffenden Worten kritisierte Genosse Köhn nicht nur die Unmöglichkeit, ausgerechnet vor der Siedlung Britz einen Flughafen zu legen, sondern auch den Vertrag, der nur der Stadt Verpflichtungen auferlegt und für den VdL. eine einzig große Schenkung bedeutet. Von den eingeladenen Fraktionen nahm, nachdem Genosse Köhn die einmütige Ablehnung durch die sozialdemokratische Fraktion unter stürmischem Beifall bekanntgegeben, von der Kommunistischen Partei der Stadtverordnete Sellheim das Wort, der sich merkwürdigerweise sehr gewunden ausdrückte, von politischen Hindernissen sprach, aber um eine klare Entscheidung seiner Fraktion herumredete. In der Versammlung wurde eine Protestresolution angenommen, die dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung noch bis Donnerstag eingereicht wird.

Anwachsen der Diphtherie in Berlin.

Vom Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin wird darauf hingewiesen, daß die Diphtherieerkrankungen in Berlin an Zahl und Schwere zugenommen haben. In dem ersten Vierteljahr 1927 hat sich die Zahl der gemeldeten Erkrankungen gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres nahezu verdoppelt. Außerdem sind die Erkrankungen wesentlich schwerer geworden.

Von den Eltern des Junglehrers Willi Rysmann, der auf so rätselhafte Weise in den Tod gegangen ist, wird uns mitgeteilt, daß sie ihrem Sohn niemals Vorwürfe gemacht haben, daß er eine Protestantin zur Frau genommen hat. Seine Frau ist vielmehr ohne Zutun der Eltern vor der Eheschließung zum katholischen Glauben übergetreten. Da der Sohn schon über drei Jahre nicht bei seinen Eltern wohnte, hatten die Eltern auch keinerlei Ahnung von seinen körperlichen und seelischen Nöten.

Unzulängliche Bremsen.

Das Kasseler Straßenbahnunglück vor Gericht.

Kassel, 21. Juni. Im Verlauf der gestrigen Verhandlung vor dem Großen Schöffengericht in Kassel erfolgte die Verlesung der protokollarischen Vernehmung der im Krankenhaus befindlichen Schwerverletzten. Großen Eindruck erregte die Aussage des fünfjährigen Dietrich Schlegel, der nach früheren Berichten eine Zeitlang als eigentlicher Urheber der Katastrophe angesehen worden ist. Das fünfjährige Kind, das mit tiefer Narbe an der linken Kopfseite vor Gericht steht, schildert sein Erlebnis der Todesfahrt aus der Perspektive des Kindes heraus einfach und eindringlich.

Aus der Vernehmung der Zeugen, die über die Vorgänge bei der Bremslösung aussagen, seien folgende interessante Einzelheiten mitgeteilt: Zeuge Ohlwein, der in einem früheren Prozeß, der gegen ihn wegen eines Straßenbahnunfalls, der auch durch Lösen der Bremse entstanden war, freigesprochen wurde, sagt aus, daß ihm nichts bekannt davon ist, daß nach einem Unfall eine Verschärfung der Dienstvorschriften eingetreten sei. Eine Reihe weiterer Zeugen bekundet, daß bei den Unfällen die Bremse immer angezogen war, und daß auch der Einleger im Zahnrad gewesen sei. Wenn Publikum eingestiegen sei, habe man die Handbremse nachziehen müssen. Von der Direktion sei niemals nach einem der angeführten Unfälle darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Bremse sich bei schwerer Belastung des Wagens lockere. Sachverständiger Günther erklärt an Hand der im Gerichtssaal liegenden Bremse die Funktion. Es sei durchaus möglich, daß kleine Steine und anderes sich zwischen die Zähne des Rades und den Einleger drängen und so die Gefahr erhöhen konnten. Weiter nutzen sich die Zähne mit der Zeit ab, so daß der Einleger leicht herausspringen könne. Zeuge Ohlwein berichtet über einen Vorfall, der vor einigen Tagen auf der Linie 1 passiert sei. Auch da habe sich die Bremse gelockert. Als er den Fall untersuchte, habe sich ergeben, daß es an der Kette, die immer hängen geblieben sei, gelegen habe. Zeuge Sack berichtet über das Abrollen eines Wagens am Druselital. Er sei damals bei dem Wagen stehen geblieben, dabei sah er, wie beim Einsteigen des Publikums sich die Bremsklötze langsam lockerten. Er habe dem Personal zugerufen: „Hallo, der Wagen läuft ja fort." Da habe er sich auch schon langsam in Bewegung gesetzt, sei aber nach kurzer Zeit wieder zum Stehen gebracht worden. Zeugen, die in diesem Wagen waren, bestätigen die Richtigkeit der von Sack geschilderten Vorgänge. Zeuge Straßenbahnführer Schneider berichtet von einem Vorgang auf Mulang, wo er die Bremsen nachziehen mußte, da sie sich gelockert hatten. Aus welchem Grunde sich die Bremse gelockert habe, könne er nicht sagen. Zeuge Schaffner Wagner hat die Beobachtung gemacht, daß schon öfters an verschiedenen Stellen Wagen, bei denen die Bremse ordnungsmäßig angezogen war, abrollten. Ebenso sagt der Zeuge Führer Seim aus, dem ein solches Vorkommnis schon mehrfach — zuletzt am 8. Mai an der Prinzenquelle — passiert ist. Zeuge Schaub berichtet über die Vorschriften, die bei der Herkulesbahn über die Bremsung der Wagen bestehen. Dort wird an den Endstationen neben der Handbremse, die festgezogen wird, die Strombremse eingeschaltet. Bei der Straßenbahn ist diese letzte Maßnahme technisch unmöglich.

Auffindung der Reste eines Riesenflugzeuges.

Paris, 21. Juni. (WTB.) Wie die Blätter mitteilen, haben Fischer an der brasilianischen Küste in der Nähe von Para Flugzeugtrümmer gefunden, die anscheinend von dem Riesenflugzeug herrühren, mit dem Hauptmann de St. Roman und seine Begleiter Mouneyres und Petit die Ueberquerung des Ozeans auf der Strecke Afrika—Südamerika vor mehreren Wochen versucht haben. Das Flugzeug war, nachdem es die afrikanische Küste verlassen hatte, verschollen.

Schwerer Unfall in einer chemischen Fabrik.

Drei Personen durch giftige Gase getötet.

Honnef (Sieg), 21. Juni. (WTB.) Ein furchtbares Unglück ereignete sich in der chemischen Fabrik von Geerlings u. Co. Ein mit Ausbesserungsarbeiten in einem Tank beschäftigter Klempner wurde plötzlich ohnmächtig. Der herbeieilende Chemiker und der Direktor des Werkes, die Hilfe leisten wollten, erlitten das gleiche Schicksal. Alle drei Personen konnten nur als Leichen geborgen werden. Der Tod erfolgte durch Einatmen ausströmender giftiger Gase. Ein anderer Arbeiter entging dem sicheren Tode nur dadurch, daß er bewußtlos wurde, bevor er den Tank erreicht hatte.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 1 Treppe rechts, zu richten.

4. **Kreis Prenzlauer Berg.** **Elternbeiräte der Liste Schulaufbau:** Donnerstag, 23. Juni, 19½ Uhr, bei Klug, Danziger Str. 71, wichtige Sitzung. Alle müssen erscheinen, auch diejenigen, welche durch Umschulung der Kinder in die weltliche Schule ausgeschieden sind. — Die freiwilligen Helfer und Helferinnen zum Sammeltag für den Arbeiter-Samariter-Bund werden ersucht, an der Zusammenkunft heute, Mittwoch, 22. Juni, 20 Uhr, im Lokal Mielke, Lychener Str. 2–3, teilzunehmen.

6. **Kreis Kreuzberg.** Donnerstag, 23. Juni, 19½ Uhr, bei Wolf, Gräfestraße, Sitzung sämtlicher Funktionärinnen und der Arbeiterwohlfahrtskommission.

7. **Kreis Charlottenburg.** Donnerstag, 23. Juni, 19½ Uhr, im Rathaus, Zimmer 1, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes. — **Zeitungskommission:** Donnerstag, 23. Juni, 20 Uhr, im Jugendheim Rostnerstr. 4, Sitzung. Vollzähliges Erscheinen wird bestimmt erwartet. Die Spediteure sind hierzu eingeladen.

9. **Kreis Wilmersdorf.** Donnerstag, 23. Juni, 20 Uhr, bei Andreas, Pfalzburger Str. 35, Ecke Güntzelstraße, wichtige Sitzung der Beamtenwerbeausschüsse der Abteilungen. Die Obleute laden ein. Erscheinen sämtlicher Ausschußmitglieder Pflicht. Die übrigen Beamtengenossen sind willkommen. — Die Genossinnen und Genossen werden aufgefordert, sich an der am Donnerstag, 23. Juni, beginnenden Werbewoche der Kinderfreunde, insbesondere an den am diesem Tage um 18 Uhr im Preußenpark stattfindenden Kinderspielen möglichst zu beteiligen.

17. **Kreis Lichtenberg.** Heute, Mittwoch, 22. Juni, 18 Uhr, Bezirksversammlung im Rathaus. Tribünenkarten sind beim Fraktionsvorsitzenden, Genossen Schubart, Rittergutstr. 24, und beim Genossen Richter, Barhagener Straße 62, Laden, zu haben.

19. **Kreis Pankow.** Heute, Mittwoch, 22. Juni, 19½ Uhr, Besichtigung und Vortrag im Planetarium am Zoo zum Ausnahmepreis von 30 Pf. Wir bitten um recht rege Beteiligung.

Heute, Mittwoch, 22. Juni.

22. **Abt.** 19½ Uhr Zahlabend bei Grunwaldt, Kamerunerstr. 19. Vortrag: „Bau- und Verkehrswesen im Bezirk Wedding." Referent Stadtrat Pfeiffer.

27. **Abt.** 19½ Uhr in den Schönhauser Festsälen, Schönhauser Allee 129, Vortrag: „Aus den Erinnerungen eines alten Sozialisten." Referent Stadtverordneter Adolph Hoffmann. Gäste sind herzlichst eingeladen.

29. **Abt.** Achtung! 19½ Uhr Zahlabend für die Bezirke 105, 106, 107, 114, 115, 116 nicht, wie bereits bekanntgegeben, bei Vollmer, sondern bei **Buchholz, Prenzlauer Allee, Ecke Stargarder Straße.**

35. **Abt.** 19½ Uhr Abteilungsversammlung in der Schule Samariter Str. 20. Vortrag: „Sozialversicherung." Referent Rudolf Karsten. Vollzähliges Erscheinen erwartet die Abteilungsleitung.

43. **Abt.** Die Quartalsabrechnung findet heute bei Rade, Fichtestr. 29, statt. Die Maimarken müssen abgerechnet werden. Alle Marken sind dem Revisor zur Kontrolle vorzulegen.

44. **Abt.** 19½ Uhr bei Burckhardt, Hölzlitzer Str. 52, Abteilungsversammlung. Vortrag: „Bericht vom Parteitag in Kiel." Berichterstatter Reinhold Drescher, M. d. R. Diskussion. Verschiedenes. Gäste willkommen.

47. **Abt.** Die Abteilungsversammlung fällt aus und findet am Mittwoch, 29. Juni, statt.

Morgen, Donnerstag, 23. Juni.

85. **Abt. Tempelhof.** 20 Uhr im Lokal „Linde", Werder-, Ecke Friedrich-Karl-Straße, wichtige Funktionärsitzung.

45. **Abt. Achtung, Bezirksführer!** Abrechnen am Freitag, 24. Juni. Maimarken sind unbedingt abzurechnen.

37. **Abt.** Sonnabend, 25. Juni, 15 Uhr, im Lokal „Fürsten-Wolfgang", Weißenseer Weg, Kaffeekochen der Frauen. Treffpunkt 14½ Uhr Hausburgstraße, Ecke Landsberger Allee. Alle Genossinnen sind herzlichst eingeladen. Abends gemütliches Beisammensein aller Mitglieder. Gäste sind herzlichst willkommen. **Der Abteilungsvorstand.**

Frauenveranstaltungen.

7. **Kreis Charlottenburg.** Donnerstag, 23. Juni, 19½ Uhr, im Jugendheim Rostnerstraße, Kreisfunktionärinnenkonferenz.

17. **Kreis Lichtenberg.** Donnerstag, 23. Juni, 19½ Uhr, bei Tempel, Gudrunstraße, Kreisfrauenabend. Bericht von der Frauenkonferenz in Kiel. Berichterstatterin Marie Juchacz, M. d. R.

56. **Abt. Charlottenburg.** Der für Donnerstag, 23. Juni, verabredete Ausflug wird auf Donnerstag, 30. Juni, verschoben. Dafür können sich die Genossinnen an der Besichtigung der Anstalt Lindenhof am Donnerstag, 23. Juni, 13¾ Uhr, am Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde beteiligen.

68. **Abt. Halensee.** Donnerstag, 23. Juni, 20 Uhr, bei Sandmann, Westfälische Str. 42, Rezitationen und gemütliches Beisammensein. Gäste willkommen.

136. **Abt. Reinickendorf-Ost.** Donnerstag, 23. Juni, 19½ Uhr, in der Baracke Lindower Straße, Frauenabend.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Groß-Berlin: Wegen der Werbewoche findet die Arbeitsgemeinschaft über den Kursus in Friedrichsroda am Donnerstag nicht statt.

6. **Kreis Kreuzberg.** Werbeumzug aller Kinderfreunde nach der großen Spielwiese in Treptow am Freitag, 24. Juni. Treffen der einzelnen Gruppen: Südwest: ½17 Uhr Yorckstr. 11, Jugendheim. Hallesches Tor: ¾17 Uhr Gitschiner, Ecke Brandenburgstraße. Südost: ¾17 Uhr Reichenberger Str. 66, Jugendheim. Naturfreunde: ¾17 Uhr Reichenberger Straße 66, Jugendheim. Fahnen, Wimpel, Plakate sind mitzubringen. Alle Kinder, Eltern und Freunde werden gebeten, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. M. Faustmann.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

26. **Abt.** Der Parteigenosse Professor Krüger ist plötzlich gestorben. Seine Beerdigung findet heute, Mittwoch, 16½ Uhr, in Spreenhagen bei Fangschleuse bei Erkner statt. Um rege Beteiligung wird gebeten. Ehre seinem Andenken.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Heute, Mittwoch, zwischen 17 und 19 Uhr Abrechnung der Beiträge usw. Die Bücherstube ist heute von 17–19 Uhr geöffnet.

Wanderleiterkonferenz heute, Mittwoch, 22. Juni, 19½ Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 3. Berichte über den Spandauer Kursus und über die Pfingstwanderung. Wanderausschuß pünktlich 19 Uhr in der Bücherstube.

Heute, Mittwoch, 22. Juni, 19½ Uhr.

Wedding: Heim Ost-, Ecke Turiner Straße. „Abstammungslehre." — **Humanplatz:** Heim Eberswalder Str. 10, Zimmer 11. „Das Sozialistengesetz." — **Rosenthaler Vorstadt:** Spielen mit den Kinderfreunden um 17 Uhr auf dem Platz Bergstraße. Danach im Heim Gipsstraße Bunter Abend. — **Baltenplatz:** Heim Elsasser Str. 4–5. Glasbrenner-Abend. — **Friedrichshain:** Heim Dietzenstr. 5–7. „Alt-Berliner Humor." — **Reichenberger Viertel:** Heim Reichenberger Str. 66. Antimilitaristischer Leseabend. — **Westen II:** Heim Bülowstr. 88. „Entwicklung Sowjetrußlands." — **Spandau:** Heim Lindenufer 1. „Alt-Berlin." — **Tempelhof-Marienfelde:** Heim Germaniastr. 4–6. „Tagespolitik." — **Lichtenberg-Mitte:** Heim Dottistr. 22. Glasbrenner-Abend. — **Lichtenberg-Nord:** Heim Parkaue 10. „Die Arbeit der sozialistischen und kommunistischen Internationale." — **Neu-Lichtenberg:** Turnhalle des Pestalozzi-Lyzeums, Prinz-Albert-Straße. „Was ist Wirtschaftskampf?" — **Friedenau:** Der Sportabend muß ausfallen wegen Platzentziehung für heute. Wir beteiligen uns an der Parteimitgliederversammlung im Rathaus Friedenau.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Mittwoch, 22. Juni. Friedrichshain, 6. Sektion: 19½ Uhr Sitzung bei Heinrich, Lange, Ecke Krausstraße. — **Freitag, 24. Juni. Prenzlauer Berg:** 8 Uhr bei Burg erweiterte Kreisvorstandssitzung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen Pflicht. **Neukölln-Britz:** 18 Uhr Treffen Schützenhaus Neukölln. **Berlin-Adlershof:** Alle Kameraden treten 18¼ Uhr Adlergestell, Ecke Bismarckstraße, zum Marsch nach Niederschöneweide an. Rathenau-Feier. **Reinickendorf:** 20 Uhr Schützenhaus, Residenzstr. 1, Vollversammlung. **Treptow:** Rathenau-Gedächtnisfeier in Oberschöneweide. Antreten 19 Uhr in Niederschöneweide, Grünauer Straße. Gedächtnisrede Kam. Dr. Wirth. — **Steglitz:** Do., 23., 20 Uhr. Alle Frankfurt-Fahrer haben zu erscheinen. So., d. 25., Antreten 17¼ Uhr auf dem Düppelplatz zur Fahrt nach Frankfurt a. d. O. Nachzügler treffen sich Sonntag, d. 26., 5½ Uhr Düppelplatz. — **Rixdorf:** Abfahrt nach Frankfurt a. d. O. findet für die Kameraden 17.46 Uhr vom Schles. Bhf. statt. Treffpunkt 17 Uhr am Schalter für Fernzüge. — **Teltow:** Frankfurt-Fahrer per Bahn: Abfahrt So., d. 25., 17.43 Uhr Schles. Bhf. In Frankfurt findet Sonnabend, 20 Uhr, eine Sitzung der Kreisvereinsvorsitzenden im Volkshaus statt. — **Steglitz:** Abf. So., d. 25., ab Charlottenburg 18.33 Uhr. Treffpunkt 17 Uhr Düppelplatz, Steglitz. — **Adlershof:** Alle Teilnehmer an der Verfassungsfeier in Leipzig, 14. August, haben sich bis zum 26. Juni beim Kam. Rowka, Sedanstr. 27, zu melden. Fahrpreis 8 M. Die Teilnahme an der Dampferfahrt am 10. Juli nach Fiegenhals muß bis zum 29. Juni beim Kam. Rowka gemeldet sein. Fahrpreis 2 M. — **Friedrichshain:** Sämtliche Sportler am Do., d. 23., 19½ Uhr, auf dem Sportplatz. Einteilung der Sportmannschaft Frankfurt a. d. O. — **Weißensee und Hohenschönhausen:** Mi., d. 22., ab 18 Uhr Turnen Stadion Fauler See. Do., d. 23., 19 Uhr, Antreten Grüner Baum, nur Spielleute. Nachzügler 20 Uhr Treptow, Spielwiese. Generalprobe. — **Neukölln-Britz,** 3. Kameradschaft: Do., d. 23., 20 Uhr, Kameradschaftsversammlung bei Rudolf, Hermannstr. 156. Vortrag des Kam. Dr. Schreiner: „Aktuelle politische Fragen." — **Oranienburg:** Alle Frankfurt-Fahrer müssen Donnerstag, 20 Uhr, auf dem Schulhof Greifenhagener Straße sein. Ausgabe von Festplaketten. — **Tempelhof:** Alle Frankfurt-Fahrer treffen sich am Freitag, 20 Uhr, bei Pommerling, Berliner Str. 100. 3,60 M. Fahrgeld sind mitzubringen. Sonst Antreten nach Frankfurt Sonnabend pünktlich ¼17 Uhr Bahnhof Tempelhof. — **Neukölln-Britz,** 5. Kameradschaft (Jungmannschaft): Mi., d. 22., 18¾ Uhr, Herzbergplatz, Antreten zum Uebungsmarsch.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, 9. Bezirk. Freitag, 24. Juni, 20 Uhr, zur Rathenau-Gedächtnisfeier, Waldfriedhof Oberschöneweide. Gesungen wird „Gesang der Völker" und „Sturm".

Biochemischer Verein Groß-Berlin. 23. Juni: Gruppe Tegel: Restaurant Hemsek, Hauptstr. 6. Gruppe Gesundbrunnen: Restaurant Schmidt, Prinzenallee 52. Gruppe Kreuzberg: Rockbrauerei, Fidicinstraße. Gruppe Reinickendorf-West: Hartmanns Brauerei, Scharnweberstr. 101–104. — 24. Juni: Gruppe Hohenschönhausen: Lindemanns Gesellschaftshaus, Berliner Straße. — 27. Juni: Gruppe Oberschöneweide: Imberger Gesellschaftshaus, Wilhelminenhofstr. 34. Gruppe Adlershof: Zieges Gesellschaftshaus, Bismarckstr. 29. — 28. Juni: Gruppe Stralau: Restaurant Schoners, Annastraße. Gruppe Oranienburg: Schützenhaus, Königsallee, an der Bahn. Gruppe Schönhauser und Prenzlauer Vorstadt: Ledigenheim, Pappelallee 15.

Schutzverband der Schwerhörigen. Donnerstag, 23. Juni, 20 Uhr, hält die Ortsgruppe Berlin ihre letzte öffentliche Monatsversammlung vor den Ferien ab im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45. Einige zeitgemäße Vorträge, u. a. auch über das Wochenende der Schwerhörigen, werden vor dem Mikrophon des großen neuen Vielhörers gehalten. Alle Schwerhörige sind herzlichst eingeladen. Eintritt frei.

Arbeiter-Abstinentenbund, Gruppe Wedding. Donnerstag, 23. Juni, 20 Uhr, im Jugendheim Schönlebestraße, Eingang Orthstraße, Gruppenabend. Genosse Herlinger spricht über „Literarisches von Heinrich Heine". Gäste willkommen.

Deutscher Esperanto-Bund, Ortsgruppe Berlin. Freitag, 24. Juni, 20 Uhr, Konditorei Dobrin, Hackescher Markt, Uebungsabend. Gäste willkommen.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Berlin. Abt. Mitte: Mitgliederversammlung Mittwoch, 22. Juni, 20 Uhr, Leibnitz-Gymnasium, Mariannenplatz. — **Kolonne Reinickendorf:** Donnerstag, 23. Juni, 19½ Uhr, Mitgliederversammlung im Volkshaus, Scharnweberstr. 114. — **Wedding:** Donnerstag, 23. Juni, ½20 Uhr, Lokal Bellin, Schulstr. 12. — **Neukölln:** Donnerstag, 23. Juni, ½20 Uhr, Schule Rütlistraße.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Dienstag, dem 21. Juni.

1. Rennen. 1. Harfenmädchen (Sinoratzki), 2. Mistral (Begall), 3. Baron Neum (Schleusener). Toto: 258 : 10. Platz: 148, 38, 51 : 10. Ferner liefen: Clementine, Helder, Anker I, Hella Timoko, Cilly Dillon, Hänsi Dillon, Ostgrenze, Beate, Silberpappel, Weitkamp, Linsea Harvester, Lux, Hinrich, Deutscher, Kroschel, Die Letzte, Lachmuskel.

2. Rennen. 1. Baron Silvester (A. Finn), 2. Gerhard (Zauß jun.), 3. Ilona B. (Frömming). Toto: 22 : 10. Platz: 13, 18, 15 : 10. Ferner liefen: Elle B. I, Freund Edelstein, Weinbrand, Möglich, Blaumeise, Flamingo, Olley B., Dompfaff I.

3. Rennen. 1. Lady Morgan (Ch. Mills), 2. Britton (Treuherz), 3. Noblesse (Ringius). Toto: 11 : 10. Platz: 13, 25, 14 : 10. Ferner liefen: Nelly Arnald, Tombechant, Modena, Olan, Reichhammel, Notwehr.

4. Rennen. 1. Mizer (Ch. Mills), 2. Alpengeier (Zauß jun.), 3. Satire (J. Mills). Toto: 11 : 10. Platz: 12, 15, 14 : 10. Ferner liefen: Pechsackel, Interpellant, Shelly, Aline Harris.

5. Rennen. 1. Friese (P. Finn), 2. Malteser (Weiß), 3. Nation (Schleusener). Toto: 16 : 10. Platz: 15, 27, 20 : 10. Ferner liefen, Alcibiades, Flaggenlied, Wagner, Festinella, Lombardei, Henny Cord: Campanula, Martha Halle, Minnie Halle, Regenbogen.

6. Rennen. 1. Fretchen (Elias), 2. Kurgast (Brümmer), 3. Manzanares (Teichle). Toto: 37 : 10. Platz: 15, 16, 17 : 10. Ferner liefen: Athos, Crisa, Stapellauf, Langemann, Rotula, Zeitgeist, Prinzeß Fortuna, Natter, Abdullah Silber.

7. Rennen. 1. Johannisfeuer (Lautenberger), 2. Michael (J. Mills), 3. Punter (Grube). Toto: 51 : 10. Platz: 13, 12, 14 : 10. Ferner liefen: Rabiola, Goudster jun., Crispa, Strumpelpeter, Lebemann, Brilon Prinz, Frl. v. Lindow.

8. Rennen. 1. †Natalis (Schleusener), 1. †True Fox (Zauß jun.), 3. Denkmünze (Lautenberger). Toto: 23 (Natalis), 10 (True Fox): 10. Platz: 16, 13, 14 : 10. Ferner liefen: Barmaid, Altmark, Fregoli, Postumus, Blaue Adria, Jeanette.

9. Rennen. 1. Großmogul (Zauß jun.), 2. Diana Watts (Schröder), 3. Pfegrim (Kozal). Toto: 28 : 10. Platz: 34, 94, 25 : 10. Ferner liefen: Lunaria, Dichtung, Potsdam, Einsicht, Mousotatos, Schwarzwaldmädel, Dancing Girl, Hippologe, Cilento, Isarwelle, Lampe.

Große Erfolge des deutschen Flugmotorenbaus. Die sensationellen Flüge der Amerikaner nach Europa haben insbesondere in Deutschland einen großen Widerhall gefunden und das schon immer bestehende Interesse für die Luftfahrt zu heller Begeisterung entfacht. Wir in Deutschland sind ja seit Kriegsschluß auf das schwerste in der Entwicklung der Luftfahrt gehemmt gewesen. Um so erfreulicher ist es, daß sich die Flugmotoren der Bayerischen Motorenwerke in schwerstem Wettkampfe, auch im Auslande, durchgesetzt haben und in vielen fremden Staaten nicht nur verwendet, sondern auch in Lizenz gebaut werden, der beste Beweis für die Gleichwertigkeit mit den besten Auslandsmotoren. Dies zeigen aber auch weiterhin die Erfolge der BMW.-Motoren in den vielen Weltrekorden, die mit ihnen aufgestellt wurden, ebenso ferner die sensationellen Flüge Mittelholzers durch Afrika, die nicht die geringste Motorenstörung aufzuweisen hatten. Wir haben also allen Grund, auch auf unsere deutsche Flugmotorenindustrie stolz zu sein, die es trotz der bescheidenen Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, zu großen Erfolgen gebracht hat und in technischer Hinsicht sicherlich in der Lage wäre, den Besuch der Amerikaner zu erwidern.

Es gibt viele Mineralbrunnen, aber es gibt nur ein natürliches Fachinger Wasser: „Stadtl. Fachingen". Durch seinen Genuß frischt man das Blut auf und erzielt eine Gesundung des ganzen Körpers.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachd. verb.): Bei wechselnder Bewölkung etwas windig. Vereinzelt Regen, geringe Abkühlung. — **Für Deutschland:** Im Süden beständig und warm, sonst etwas Abkühlung bei frischen westlichen Winden. Vereinzelt Regenschauer.

Funkwinkel.

Der Abend brachte das Oratorium „Die Kreuzfahrer" von Niels Gaden, der ein Geistesverwandter und Landsmann des Fabulierers Hans Christian Andersen war. Auch in diesem Werk, das auf der Ideenwelt von Tassos „Befreites Jerusalem" aufgebaut, doch durchaus nordische Romantik in der Musik entwickelt, wird den Hörern die verträumte Klangwelt dieses liebenswürdigen, zu Unrecht heute sehr vergessenen Komponisten lebendig, der als Dirigent der Kopenhagener Musikvereinskonzerte 1890 starb und der in den 60er Jahren in Leipzig Dirigent der Gewandhauskonzerte gewesen war. Das Werk wurde von Professor Hugo Rüdel wirkungsvoll mit dem Funkchor und Funkorchester sowie den Solisten Hildegard Galewska, Eugen Transki und Fred Drissen aufgeführt. — Dr. Richard H. Steins Zyklus „200 Jahre Berliner Musikleben" war diesmal in der Gegenwart angelangt. „Die Organisation des modernen Musiklebens" ist ein Kapitel der Zahlen und im übrigen der negativen Werte, dem der Vortragende offensichtlich nicht allzuviel Freude abgewinnen konnte. Kulturgeschichtliche Ausführungen, wenn auch auf durchaus verschiedenen Gebieten, brachte Prof. Dr. George Wegener, Rektor der Handelshochschule, der die „Innere Vorgeschichte der chinesischen Revolution" behandelte, und Prof. Dr. Max Dessoir, der über „Geistiges Leben in Argentinien" sprach. Dr. Max Apel behandelte in seiner Vortragsreihe „Weltanschauungen großer Denker" einen der genialsten: Giordano Bruno, der für seine Anschauungen im Jahre 1600 von der italienischen Inquisition verbrannt wurde. Dr. Apel gab eine anschauliche sachliche Einführung in sein Leben und sein Werk. Tes.

5.

Ein Mann namens Meyer,
— er war aus Polzin —
dem war die Schwiegermutter
seit langem nicht grün!
Er liest aus dem „Jacob"
ihr Witz vor und Scherz:
seitdem sind die beiden
eine Seele, ein Herz!!

a.

„Der Wahre Jacob", das weltbekannte Witzblatt, kostet trotz erhöhten Umfanges nur 30 Pf. Bestelle noch heute beim Zeitungsboten oder in deiner Volksbuchhandlung.

Hunderttausende
haben sich überzeugt, daß unsere
GOLD-SABA-4 ₰
aus unserer neuen Mischung von Tabaken jüngster Ernte, frisch manipuliert, die wohlschmeckendste, bekömmlichste und leichteste Zigarette ist, die zur Zeit dem Feinschmecker geboten werden kann
GARBÁTY
Achten Sie auf das Garantieband!

Die Gemeindeverfassung.

Vor der Verabschiedung der Städte- und Landgemeindeordnung in Preußen.

Seit 1922 berät man im Preußischen Landtage die vom Innenminister Severing eingebrachte Städte- und Landgemeindeordnung. Nachdem im vergangenen Frühjahr die zweite Lesung der Städteordnung im Plenum erledigt worden ist, soll am 21. Juni die zweite Lesung der Landgemeindeordnung begonnen, und dann am 28. und 29. Juni die dritte Lesung der Städte- und Landgemeindeordnung erledigt werden.

Gegen die Städteordnung hat bis vor wenigen Wochen der Deutsche Städtetag eine scharf ablehnende Stellung eingenommen. Verhandlungen mit den Regierungsparteien haben ihn in letzter Zeit veranlaßt, unter Aufrechterhaltung seines ablehnenden Standpunktes, Abänderungsanträge einzureichen. Auffallend dabei ist, daß er sich am stärksten gegen die Bestimmungen wendet, die sein jetziger Präsident Dr. Mulert, als Ministerialdirektor des Ministeriums des Innern gegen den Willen der Sozialdemokraten in den Gesetzentwurf hineingebracht hat. Es sind die Bestimmungen über die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen, die eine Einengung gegenüber dem bisherigen Zustand bedeuten. Diese Bestimmungen sind von unseren Genossen im Ausschuß heftig bekämpft worden, aber als Regierungsvertreter setzte Dr. Mulert sie mit Hilfe der bürgerlichen Parteien durch. Im Interesse der Städte wendet sich heute der ganze Städtetag, von links bis rechts, gegen diese Bestimmungen. Wiederum ein Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie die beste Hüterin der Selbstverwaltung ist. In der zweiten Lesung im Plenum gelang es unserem starken Druck, im § 105 wenigstens die Bestimmung durchzusetzen, daß die Staatsaufsicht bei den wirtschaftlichen Aufgaben — § 73 a bis 77 — ausgeschaltet ist.

Trotzdem die heutige Staatsaufsicht eine wesentlich andere ist als im alten Staate, sind die Sozialdemokraten für die weitestgehende Freiheit der Selbstverwaltungskörper. Die Selbstverwaltung darf aber nicht soweit gehen, daß ehrgeizige Oberbürgermeister in der Lage sind, ohne Rücksicht auf andere Gemeinden und Menschen einen Staat im Staate zu bilden. Die Forderungen des Städtetages bezüglich der Selbstverwaltung werden die Sozialdemokraten im weitesten Maße unterstützen.

Der Städtetag fordert weiter das Einkammersystem nach der Rheinischen Städteordnung, und er findet uns auch da auf seiner Seite, da wir stets den Standpunkt vertreten haben, daß allein die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen hat und die Verwaltung nur vorbereitendes und ausführendes Organ sein soll. Nimmt man diesen Standpunkt ein, so kann man aber nicht mit dem Städtetag fordern, daß der Oberbürgermeister unter allen Umständen Leiter der Stadtverordnetenversammlung ist. Wenn man das als unbedingte Voraussetzung für das Einkammersystem verlangt, so übertreibt man ganz gewaltig. Es ist nicht zu verkennen, daß der Versammlungsleiter einen großen Einfluß auf die Abwicklung der Geschäfte hat, aber sein Einfluß hängt ab von dem Maße des Vertrauens, das er bei der Stadtverordnetenversammlung genießt. Andernfalls gibt es Geschäftsordnungsdebatten, die meistens der Sache nicht förderlich, sondern schädlich sind. Die starke, fast an Absolutismus grenzende Stellung des rheinischen Oberbürgermeisters liegt nicht in dem Recht, Leiter der Stadtverordnetenversammlung zu sein, sondern in der Verwaltung und da können wir dem deutschen Städtetag, der diese absolute Stellung für ihn verewigen will, nicht folgen.

Mit vieler Mühe war es uns gelungen, in den § 53 die Bestimmung hinein zu bekommen, daß bei der Bürgermeisterverfassung der Bürgermeister die Stadträte und einen Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung vor der Geschäftsverteilung zu hören habe. Der Städtetag verlangt die Streichung dieser Neuerung. Ebenso will er die Bestimmungen gestrichen haben, daß bei der Magistratsverfassung der Magistrat seine Vertreter (Stadträte und Leiter einzelner Verwaltungszweige) zu den Verwaltungsausschüssen ernennt und daß leitende Beamte nur mit Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung eingestellt werden können. In beiden Fällen geht das Verlangen des Städtetages dahin, die Rechte der Selbstverwaltung dem Bürgermeister allein zu überlassen.

Ein vom Städtetag ausgearbeiteter Entwurf einer Städteordnung würde darauf hinaus laufen, den Oberbürgermeister, noch mehr als bisher in der rheinischen Städteordnung, zum Alleinherrscher in der Verwaltung, wenn möglich auch noch zum Herrscher über die Stadtverordnetenversammlung zu machen. Dafür ist die Sozialdemokratie aber nicht zu haben.

Nach den Beschlüssen der zweiten Lesung ist das bisherige Bestätigungsrecht, das sehr viele Unzuträglichkeiten verursacht hat, so eingeschränkt worden, daß die Staatsregierung nur noch den Bürgermeister, die Aufsichtsbehörde den ersten Stadtrat zu bestätigen hat. In den Städten mit Bürgermeisterverfassung ist auch das Recht des Bürgermeisters, Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zu beanstanden, wesentlich eingeschränkt worden. Glaubt der Leiter der Stadt, nach den neuen Bestimmungen einen Stadtverordnetenbeschluß beanstanden zu müssen, weil er nach seiner Meinung gegen die Interessen der Stadt und des Gemeindewohls verstößt, so hat er seinen Entschluß der Stadtverordnetenversammlung schriftlich mit Begründung mitzuteilen. Besteht die Stadtverordnetenversammlung auf ihrem Beschluß, so ist er durchzuführen. In den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung soll auch nicht mehr die Stimme des Bürgermeisters den Ausschlag geben, wie bislang, vielmehr soll Stimmengleichheit als Ablehnung gelten.

In der Landgemeindeordnung sind natürlich, da die bisherigen viel reaktionärer sind als die Städteordnung, die erzielten Fortschritte wesentlich größer. Vor allen Dingen verschwinden die Gutsbezirke und damit die Alleinherrschaft der Gutsbesitzer. Die Regierungsparteien haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Landgemeindeordnung der Städteordnung anzupassen sei. Damit gelten alle Verbesserungen in der Städteordnung auch für die Landgemeindeordnung. Hinzu kommt noch, daß der Gemeindevorstand gegenüber dem Bürgermeister eine wesentlich stärkere Stellung erhält.

Fünf Jahre hat der Preußische Landtag an den Entwürfen beraten und herumgeflickt, besser sind sie im allgemeinen nicht geworden. Es besteht auch kaum Aussicht, daß der neue Landtag, der im Jahre 1928 gewählt wird, sie besser gestalten würde. Deshalb sollten sich die Regierungsparteien noch vor der dritten Lesung über die notwendigen Aenderungen einigen und dann die Gesetze verabschieden. Damit würde für ganz Preußen, von einigen Ausnahmebestimmungen abgesehen, eine einheitliche Städte- und Landgemeindeordnung geschaffen. Es würde aber auch der Weg frei gemacht, um im nächsten Landtag eine neue Kreis- und Provinzialordnung schaffen zu können. A. Haas.

Neuordnung der Elbgemeinden.

Debatte über Groß-Hamburg im Landtag. Obstruktion der Rechtsparteien.

Der Preußische Landtag überwies in der Dienstagsitzung den Gesetzentwurf über die Erhöhung des Diensteinkommens der Handels- und Gewerbeschullehrer, gegen den der Staatsrat Einspruch erhoben hatte, zunächst noch einmal an den Ausschuß für Handel und Gewerbe.

In der fortgesetzten zweiten Beratung der Gesetzentwürfe über Groß-Altona, die Neuregelung der kommunalen Grenzen im preußischen Unterelbegebiet, den Ausbau der preußischen Häfen und den Sonderausgleich zugunsten der Nachbargemeinden von Hamburg, nimmt das Wort:

Abg. Gehrmann-Harburg (Soz.):

Die sozialdemokratische Fraktion wird den Ausschußbeschlüssen zustimmen. Wir lassen uns dabei von dem Gesichtspunkt leiten, daß dadurch endlich die Groß-Hamburg-Frage bereinigt wird. Die Sonderstellung, die Hamburg als Stadtstaat einnimmt, drückt in finanzieller Beziehung naturgemäß die benachbarten preußischen Gemeinden in den Hintergrund. Das kommt besonders in den Steuerleistungen zum Ausdruck. Diesem Zustand mußte im Interesse der betreffenden Gemeinden und des preußischen Staates ein Ende bereitet werden. Wir sind der Ansicht, daß das in der Vorlage durch die Schaffung von Großgemeinden und durch finanzielle Unterstützung zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Interessen erreicht wird. Blankenese aus dem Zusammenschluß Groß-Altona nach dem Willen der Rechtsparteien herauszulassen, weil es finanziell besonders leistungsfähig ist, hätte eine Schädigung Altonas bedeutet. Nachdem der Ausschuß aber den Zusammenschluß von Blankenese mit Altona einmal beschlossen hat, scheint mir der Streit darüber müßig zu sein. Die Vereinigung von Harburg mit Wilhelmsburg ist durch die Erweiterung des Harburger Hafens und im Interesse der Schaffung neuen Industriegeländes ebenfalls zur Notwendigkeit geworden. Trotzdem bringt die Vorlage in dieser Beziehung nur eine Teillösung. Im Interesse der industriellen Arbeiter muß neues Siedlungsgelände geschaffen werden. Weil die Entwürfe einen wesentlichen Fortschritt für die Gemeinden des preußischen Unterelbegebietes bedeuten, werden wir ihnen zustimmen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Frau **Mehlis** (Dnat.): Wir begrüßen die Hilfsaktion der Regierung zugunsten der Elbegemeinden. Altona ist als Zuschußgebiet, aber nicht durch Eingemeindungen zu helfen. In der neuen Stadtverordnetenversammlung würden die Vertreter von Altona die Vertreter der reichen Nachbargemeinden, insbesondere von Blankenese, einfach majorisieren. Dem Kreis Pinneberg würden 52 Proz. seiner Einnahmen zugunsten Altonas genommen werden.

Abg. **Grebe** (Ztr.): Die Notlage der Hamburger Nachbargemeinden tritt durch die besondere Leistungsfähigkeit der Welthafenstadt Hamburg besonders in die Erscheinung. Wir betonen ausdrücklich, daß wir der Entwicklung des Hamburger Hafens durchaus keine Schwierigkeiten bereiten wollen. Aber die Reden des Hamburger Bürgermeisters Petersen waren nicht geeignet, eine Atmosphäre der Verständigung mit Preußen zu schaffen. (Sehr wahr! links.)

Abg. **Schröter-Kiel** (D. Vpt.): Wir halten den Weg, den die Staatsregierung zum Zusammenschluß der Elbgemeinden eingeschlagen hat, nicht für richtig. Wir erkennen die staatspolitischen Gesichtspunkte, mit denen man die Vorlage begründet, an. Gleichwohl können wir dem Zusammenschluß der reichen mit minder leistungsfähigen Gemeinden nicht zustimmen. Von dem Schicksal unserer diesbezüglichen Anträge machen wir unsere Stellung zu den Entwürfen abhängig.

Abg. **Stolt** (Komm.): Der Zusammenschluß der Elbgemeinden ist eine unbefriedigende Lösung, weil sie kapitalistisch ist. Immerhin scheint nach den Ausschußberatungen doch etwas Vernünftiges zustande gekommen zu sein. Die Eingemeindung von Blankenese nach Altona ist Voraussetzung für unsere Zustimmung zu dem Gesetz.

Abg. **Falk** (Dem.): In einem unitarischen Staat wären solche Vorlagen nicht möglich gewesen. Die Kollegen Schröter-Kiel und Frau Mehlis haben in einer öffentlichen Versammlung in Blankenese offen ausgesprochen, daß sie auch hierbei auf den Sturz der gegenwärtigen preußischen Regierung hinarbeiten. (Hört, hört! links.) Weil wir die Nöte Altonas aus eigener Anschauung kennen, ist die Verabschiedung der Vorlage die richtige Lösung.

Abg. **Schön** (Wpt.): Wir lehnen die Vorlage ab, die dem leistungsschwachen Altona nur durch Zuführung von Steueroasen helfen will. Wir sind nicht grundsätzlich gegen Eingemeindungen, aber die Entwürfe bedeuten die Zerschlagung blühender Gemeinwesen. (Heiterkeit links.)

Abg. **Sievert** (Soz.): Die Vorlagen sind lediglich die Einlösung eines den Elbgemeinden schon lange gegebenen Versprechens. Gerade die Rechtsparteien haben auf ihre Verabschiedung gedrängt, und sie machen jetzt Schwierigkeiten, weil sie mit Einzelheiten nicht einverstanden sind. Altona braucht wegen seiner schrecklichen Wohnungsnot Wohnungs- und Siedlungsgelände. Die Arbeiterschaft der Elbgemeinden steht jedenfalls geschlossen auf dem Standpunkt der Eingemeindung. (Sehr wahr! links.)

Abg. **Milberg** (Dnat.): Es ist richtig, daß die Bevölkerung aus dem sogenannten Sanierungsgebiet heraus muß und daß hierzu für den Neubau von Wohnungen Siedlungsland zur Verfügung gestellt werden muß. Die Not Altonas kann gemildert werden, wenn die Zuschüsse für Theater eingespart und die Ausgaben für Anlagen vermindert werden.

Abg. Frau **Kröger** (Soz.): Wilhelmsburg hat sich mit Harburg nur unter starkem Druck der preußischen Regierung zusammengeschlossen. Als aber die Wilhelmsburger ihr Selbstbestimmungsrecht betonten und, da sie nun einmal nur Wohngemeinde für Hamburg waren, Neigung zum Anschluß an Hamburg verrieten, haben die Rechtsparteien über Landesverrat geschrien. Warum haben in den Augen der Rechtsparteien 13 000 wohlhabende Einwohner von Blankenese mehr Selbstbestimmungsrecht als 33 000 Menschen der Industriebevölkerung in Wilhelmsburg? (Sehr gut! bei den Soz.) Wir wollen den vielumstrittenen und bestrittenen Gesetzentwurf endlich fertig machen, damit die Bevölkerung der Elbgemeinden die Ruhe bekommt, die sie nötig hat. Wir wünschen nur, daß die Staatsregierung sich ihrer Fürsorgepflicht für die notleidenden Gemeinden besser als bisher bewußt wird, damit man beim Ueberschreiten der Hamburger Grenze nicht schon am Pflaster merkt, daß man in Preußen ist. (Sehr gut und Heiterkeit.)

Abg. **Rose** (D. Vpt.): Ein Teil meiner Freunde wird für das Gesetz stimmen. Wir erwarten, daß auch die Gemeinden, die sich jetzt noch gegen den Zusammenschluß sträuben, schließlich zufrieden sein werden, daß er zustande gekommen ist.

Zum § 1 des Gesetzes beantragen die Rechtsparteien vier namentliche Abstimmungen. Die erste namentliche Abstimmung darüber, ob die Gemeinde Nienstedten mit Altona vereinigt werden soll, ergibt, daß eine Stimme an der Beschlußfähigkeit fehlt. Bei den folgenden namentlichen Abstimmungen — der Präsident beruft nach Feststellung der Beschlußunfähigkeit die neue Sitzung auf sofort und fährt in der Tagesordnung fort — üben die Rechtsparteien Obstruktion und führen die Beschlußunfähigkeit künstlich herbei. Die Abstimmungen werden danach auf Mittwoch vertagt, aber die Debatte über den zweiten Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen.

Gegen 18½ Uhr vertagt der Präsident die Sitzung auf Mittwoch 12 Uhr: Fortsetzung der Beratung über die Unterelbegesetze, zweite Lesung der Landgemeindeordnung.

OPEL baut jeden Tag 220 Wagen

die es im Preis und in der Güte mit jedem ausländischen Erzeugnis aufnehmen. Mit den Zubehör-Werken zusammen sind mehr als 20.000 deutsche Arbeiter an dieser Leistung beteiligt. Weitere Zehntausende gelernter Arbeiter, die heute erwerbslos auf der Straße liegen, könnten ihr Brot finden, wenn jeder deutsche Käufer den Takt besitzen würde, deutsche Wagen zu wählen. – Mit wenig zu ergänzender Einrichtung sind die Opel-Werke in der Lage, täglich 450 Wagen herzustellen und den gesamten derzeitigen Import zu decken. Wer solche Folgen bedenkt, kann unmöglich mehr Auslandswagen kaufen und dadurch wertvolles deutsches Geld unnütz und unersetzbar ins Ausland bringen.

4/20 PS Der Kleine von 2980 RM an | 10/40 PS Der Mittelstarke von 5000 RM an | 12/50 PS Sechszylinder von 7750 RM an | 15/60 PS Sechszylinder von 8250 RM an

· Preise ab Werk!

Parlamentarier als Aufsichtsräte.

Von Dr. Paul Hertz.

Der Sozialdemokratie wird seit Jahren vorgeworfen, ihre Abgeordneten trieben Mißbrauch mit ihrem Mandat und nützten ihre parlamentarische Stellung zugunsten großkapitalistischer Unternehmungen aus. Zahlreiche sozialdemokratische Abgeordneten seien infolgedessen Mitglieder in Aufsichtsräten von großkapitalistischen Unternehmungen. In der Zeit der Barmat-Hetze kehrten solche Behauptungen alltäglich wieder. Aber auch gegenwärtig werden diese Lügen von gewissenlosen Gegnern trotz aller Widerlegungen immer aufs neue in die Welt geschleudert.

Um diesen Lügen nun endlich einmal ein Ende zu bereiten und um Klarheit über die Beziehungen aller Parlamentarier zu den kapitalistischen Großunternehmungen zu schaffen, soweit sie durch die Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied erkennbar werden, hat die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags am Dienstag folgenden Antrag gestellt:

„Die Mitglieder des Reichstags sind verpflichtet, dem Präsidenten des Reichstags mitzuteilen, ob und in welchen Unternehmungen (Privatunternehmungen, gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen und öffentlichen Unternehmungen) sie Posten als Aufsichtsratsmitglieder inne haben.

Der Präsident des Reichstags führt eine Liste der Aufsichtsratsmitglieder und bringt sie halbjährlich zur Kenntnis des Reichstags."

Durch diesen Antrag soll also lediglich die Möglichkeit der Feststellung gegeben werden, ob und welche Mitglieder des Reichstags Posten als Aufsichtsratsmitglieder inne haben. Der Antrag zieht aber vorläufig keine Konsequenzen aus dieser Tatsache, er sieht insbesondere davon ab, die Annahme der Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied von einer Genehmigung des Reichstags abhängig zu machen oder den Abgeordneten in seiner Tätigkeit im Reichstag irgendwie zu beschränken. Um Mißdeutungen vorzubeugen, sei ausdrücklich festgestellt, daß die Sozialdemokratie nicht gegen derartige Beschränkungen ist. Sie werden in dem sozialdemokratischen Antrag nur deswegen nicht gefordert, weil zunächst die Feststellung der Tatsache notwendig ist, ob und in welchem Maße Mitglieder des Reichstags Mitglieder von Aufsichtsräten sind und Schlußfolgerungen daraus erst in späterer Zeit gezogen werden können. Stimmen die bürgerlichen Parteien dem Grundgedanken des sozialdemokratischen Antrags zu, so läßt sich jederzeit über seine Erweiterung reden.

Wenn man gegenwärtig feststellen will, ob und welche Abgeordnete Mitglieder von Aufsichtsräten sind, so muß man das „Handbuch der Aufsichtsräte" und das „Handbuch der Aktiengesellschaften" zu Rate ziehen. Aber beide dickleibigen Werke sind unvollständig, so daß die Feststellungen, die auf ihnen beruhen, nicht immer zutreffen und vor allen Dingen nicht lückenlos sind. Das gilt infolgedessen auch von den nachfolgenden Angaben.

Von den 493 Abgeordneten des Reichstags haben 77 Abgeordnete Aufsichtsratsposten, also 15 Proz. Die Gesamtzahl der Aufsichtsratsposten beträgt 307. Sie verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Parteien:

In der Deutschnationalen Volkspartei haben 15 Abgeordnete (bei einer Gesamtzahl von 111 Abgeordneten = 13 Proz.) 44 Aufsichtsratsposten. Davon entfallen 8 Posten auf öffentliche und gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen.

In der Deutschen Volkspartei haben 17 Abgeordnete (bei einer Gesamtzahl von 51 Abgeordneten = 33⅓ Proz.) 75 Aufsichtsratsposten. Davon entfallen 8 Posten auf öffentliche und gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen.

In der Zentrumspartei haben 13 Abgeordnete (bei einer Gesamtzahl von 69 Abgeordneten = 18 Proz.) 73 Aufsichtsratsposten. Davon sind 9 Posten in öffentlichen und gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen, weitere 9 Posten in Parteiunternehmungen.

In der Demokratischen Partei haben 14 Abgeordnete (bei einer Gesamtzahl von 32 Abgeordneten = 43 Proz.) 90 Aufsichtsratsposten. Davon entfallen 6 Posten auf öffentliche und gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen.

In der Sozialdemokratischen Partei haben 9 Abgeordnete (bei einer Gesamtzahl von 131 Abgeordneten = 6 Proz.) 13 Aufsichtsratsposten. Davon sind 10 Posten in öffentlichen und gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen, 3 Posten in einem gemeinnützigen Arbeiterunternehmen. Aufsichtsratsposten in Privatunternehmungen sind also überhaupt nicht vorhanden.

In der Bayerischen Volkspartei haben 6 Abgeordnete (bei einer Gesamtzahl von 19 Abgeordneten = 32 Proz.) 9 Aufsichtsratsposten. Davon sind 3 Posten in öffentlichen und gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen.

In der Wirtschaftspartei haben 3 Abgeordnete (bei einer Gesamtzahl von 21 Abgeordneten = 14 Proz.) 3 Aufsichtsratsposten, die alle auf Privatunternehmungen entfallen.

Aus dieser Aufstellung geht unzweifelhaft hervor, daß sozialdemokratische Abgeordnete Aufsichtsratsposten in Privatunternehmungen überhaupt nicht inne haben. Sie bekleiden solche Posten nur, wo sie von den öffentlichen Körperschaften (Reichstag, Landtag, Gemeinden usw.) in öffentliche Unternehmungen zur Wahrnehmung öffentlicher Interessen entsandt werden oder wo irgendein Arbeiterunternehmen die Form einer Aktiengesellschaft besitzt. Ganz anders ist es bei allen übrigen bürgerlichen Parteien. Hier spielen die Aufsichtsratsposten in privaten kapitalistischen Unternehmungen eine große Rolle. Am stärksten ist die Zahl der privaten Aufsichtsratsmandate bei der kleinen Demokratischen Partei mit 84. Es folgt die Deutsche Volkspartei mit 67, das Zentrum mit 55, die Deutschnationale Volkspartei mit 36, die Bayerische Volkspartei mit 6, die Wirtschaftspartei mit 3 privaten Aufsichtsratsposten.

Ebenso interessant ist eine Gliederung nach der Zahl der Aufsichtsratsposten, die auf die einzelnen Abgeordneten entfallen. Ueber 3 und mehr Aufsichtsratsposten verfügen 25 Abgeordnete. Und zwar haben Aufsichtsratsposten

	3—5	6—10	über 10
Deutschnationale	5	1	1 (Hugenberg)
Volkspartei	8	6	1 (v. Raumer)
Zentrum	6	4	1 (Klöckner)
Demokraten	5	3	1 (Dr. Fischer-Köln)
Sozialdemokraten	1	—	—

Bei dem sozialdemokratischen Abgeordneten, der 3 Aufsichtsratsposten hat, handelt es sich, wie bereits oben erwähnt, um Aufsichtsratsposten in öffentlichen Unternehmungen, und zwar in solchen des Reichs. Im übrigen geht aus der Aufstellung deutlich hervor, daß bei einer größeren Zahl von bürgerlichen Abgeordneten die Häufung von Aufsichtsratsposten in privatkapitalistischen Unternehmungen so groß ist, daß die Gefahr der Kollision zwischen privaten und öffentlichen Interessen durchaus vorliegt.

Der sozialdemokratische Antrag zeigt den Anfang des Weges, auf dem diesen Gefahren entgegengewirkt werden kann. Er beweist aufs neue, daß in der Sozialdemokratie keine Verquickung von öffentlichen und privaten Interessen stattfindet, und die Sozialdemokratie willens ist, die Reinigung des öffentlichen Lebens herbeizuführen, d. h. die Verquickung von Politik und Geschäft auch außerhalb ihrer Reihen zu bekämpfen.

Merkwürdige Geschäftspraktiken.

Zur Politik der Märkischen Kraftwerke.

Das Märkische Elektrizitätswerk, das die Provinz Brandenburg mit elektrischem Strom versieht, treibt in der letzten Zeit eine so unklare Politik, daß die Oeffentlichkeit darüber Aufklärung verlangen muß. Der Stadtkreis Frankfurt a. d. O. ist Aktionär des Märkischen Elektrizitätswerkes und hat gegen dieses eine Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage angestrengt. Durch Beschluß vom 25. April d. J. soll das Aktienkapital der Märkischen Elektrizitätswerke von 30 auf 50 Millionen M. erhöht werden; der Erwerb der jungen Aktien durch die beteiligten Landkreise und kreisfreien Städte soll jedoch nur gegen eine höchst befremdliche Verpflichtung erfolgen.

In einem gewissen Sinne werden an die öffentlichen Aktionäre 10 Millionen Gratisaktien ausgegeben, deren Gegenwert durch Auflösung zweier Bilanzreserven geschaffen wird. Der Bezug dieser Aktien wird nun auf die Bedingung gestellt, daß den Märkischen Elektrizitätswerken auf mindestens 24 Jahre das Wegerecht für elektrische Kraftleistungen übertragen wird. Noch merkwürdiger ist die zweite Bedingung, daß auf mindestens 40 Jahre dieses Wegerecht auch für eventuelle Gaslieferungsverträge gelten soll, wobei den Märkischen Elektrizitätswerken bei gleich günstigen Bezugsbedingungen das Vorrecht zur Lieferung zuzugestehen ist.

Fraglos ist der Inhalt des Reverses außerordentlich bedenklich, denn mit der Verteilung der Gratisaktien wird die Uebertragung gesetzlich geregelter Hoheiten durch Privatvertrag verknüpft. Die Märkischen Elektrizitätswerke werden über diese Zusammenhänge der Oeffentlichkeit volle Aufklärung geben müssen.

Die erhöhte Dividende bei Pintsch. — Starker Auftragseingang. Die Julius Pintsch A.-G., Berlin, die als Spezallieferant für Eisenbahnbeleuchtung, für Gaswerksausbauten und Prüfapparate jeder Art bekannt ist, kann für 1926 ein erheblich besseres Ergebnis als in den Vorjahren aufweisen, und hatte nach dem Geschäftsbericht im letzten Vierteljahr einen sprunghaften Auftragseingang zu verzeichnen. In der Bilanz sind diese in der Steigerung der „in Arbeit befindlichen Bauten" von 2,8 auf 6,5 Millionen deutlich zu erkennen. Obwohl der Umsatz die Höhe des Vorjahres nicht ganz erreichte, wird bei fast gleichgebliebenem Rohgewinn von rund 6,5 Millionen ein von 0,4 auf 0,5 Millionen erhöhter Reingewinn ausgewiesen, von dem auf das 9-Millionen-Aktienkapital 5 Proz. Dividende gegenüber 4 Proz. in den beiden letzten Jahren gezahlt werden. Da die Gesellschaft ihrem alten Prinzip, die Bilanz so undurchsichtig wie möglich aufzumachen, treu geblieben ist, lassen sich bei den einzelnen Positionen kaum Vergleiche mit den Vorjahren anstellen. Die Unkosten, Steuern und Tantiemen werden in der Gewinnrechnung mit 5,4 Millionen auch in einem einzigen Posten zusammengefaßt. Gleichfalls in einer Position erscheinen die Wertpapiere und Beteiligungen, die von 0,47 auf rund 0,65 Millionen Mark angewachsen sind. Klarer geht schon aus den laufenden Konten die bedeutende Besserung der Betriebslage hervor. Zur Durchführung der angehäuften Bauaufträge mußte zwar ein langfristiger Kredit aufgenommen werden (auf 6,4 gegen 2,1 Millionen erhöht), und dementsprechend sind auch die Anzahlungen auf Lieferungen von 1,2 auf 2,0 Millionen angewachsen. Während sich dagegen die Schulden mit 4,4 Millionen etwas ermäßigten, sind die Forderungen von 5,5 auf rund 7,0 Millionen ganz erheblich gestiegen, wozu noch die weit mehr als verdoppelten „Bauaufträge in Arbeit" mit 6,5 Millionen Mark kommen. Unter den verschiedenen interessanten technischen Neuerungen ist die Luftfahrbeleuchtung (Strecken- und Platzbeleuchtung) im In- und Ausland bereits auf großen Flugplätzen durchgeführt worden. Die Belegschaften sind zwar um einige Hundert Mann vermehrt worden, erreichen jedoch längst noch nicht den alten Stand vor dem großen Abbau zu Weihnachten 1925, der 1200 Mann auf die Straße setzte.

Verschlechtert sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt? Der letzte Bericht des Landesarbeitsamts Westfalen und Lippe hält die vielfach gehegten Befürchtungen, daß das Maximum der Besserung auf dem Arbeitsmarkt bald erreicht sei, nicht für ganz unbegründet. Zwar habe „die seit einiger Zeit auf dem bergbaulichen Arbeitsmarkt zu beobachtende Abwärtsentwicklung — im ganzen gesehen — noch nicht zu erkennbaren Belastungen des Arbeitsmarktes geführt", da es „den zur Entlassung gekommenen Bergarbeitern in der überwiegenden Mehrzahl gelungen sei, in anderen Berufen, vornehmlich im Baugewerbe, neue Beschäftigung zu finden". Die Entwicklung im Bergbau werde aber auf die weitere Gestaltung des Bergbaus wesentlichen Einfluß haben. Aber auch die Lage im Baugewerbe beeinflusse „sehr nachhaltig die Gesamtlage. Die Geldverknappung, das Versagen des privaten Geldmarktes als Baufinanzierungsquelle und die Verteuerung der Baukosten infolge der Erhöhung der Baustoffpreise haben den Grad der Bautätigkeit beeinträchtigt." Auch die letzten Reichsberichte über die Entwicklung des Arbeitsmarktes melden für die dritte Juniwoche ein Abflauen der bisherigen starken Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft.

Schacht über seine Politik. In einer privaten Zusammenkunft der Mitglieder des Börsenvorstandes machte Schacht seine Reverenz vor der Börse. Er weise es weit von sich, ein Gegner der Börse zu sein; im Gegenteil habe er den Wunsch, mit den leitenden Kreisen der Börse die Wirtschaft zu fördern. Dazu gehöre die Wachhaltung des Verantwortungsgefühls der Börse für die allgemeinen Aufgaben. Der Leitgedanke seiner (auch von der Börse viel angegriffenen) Politik sei die Erhaltung des Vertrauens in die Solidität der deutschen Finanzgebarung. Hiermit sei es unvereinbar, auf die Dauer durch übermäßige Verwendung von Krediten die volkswirtschaftliche Liquidität zu belasten. Dann entwickelte Schacht die Gründe, aus denen die Erhöhung des Reichsbankdiskonts erst nach Bereinigung der nach seiner Auffassung ungesund gewordenen Verhältnisse an der Börse vorgenommen werden konnte.

Das preußische Elektrogesetz im Landtag eingebracht. Nach der gutachtlichen Aeußerung des Staatsrates, der zur Veräußerung von Aktien ein Gesetz gefordert hat und dem das Staatsministerium nicht beigetreten ist, ist nunmehr das Gesetz über die Zusammenfassung der elektrowirtschaftlichen Unternehmungen und Beteiligungen des Staates in einer Aktiengesellschaft im Entwurf dem Landtag zugegangen. Der Entwurf besteht aus neun Paragraphen und wird, wie bereits mitgeteilt, in unveränderter Form dem Landtag vorgelegt.

Der Ausschuß zur Prüfung der Anträge auf Kohlenpreiserhöhung, der am 20. Juni in Essen seine erste Sitzung hatte, ist noch zu keinem abschließenden Votum gekommen. Zunächst sollen die vorgelegten Unterlagen weiter ergänzt werden und erst zum 27. Juli, wo der Reichskohlenrat endgültig über die Kohlenpreiserhöhung entscheiden soll, wird die letzte Stellungnahme erfolgen.

Bötzow-Brauerei wird Aktiengesellschaft. Die bereits angekündigte Umwandlung der Bierbrauerei Julius Bötzow in eine Aktiengesellschaft ist nunmehr vollzogen worden. Das Aktienkapital wird 2,7 Millionen Mark betragen. Von Großbanken ist die **Diskontogesellschaft im Aufsichtsrat vertreten.**

Der deutsche Außenhandel im Mai.

Der Einfuhrüberschuß auf 340 Millionen gestiegen.

Zur Beurteilung der deutschen Wirtschaftsentwicklung ist die Außenhandelsbilanz für den Monat Mai von ganz besonderem Interesse. Zunächst hat der Einfuhrüberschuß mit 340 Millionen Mark seit fast zwei Jahren den höchsten Betrag erreicht. Nur im Januar, Februar und Juli des Jahres 1925 waren größere Einfuhrüberschüsse zu verzeichnen. Auf der anderen Seite ist der Gesamtumfang des deutschen Außenhandels im Monat Mai 1927 mit einem Betrage von 2007 Millionen also über 2 Milliarden, der größte seit der Inflation. Wenn die Größe des Einfuhrüberschusses nach herkömmlichen Meinungen besonders ungünstig anzusehen wäre, so ist der seit drei Jahren nicht erreichte Umfang des Außenhandels ein Zeichen der großen Intensität, mit der die Volkswirtschaft gegenwärtig arbeitet.

	Einfuhr 1927			Ausfuhr 1927		
	Mai	April	Jan./Mai	Mai	April	Jan./Mai
	in 1000 M. nach Gegenwartswerten					
Lebende Tiere	14,1	14,7	71,2	0,8	0,6	8,5
Lebensmittel und Getränke	356,1	336,1	1704,3	33,0	28,3	156,2
Rohstoffe u. halbfertige Waren	592,7	555,4	2880,5	177,5	171,2	918,2
Fertige Waren	210,8	190,2	884,2	622,4	597,0	2923,5
Rein. Warenverk.	1173,8	1096,4	5540,1	833,7	797,0	3999,3
Gold und Silber	5,4	7,4	138,0	1,5	1,4	7,8
Zusammen	1178,7	1103,7	5678,1	835,2	798,4	4007,1

Dabei ist die Einfuhr im reinen Warenverkehr gegenüber dem Monat April um 77 Millionen Mark gestiegen. Auch die Warenausfuhr weist eine Steigerung auf (ohne Sachlieferungen), und zwar um 37 Millionen Mark. An der Mehreinfuhr sind Lebensmittel (die Zunahme ist kennzeichnenderweise besonders stark für Weizen, Reis, Roggen und Kartoffeln) mit 20 Millionen Mark, die Einfuhr an Rohstoffen mit 37 Millionen Mark und die Einfuhr an Fertigwaren mit 20 Millionen Mark beteiligt. Bei der Mehrausfuhr beträgt der Mehrexport an Fertigwaren 25 Millionen, an Lebensmitteln 5 Millionen und an Rohkartoffeln 6 Millionen Mark. Das Kennzeichnende an der Zunahme der Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren mit 37,5 Millionen Mark (wobei Textilrohstoffe, hauptsächlich Wolle, mit 26,2 Millionen beteiligt sind) dürfte die starke Aufnahmefähigkeit unserer Wirtschaft sein, die mit einer zunehmenden Beschäftigung der Betriebe einherging. Daß aber auch Fertigwaren mit 20,2 Millionen mehr eingeführt wurden (davon 7,5 Millionen auf Textilprodukte und 6,1 Millionen auf Wasserfahrzeuge), das läßt entweder die Ueberbeschäftigung deutscher Werke oder die größere Konkurrenzfähigkeit des Auslandes bei der Deckung des Inlandsbedarfs erkennen. Beachtlich ist, daß noch im Mai, also mehr als sechs Monate nach Beendigung des englischen Bergarbeiterstreiks, die Steinkohlenausfuhr gegenüber April weiter um 4,0 Millionen Mark anstieg und nur die Koksausfuhr um 3,5 Millionen Mark abnahm. Da etwas mehr Fertigwaren aus- als eingeführt wurden (22,4 gegen 20,2 Millionen), ist immerhin die Fertigwarenbilanz nicht ungünstig zu nennen. Die Erzeugersteigerung für Textilfertigwaren mit 17,3 Millionen ist sehr erheblich und die Erhöhung der Maschinenausfuhr mit 2,5 Millionen scheint erfreulich.

Insgesamt verraten die Maiziffern eine sehr starke Aktivität der Wirtschaft. Angesichts des scharfen Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt und der gleichzeitigen immer noch sehr erheblichen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung vieler Betriebe im Inland käme aber alles darauf an, daß der verstärkte Inlandsbedarf mehr von deutschen als von ausländischen Unternehmern befriedigt wird. Hat doch das Vordringen des Auslandes auf dem deutschen Markt bei der teilweisen Unterbeschäftigung deutscher Industrien die Wirkung, daß die durch die Rationalisierung geschaffenen Vorteile und die durch Lohnerhöhungen erzielte neue Kaufkraft für ausländische Industrien wirksam werden wird. Eine Kompensation dafür könnte nur durch eine erfolgreiche Handelspolitik geschaffen werden, an der es allerdings bisher fehlt. Auf der anderen Seite müßte das deutsche Preisniveau gesenkt werden, um sowohl die eigene Kaufkraft zu steigern als auch das Eindringen der Auslandskonkurrenz zu erschweren.

So zeigt auch die Außenhandelsbilanz des Monats Mai die Verkehrtheit einer Handelsvertragspolitik, die auf den Zollsätzen sitzen bleibt, und die Gefährlichkeit einer Schutzzollpolitik, die die Preise erhöht und die Kaufkraft drosselt.

Die Baustoffgroßhandelspreise waren im letzten Monat folgenden Veränderungen unterworfen:

	Juli 1914	Januar 1927	April 1927	Juni 1927
	in Reichsmark			
1000 Mauersteine Berlin	18,50	42,—	45,—	47,55
Hydraulischer Kalk	1,—	1,80	1,80	1,75
Zement	8,11	4,78	4,78	4,93
Baugips	1,45	1,27	1,27	1,48
Glas	1,80	2,45	2,45	2,56
Schlesische Ziegel, Biberschwänze	45,45	78,—	78,—	74,—
Kantholz	38,—	47,—	55,—	60,—
Schalbretter	—,60	—,90	1,—	1,05

Obwohl man bei uns von keiner Baukonjunktur sprechen kann, sind die Preise abermals stark angestiegen. Vor Monaten, als das Preisproblem für Baumaterialien in der Oeffentlichkeit lebhaft erörtert wurde, drohten verschiedene Stellen mit Maßnahmen gegen den Wucher der Baustoffproduzenten. Die Ankündigungen sind leere Worte geblieben, während sich die Baustoffproduzenten mit Hilfe von Kartellen und Preisvereinbarungen weiter die Taschen füllen.

Die Berliner Gewerkschaften 1926.

Stetiger Fortschritt trotz ungeheurer Arbeitslosigkeit.

Der Ortsausschuß Berlin des ADGB. veröffentlichte soeben seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1926, der zugleich das 35. Geschäftsjahr abschließt. Das Jahr 1926 zeichnet sich besonders für Berlin dadurch aus, daß während des gesamten Jahres eine fürchterliche Arbeitslosigkeit herrschte. In keinem Monat war die Anzahl der Arbeitslosen unter 200 000, näherte sich aber bedenklich den 300 000. Wenn die Ziffern im Herbst 1923 nach dem Zusammenbruch der Währung wohl die Arbeitslosenziffern des Jahres 1926 übertrafen, so zeichnet sich die Arbeitslosigkeit im Jahre 1926 durch ihre Hartnäckigkeit aus.

Trotz dieser furchtbaren Arbeitslosigkeit, die ganz natürlich die Agitationsmöglichkeiten der Gewerkschaften aufs äußerste einschränkte, ist es gelungen, den Stand der Gewerkschaftsmitglieder zu halten, ja sogar noch etwas zu steigern. Am Jahresschluß 1926 betrug die Anzahl der

Gewerkschaftsmitglieder 296 706

gegenüber 294 204 am Jahresschluß 1925. Ende 1924 war die Mitgliedzahl auf 270 477 gesunken. Seit diesem Tiefstand der Nachkriegsperiode ist also ein Aufstieg erfolgt, der angesichts der fürchterlichen Arbeitslosigkeit im abgelaufenen Jahre besonders bemerkenswert ist.

Dabei muß folgende Feststellung gemacht werden: Während gegenüber der Vorkriegszeit die Anzahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten im Deutschen Reich sich mehr als verdoppelt hat, ist die Mitgliederzahl des ADGB. in Berlin mit 296 706 gegenüber 302 052 im Jahre 1913 niedriger als die Vorkriegsziffer. Das erklärt sich aus verschiedenen Ursachen. Die dem AfA-Bund angeschlossenen Angestellten, die vor dem Kriege dem ADGB. angeschlossen waren, sind in Berlin verhältnismäßig zahlreicher als im übrigen Deutschland organisiert gewesen. Diese Zahlen fehlen heute in der Uebersicht des Ortsausschusses des ADGB. Es kommt weiter hinzu, daß in Berlin sich

die kommunistische Zerstörungsarbeit

konzentriert und also sich hier besonders stark auswirkt. Es kommt weiter hinzu, daß die Arbeitslosigkeit in Berlin eine viel größere ist als im Reichsdurchschnitt. Diese Umstände wirken ungünstig zusammen. Es kommt weiter hinzu die riesige Ausdehnung von Berlin, die den organisatorischen Zusammenschluß und die Agitation erschwert, soweit die Arbeiterschaft nicht in Großbetrieben zusammengeballt ist. Das Zurückgehen von über 700 000 Gewerkschaftsmitgliedern im Jahre 1921 auf knapp 300 000 Ende 1926 zeigt jedoch, wieviel in der Agitation zu tun bleibt. Es sei hinzugefügt, daß gegenwärtig die 300 000 nicht unwesentlich überschritten sein dürfte.

Trotz der außerordentlich ungünstigen Wirtschaftslage, die der Bericht sehr eingehend und übersichtlich darstellt, sind von den Berliner Gewerkschaften

605 Lohnbewegungen und Streiks

im Jahre 1926 geführt worden, an denen 376 125 Personen beteiligt waren. Von diesen Bewegungen verliefen 514 ohne, 73 mit Streik, 3 waren Aussperrungen. An den Streiks waren rund 23 000 Personen beteiligt. Es ist bezeichnend für die Wirtschaftslage, daß nicht weniger als 289 Lohnbewegungen Abwehrbewegungen waren, an denen 172 018 Personen beteiligt waren. Von den Lohnbewegungen waren 313 erfolgreich, 83 teilweise erfolgreich und 17 ohne Erfolg. Von den Streiks waren 50 erfolgreich, 26 teilweise erfolgreich und 12 ohne Erfolg. Es ist jedoch zu bemerken, daß die erfolglosen Streiks nur 261 Personen umfaßten. Diese Zahlen zeigen, daß trotz der fürchterlichen Krise die Kampfkraft der Gewerkschaften nicht gebrochen war.

Die Gesamteinnahmen der angeschlossenen Gewerkschaften betrugen im abgelaufenen Jahre 16 242 103 M. und die Gesamtausgaben — darunter auch die an die Hauptkassen abgeführten Beiträge — 14 758 528 M. Von den Ausgaben wurden allein rund

6 Millionen für Unterstützungen

aufgebracht. Die Sammlung für die englischen Bergarbeiter ergab die Summe von 210 000 M., was in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit ein schöner Beweis für das Solidaritätsbewußtsein der Berliner Arbeiterschaft ist.

Der Jahresbericht gibt ein anschauliches Bild von der vielgestaltigen Tätigkeit des Ortsausschusses. Der Kampf für den Achtstundentag und gegen das Ueberstundenunwesen, die Tätigkeit im Interesse der Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung, sowie für die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung stehen dabei naturgemäß im Vordergrund. Die sozialpolitischen Fragen — Arbeitsgerichte, Schlichtungsausschuß, Gewerbeaufsicht, Krankenkassenwahlen usw. — nahmen die Tätigkeit des Ortsausschusses erheblich in Anspruch. Auch die Wohnungsbeschaffung gehört heute zu den Aufgaben des Ortsausschusses. Besonders hat der Ortsausschuß sich der

Schulung der Jugend

und deren Gewinnung für die Gewerkschaften gewidmet. Hier ist wirklich großzügig gearbeitet worden. Hervorgehoben muß noch die Gewerkschaftsschule werden, die in ihren Informationsabenden, Kursen und Seminaren die Funktionäre der Gewerkschaften, wie die Gewerkschaftsmitglieder überhaupt mit dem nötigen Rüstzeug versieht, um sie in die Lage zu versetzen, den Kampf gegen die Unternehmer auch geistig siegreich zu bestehen.

Wir müssen uns mit diesen unvollständigen und skizzenhaften Angaben begnügen. Wer den über 200 Seiten starken Bericht durchliest, wird eine Fülle des interessantesten Materials finden. Alles in allem zeigt der Jahresbericht des Ortsausschusses, daß die freien Gewerkschaften auch unter den ungünstigsten Verhältnissen mit Entschlossenheit und Zuversicht gearbeitet haben.

Verbandstag der Textilarbeiter.

Hamburg, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am 2. Verhandlungstage des Verbandstages des Deutschen Textilarbeiterverbandes gab zunächst der Redakteur der Verbandszeitung Genosse Dressel den Bericht über die Verbandspresse, bei dem er besonders auf die veränderten Verhältnisse gegenüber der Vorkriegszeit hinwies. Die Verbandszeitung könne sich nicht mehr einer hemmungslosen Kritik hingeben, sondern müsse den veränderten Verhältnissen durch die Wandlung in der Stellung der Arbeiterschaft im Staate und zum Staate Rechnung tragen. Die Verbandszeitung, der „Textilarbeiter", sei ausgebaut worden, besonders im Frauenteil. Wenn verlangt würde, daß die Zeitung volkstümlicher über Vorgänge aus dem ganzen Reich unterrichte, so erfordere das die Mitarbeit aller Funktionäre.

Einen ausführlichen Bericht über das Arbeiterinnensekretariat gab die Genossin Rizel. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen habe in dem letzten Jahrzehnt außerordentlich zugenommen. Jetzt seien etwa

200 000 Frauen im Textilarbeiterverband

organisiert. Im Mittelpunkt der Aufklärungsarbeit standen Fragen der Frauenerwerbsarbeit, des Mutterschutzes, der Schwangerenfürsorge und des Arbeiterinnenschutzes. Das zusammengestellte Material ergibt ein furchtbares Bild. Von 1693 Geburten sind nur 19 Proz. ohne Beschwerden und 17 Proz. mit leichteren Beschwerden vor sich gegangen. In 1081 Fällen erfolgten Früh-, Fehl- oder Totgeburten. Rednerin berichtete dann über die getroffenen Maßnahmen, um im Reich und in den einzelnen Ländern einen verbesserten Schwangerenschutz zu erreichen. Beim Wohnungsbau müssen Frauen herangezogen werden, um zu einer praktischen Wohnungsgestaltung zu kommen. Volksküchen und Volkswaschhäuser sind einzurichten. Die Rednerin trug eine Entschließung vor, in der die von ihr vorgetragenen Forderungen zusammengefaßt sind.

Nach dem Bericht der Revisorin wird der Bericht des Verbandsausschusses durch Schrader erstattet. Er geht noch einmal auf den Fall Schulz ein und berichtet ausführlich über Beschwerden, die vom Ausschuß behandelt wurden. Es handelt sich in 16 Fällen um Beschwerden früherer Mitglieder, die wegen verbandsschädigender Vorgänge auf Grund der Beschlüsse des Kasseler Verbandstages ausgeschlossen wurden. Er beantragt, alle Einsprüche der Betroffenen zurückzuweisen.

Im Anschluß an diese ganzen Berichte beginnt dann die Aussprache, in der sich zunächst der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums gegen die Behauptung wendet, daß die Schlichter vom Reichsarbeitsministerium angewiesen seien, bei Verhandlungen über Zuschläge für Mehrarbeit auf Grund des Arbeitszeitnotgesetzes

unter den vorgesehenen 25 Prozent zu bleiben.

Feinhals vom Hauptvorstand stellt demgegenüber fest, daß ein Schlichtungsausschußvorsitzender eine derartige Mitteilung gemacht habe. (Anmerkung der Redaktion: Jedenfalls handeln auch alle Schlichter so, als hätten sie die Anweisung erhalten. Obwohl das Gesetz klar erklärt, daß als angemessen ein Zuschlag von 25 Prozent anzusehen ist, setzen fast alle Schlichter für die ersten drei bis sechs Stunden einen niedrigeren Zuschlag fest.)

In der Aussprache protestierte einer der drei kommunistischen Delegierten unter allgemeinem Widerspruch gegen die vorgenommenen Ausschlüsse. Die Verlesung einer langen Erklärung der winzig kleinen Opposition wurde jedoch unterbunden. — Böhlmann-Barmen forderte eine Abgrenzung der Organisationsgebiete zwischen dem Fabrik- und Textilarbeiterverband in der Kunstseidenindustrie. Von ihm wie auch von Fritsch-Liegnitz wurde festgestellt, daß verschiedene Schlichtungsausschüsse den Sinn der Arbeitszeitnotverordnung dadurch verletzt haben, daß sie geringere Zuschläge für die Mehrarbeit als im Gesetz vorgesehen festgesetzt haben. Drescher-Brandenburg betonte die Notwendigkeit einer besseren Verbindung mit den ausländischen Organisationen, um Aufschluß über die Arbeitsverhältnisse in anderen Ländern zu erhalten. Allgemein wurde mit Genugtuung hervorgehoben, daß die Beschlüsse des Kasseler Verbandstages der zerstörenden Arbeit der sogenannten Opposition Einhalt geboten und eine gute Entwicklung des Verbandes gewährleistet hätten.

Übler Mundgeruch wirkt abstoßend. Häßlich gefärbte Zähne entstellen das schönste Antlitz. Beide Schönheitsfehler werden oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischenden Zahnpaste **Chlorodont** beseitigt. Die Zähne erhalten schon nach kurzem Gebrauch einen wundervollen Elfenbeinglanz, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten **Chlorodont-Zahnbürste** mit gezahntem Borstenschnitt. Faulende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. Versuchen Sie es zunächst mit einer Tube zu 60 Pf. **Chlorodont-Zahnbürste** für Kinder 70 Pf., für Damen Mk. 1.25 (weiche Borsten), für Herren Mk. 1.25 (harte Borsten). Nur echt in blau-grüner Originalpackung mit der Aufschrift „**Chlorodont**". Ueberall zu haben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mechaniker
Richard Jentzsch
am 19. Juni gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Einäscherung am Donnerstag, dem 23. Juni, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Nach langem, schwerem Leiden verstarb am 19. Juni mein lieber Mann, unser Vater, Schwieger- und Großvater, der frühere Möbelpolierer
Adolf Frohmann.
Die Einäscherung findet am Freitag, dem 24. Juni, abends 8 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Malwine Frohmann, Thästr. 7.
Adolf Frohmann
nebst Frau und Enkel.

Statt Karten.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Trauerfeier meines lieben Mannes und Vaters sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere der AEG. Abt. Kabelwerk Oberspree, der Gesamtbelegschaft des Kabelwerks, der SPD.-Fraktion des AEG.-Konzerns, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, der Branchenkommission der Metallschleifer, dem Wahlverein der SPD. 69. Abt., dem Manzeg-Quartett und dem Redner der Freidenker unseren herzlichen Dank.
Margarete Ungermann
nebst Tochter.

Allen Genossen und Freunden zur Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter und Großmutter, am 19. Juni plötzlich verstorben ist, im 67. Lebensjahre. Tiefbetrübt
Familie Kurt Pflug sen.
Köpenick-Nord, Kleinschejastraße 19
Die Einäscherung findet Donnerstag, 23. Juni, nachm. 4 Uhr im Krematorium Baumschulenweg statt.

Metallbetten 10.50
Schlafchaiselongues 24.-
Fabrikpreise Ratenzahlung
Göhr Berlin, Pappelallee 12
Pankow, Schmidtstr. 1
frei jeder Bahnstation.

Hans-Dohse

Kieler-Anzüge aus blau-weiß gestreiftem Kadett für 8 Jahre von 7.—, für 3 Jahre von 4.50 an
Wasch-Anzüge div. einzelne, in verschieden. Formen 3.25, 2.50 an
Wasch-Anzüge Sportform, Gr. 9—12 von 8.50, Größe 7—8 von 5.50 an
Kittel für kleine Knaben und Mädchen aus verschiedenen Stoffen von 0.90 an
Original-Kieler-Anzüge aus blauem Molton-Cheviot je nach Qualität u. Größe 24.—, 21.—, 16.50, 15.—, 12.—, 8.50
Norfolk-Anzüge aus kariert. Cheviot f. 3 Jahre 7.—
Matrosen-Anzüge mit Ueberkragen aus blauen und farbigen Stoffen, je nach Qual. 18.—, 15.—, 12.—, 10.50, 8.—
Sport-Anzüge Größe 7—12, modern gemustert 27.—, 24.—, 21.—, 18.—, 15.—
Knaben-Pyjacks blau, Molton-Cheviot mit Aermelstickerei, für 3 Jahre v. 5.— an
Loden-Mäntel von 12.— an
Loden-Pelerinen von 9.— an
Windjacken aus wetterfesten Stoffen, Gr. 3 6.—
Sporthosen aus blauem Satin, für 8 Jahre von 2.50, für 3 Jahre 1.50

Beim Einkauf von Mk. 5.— an erhält jedes Kind einen Ballon

Hans Dohse G.
Berlin N. 4 Chausseestr. 29/30 Untergrundbahn Stettiner Bahnhof

Keine Million Liter Weine mehr
sondern nur noch einige **hunderttausend** Liter gelangen ohne Preiserhöhung trotz großer Preissteigerung bis 15. August 1927 zum Verkauf

Prima Maibowle . . . . . Liter	0.95	Prima Erdbeerbowle . . . Liter	1.30
Feinster Apfelwein süß, 13% Ltr.	0.75	Echter Tarragona süß . . . Ltr.	1.30
Echter Johannisbeerwein 14% Ltr.	0.95	Echter Griechenwein süß . . Ltr.	1.40
Feinster Kirschwein . 14% Ltr.	1.10	Echter Malaga süß . . . . . Ltr.	1.50
Echter Erdbeerwein . 14% Ltr.	1.45	Echter Insel Samos süß . . Ltr.	1.90
Echter Apfelwein zur Bowle, Ltr.	0.50	Echter Sangio macht mich fröhl. L.	1.90

Sonder-Angebot!

Spanischer Rotwein . . . Fl.	0.75	Deutsche Weißweine . . . Fl.	0.95
Echte Bordeaux-Weine . . Fl.	1.50	Deutsche 1922 Weißweine . Fl.	1.25
Haut Sauterne 1921 Bordeaux Fl.	2.25	Deutsche 1921er Weißweine Fl.	1.65

Trotz bedeutender Spriterhöhung
kommen bis auf weiteres meine Spirituosen ohne Preiserhöhung bis 15. August 1927 zum Verkauf.

Feinster Aquavit für Kenner	1/1 Fl. 2.10	Liter 2.65
Feinster Weinbrand Verschn. *** Stern,	1/1 Fl. 2.35	Liter 2.95
Echter deutscher Weinbrand *** Stern,	1/1 Fl. 3.10	Liter 3.95
Alle Edelliköre bis 38 %	1/1 Fl. 3.10	Liter 3.95

Kostproben gratis • Ausschank direkt vom Faß.
Eduard Süsskind
Hauptgeschäft: Brunnenstraße 42-43
Steglitz, Schloßstr. 121 — Berlin, Petersburger Str. 60
Neukölln, Berliner Str. 13 — Berlin, Chausseestr. 76
Moabit, Wilsnacker Str. 25 — Berlin, Müllerstr. 144
Berlin, Grünauer Str. 15 — Berlin, Koppenstr. 87
Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 157
Lieferungen nach auswärts von Mark 10.— an.
Korbflaschen, Kruken und Flaschen werden geliehen.

Verkäufe

Leiterwagen, Schubkarren, Einzelräder, Achsen, Federn, Sensen, Sicheln. Fabrik Dresdenerstraße 55. Moritzplatz 12 788.

Beachtenswert! Deutsches Teppichhaus Emil Lefevre seit 1882 nur Oranienstraße 158. Keinerlei Beziehungen zur Firma gleichen Namens Potsdamerstraße.

Schneiderin ohne Anzahlung zum Fabrikpreis an Privat. Wochenrate. Postlagerkarte 65, Berlin 87.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Gabardinemäntel, Gummimäntel, Cutaway-Anzüge Taillenmäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge, spottbillig. Halpern, Rosenthalerstraße 4, erste Etage.

Verleih von hocheleganten Gesellschaftsanzügen. Rosenthalerstraße 4, Norden 6393.

Von Kavalieren wenig getragene sowie neue Herrengarderobe verkauft spottbillig Leihhaus Friedrichstraße 2. Keine Lombardware.

Wenige getragene Kavaliersgarderobe von Millionären Bergen, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Bettenverkauf! Neue 9.75! 15.—! Prachtvolle 22.50! 27.50! Bettwäsche! Steppdecken! Tülldecken! Inletts! Alles spottbillig! Keine Lombardware! Leihhaus, Brunnenstraße 47.

Möbel

Auffallend billige Preise nur Möbelhaus Gottlieb, Rügenerstraße 13. Hauptgeschäft Möbelmagazin Invalidenstraße nur 131. Haltestelle direkt Stettiner Bahnhof.

Neu eröffnet. Kleiderschrank 18.—, Bettstelle 15.—, Waschtoilette mit Marmor 15.—, Nußbaum-Schreibtisch 25.—, Küchen 24.—. Möbelmagazin, Invalidenstraße 131, Haltestelle Stettiner Bahnhof.

Neu eröffnet. Schlafzimmer, 180 breit, mit vollen Türen, echtem Marmor und Spiegel, komplett 435 Mark. Herrenzimmer mit Ledermöbeln komplett 385.—. Eßzimmer, echt Eiche, 285.—. Anrichteküchen, lackiert, mit Linoleum, nur 90.—. Möbelmagazin, Invalidenstr. 131, Haltestelle Stettiner Bahnhof.

Neu eröffnet. Neue Nußbaum-Piano-Band-Ankleideschränke, 150 breit, mit Facette-Spiegel, extra Wäscheabteilung, 128.—. Neue fournierte Ankleideschränke, 150 breit, mit Spiegel, 105.—. Neue englische Bettstellen mit Patentboden, breiteilige Auflagen, komplett 55.—. Chaiselongues 15.—. Nachttische mit Marmorplatte 15.—. Apotheken 12.—. Säulenbüfett 75.—. Diplomaten 35.—. Plüschsofa 48.—. Umbauten 45.—. Riesenauswahl in Einzelmöbeln, Renaissancemöbeln, kompletten Einrichtungen. Möbelmagazin, Invalidenstr. 131, Haltestelle Stettiner Bahnhof.

Patentmatratzen „Primissima", Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Fünfundfünfzig Herrenzimmer, Ledersofas, Ledersessel, Klubtische, herabgesetzte Preise. Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Möbelhaus „Hesse-Alliance". Fabriklager Friedrichstraße 240, nur 1. Etage. Speisezimmer, gediegene Ausführung, in Eiche, Türen Nußbaummaser, Handschnitzerei, Intarsienarbeit, große Kristallsteine, mit 1.60 Büfett 295 Mark, mit 1.80 Büfett 385 Mark. Hochherrschaftliches Chippendale-Speisezimmer, Künstlerentwurf, wundervolle Arbeit, Türen rund gearbeitet, herrliche Nußbaummaser, mit 2.50 Büfett 695 Mark, mit 2.10 Büfett 495 Mark, erstklassige Arbeit, langjährige Garantie. Herrenzimmer in gleicher Preislage. Kulante Zahlungsweise.

Musikinstrumente

Linkpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 35.

Konzertpianos, Flügel, Sitten, verkauft billig, eventuell Zahlungserleichterung. Pianofabrik Steinmeyer, Friedrichstr. 16, Vorderhaus 2 Treppen.

Mietpianos, teilweise Kaufanrechnung, Teilzahlung. Bahrt, Hauptstraße 1, Ecke Grunewaldstraße.

Pianos, Flügel, neu und gebraucht, große Auswahl, langjährige Garantie, 30.— monatlich, verkauft Augenblick, Königgrätzerstraße 81.

Elektrische Pianos, herrliche Instrumente, bequemste Monatsraten. Katalog kostenfrei. Sachler, Oranienburgerstraße 42.

Fahrräder

Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung, für ein erstklassiges Markenrad. Fahrradhaus Zentrum, Linienstraße neunzehn.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze Christionat, Köpenickerstraße 29 (Adalbertstraße).

Verschiedenes

Vertrauensvolle Auskunft, Untersuchung (ärztlich). Frau Erdmann, Köpenickerstraße 151, rechter Vorderaufgang, 1 Treppe. Nähe Schlesischer, Görlitzer Bahnhof.

Ehrenerklärung. Es wird hierdurch bescheinigt, daß Herr Arthur Kaden, Galvanistraße 15, die Beleidigung gegen Herrn Wilhelm Steinkamp, Galvanistraße 15, im Termin am 14. April unter Uebernahme sämtlicher Kosten und Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen hat. Charlottenburg, den 18. Juni 1927, Havelstraße 7. Der Schiedsmann: Weinstein.

Vermietungen

Mietgesuche

Ehepaar, kinderlos, sucht in Neukölln zum 1. Juli großes Leerzimmer mit Küchenbenutzung. Buche, Berlin, Manteuffelstraße 110.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Näherinnen auf Sporthemden außer dem Hause sucht Herrenwäschefabrik Gustav Grützmacher u. Co., Köpenickerstraße 74.

Manschetten-Näherinnen im Hause sucht Herrenwäschefabrik Gustav Grützmacher u. Co., Köpenickerstraße 74.

Für eine neueinzurichtende kommunalpolitische Abteilung beim Bezirkssekretariat der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk Hannover wird zum baldigen Antritt ein
kommunalpolitischer Sekretär
gesucht.
Vorbedingungen: Längere Parteizugehörigkeit, rednerische Befähigung, allgemeinpolitische Kenntnisse, Kenntnisse des kommunalpolitischen Lebens — besonders der hannoverschen kommunalpolitischen Verhältnisse.
Anstellungsbedingungen des Vereins „Arbeiterpresse".
Meldungen mit selbstgeschriebenem Lebenslauf bis 18. Juli 1927 an
Johannes Lau
Hannover, Odeonstr. 15/16.

Erfahrene, nach Zeichnung arbeitende
Kran- und Eisenkonstruktions-Schlosser
gesucht.
Eduard Weller, Maschinenfabrik, Hebezeugfabrik / Kranbauanstalt, Berlin-Heinersdorf.

Geübte
Musterkartenwicklerinnen
bei gutem Akkordverdienst stellt ein Musterschmidt, Wassertorstraße 46/47, Aufgang I

Terranova di Sicilia.

Ein Abenteuer aus der Inflationszeit.

Von Frederik Poulsen (übersetzt von D. Luschnat).

(Schluß.)

Der junge Kavalier ist womöglich noch süßer als sonst. Das ganze sei ja eine Formsache. Aber da ein Repräsentant der Banca Commerciale in der Stadt sei, so sei es ja ebenso bequem, bei jenem das Geld zu erheben.

Giacomo und ich gehen ihn suchen, aber es zeigt sich, daß er niemals existiert hat, und als wir wieder zum Hause des Konsuls zurückkommen, ist der junge Kavalier fort; wegen unaufschiebbarer Geschäfte leider gezwungen, in die Zuckerernte hinauszuziehen. Und der alte Marchese ist kränker als je und nicht zu sprechen.

Wir gehen ein wenig flau zu Roceras Haus und ich mache das Anerbieten, dem Neffen des alten Rocera die Reise nach Palermo mit 200 Lire zu bezahlen und das Geld und die Ware in Palermo selbst auszuwechseln, da es derart an Zutrauen mangelt. Aber der junge Rocera ruft, er wolle 1000 Lire für die Reise haben, und der Alte setzt mit hinterlistigem Lächeln den Preis wieder auf 20 000 Lire herauf.

Ich breche die Verhandlungen ab und gehe in der beginnenden Dämmerung zum Hotel, begleitet von den Venturamännern. Meine Laune ist nicht besonders, aber sie wird noch schlimmer, als Giacomo an der Hoteltür mir plötzlich 5 Proz. vom Einkauf des Vormittags abfordert, 350 Lire.

„Oho! Zuerst bietet ihr eure Hilfe und Gastfreundschaft an, und nachdem ihr Prozente vom Verkäufer genommen habt, trotz eurer hervorragenden Stellung als Großexporteure und Kavaliere da Mellias Freunde, steht ihr nun da wie zwei Bediente und verlangt Trinkgeld.

Giacomos Unterkiefer arbeitet; jetzt drückt er zweifellos keine Energie aus, sondern Banditenbrutalität.

„Es ist hier Sitte, bei jedem Handel den Vermittler zu bezahlen. Diesem Brauch müssen Sie sich fügen und ihre Beleidigungen können Sie für sich behalten."

„Heute abend bekommt ihr nichts. Ich werde es mir bis morgen überlegen."

Beim Eintritt ins Restaurant kommt mir der Wirt lächelnd entgegen.

„Ich habe alles gehört, Signore. Das hätte ich Ihnen vorher sagen können. Es hätte Ihnen wohl angestanden, mich zum Begleiter zu wählen."

Ich weise ihn barsch ab, esse und gehe hinauf, um mich in dem schmutzigen Salotto niederzulegen. Da klopft es an die Tür, ich öffne, und draußen steht der junge Rocera mit einem Freund, der stechende Augen hat und eine milchweiße Fratze.

„Wollen Sie wirklich mit 3000 Lire in der Tasche von hier abreisen? Wollen Sie nicht zurückkommen, wenn Sie die 50 000 abgehoben haben? Hier in der Stadt gibt es eine Menge schöner Kunstgegenstände. Mein Freund will Ihnen gern ein Gemälde zeigen, wenn Sie jetzt gleich mitkommen wollen."

Die beiden jungen Burschen sehen tückisch und verdächtig aus, aber ich will keine Angst zeigen und gehe daher mit zu dem Freunde.

Das wurde die vergnüglichste Episode des Aufenthaltes in Terranova. Fünf niedliche, junge, schwarzgekleidete Sizilianerinnen empfingen mich mit Lächeln, mit Kuchen und Likör. Kurz darauf trat der Vater ein, rotnasig und in Morgenschuhen, und grüßte mit einer Handbewegung:

„You speak English?"

Das war, wie sich zeigte, das einzige Englisch, das er sprach und verstand, aber es war hinreichend, um den Abstand zwischen ihm und der unwissenden Familie zu markieren.

Das Gemälde war eine dürftige Empirefilhouette. Die beiden jungen Leute und der Vater rutschten vor Angst und Geldgier auf dem Sofa herum, als ich mich weigerte, das Ding zu kaufen. Aber jetzt begannen die Töchter, durch die Türen aus- und einzuflattern, und die schauderhaftesten Malereien herzubringen. Sie gurrten wie Tauben: Ich sollte gar nicht kaufen, nur den Preis sagen.

„500 Lire für ihre schönen Augen, aber das Gemälde ist nichts wert.

Zuletzt kam eine mit einem alten Brautschleier.

„Kauft ihr Museum das nicht?"

Ich ergreife ihn und schlinge ihn um ihr schwarzes Haar.

„Sollen wir gleich zum Brautschemel gehen? Gewiß bin ich verheiratet, aber das ist so weit weg.

Nun lachen alle, aber es ist Bitterkeit und Enttäuschung in ihrem Gelächter. Und ich kann mich kaum losmachen, da ich gehen will, ohne um eine einzige Lira gerupft zu sein.

Am nächsten Morgen ging ich wieder zum Konsul, um seine Hilfe gegen die Erpressung der Venturamänner anzurufen, aber der junge Kavalier war beständig auf dem Lande und der Repräsentant des Königreichs Dänemark fast todkrank. Draußen im Gang machte ich mir Luft und drohte mit allem möglichen, aber hinter den geschlossenen Türen konnte ich die Wirkung ja nicht feststellen.

Beim Hoteleingang stand Giacomo Ventura. Sein Unterkiefer bebte schon. Als er sprach, brachen arabische Kehllaute durch die sizilianischen Klänge, und je wütender er wurde, desto mehr klang seine Stimme wie ein Sägewerk.

Ich will nicht bezahlen. Mein Starrkopf ist geweckt. Der Nazarenerjunge hilft mir mit dem Koffer, aber als der Wagen fährt, springt Giacomo auf. Dabei gleitet seine Jacke beiseite und enthüllt einen kleinen Revolver in der hinteren Tasche. Wir zanken uns während der ganzen Fahrt, und ein paar Mal tastet seine Rechte nach der kleinen „rivoltella".

Vor der Station springt er ab und versichert unter Eid: „Ich lasse ihre drei Vasen beschlagnahmen." Damit verschwindet er. Ich trage meinen Koffer selbst hinein, löse die Fahrkarte und gehe auf den Bahnsteig. Da sehe ich einen Karabiniere und fühle mich sicher.

Aber einen Augenblick später steht Giacomo vor mir, begleitet vom Stationsvorsteher. „Il capostazione", berührt seine rote Mütze und sagt:

„Es ist mir zu Ohren gekommen, daß Sie drei Vasen in ihrem Koffer haben, die Sie unserer Stadt zu entführen gedenken. Das kann ohne Erlaubnis des Museums in Syrakus nicht geschehen."

„Entschuldigen Sie, Herr Stationsvorsteher, aber ich weiß bestimmt vom Direktor des Museums in Palermo, daß ich ihm nur die Vasen zu zeigen und die Abgabe für die italienische Regierung zu bezahlen habe, um sie auszuführen. Sie haben also kein Recht, sich einzumischen."

„Ja, das habe ich! Ohne meine Genehmigung dürfen keine Waren die Station verlassen. Wollen Sie also freundlichst ihren Koffer öffnen und mir die Vasen ausliefern."

Da ergreife ich den Koffer und trabe zu dem Karabiniere hinüber, stelle mich unter seinen Schutz, berichte von der versuchten Erpressung, bei der nun offenbar auch der Stationsvorsteher, bestochen von Giacomo Ventura, Mitverschworener ist.

Aber der Karabiniere bedauert: „Ich kann mich da nicht einmischen. Sie müssen sich mit Signore Ventura auseinandersetzen."

Die Menschenmenge um uns wird dichter und Ventura und der Stationsvorsteher triumphieren. Auch der Kutscher, der mich hergefahren hat und zwei Gepäckträger raten mir, nachzugeben.

Die Schlacht ist verloren. Jetzt gilt es, Haltung zu bewahren: „Sie verstehen wohl, Herr Karabiniere, daß ich nichts dagegen habe, Ventura für die Zeit zu bezahlen, die er in meinem Dienste gestanden hat. Ich habe ihn gemietet, und ich bin bereit, ihm 5 Lire pro Stunde zu bezahlen. Das macht 40 Lire."

Der Stationsvorsteher blickt in die Luft und wirft hin: „Drei Prozent!"

Nun greift der Karabiniere ein: „Was ist das Höchste, das Sie bieten können, Signore?"

Ich rechne einen Augenblick nach. Was ist das Abenteuer wert? „100 Lire und keinen Centesimo mehr."

Ventura hebt beide Arme hoch und schreit: „Das ist zu wenig. Wir sind zwei! Wir sind zwei!"

„Sie sind drei," antworte ich mit einem spitzen Blick auf den capostazione. Aber jetzt wenden sich der Kutscher und die beiden Gepäckträger zornerfüllt an Ventura und machen ihrem Herzen Luft:

„Ist dein Tag mehr wert als 100 Lire? Wann bietet jemand uns 100 Lire für einen Tag? Du verdienst, überhaupt nichts zu bekommen."

Der Sowjetgranaten-Prozeß.

Für diesen Prozeß hatte die Sowjetregierung ihren deutschen Anhängern Beweismittel von großer Durchschlagskraft geliefert!

Der Stationsvorsteher wittert das Umschlagen der Stimmung, hört die Menge knurren und streckt seine Hand aus:

„Kommen Sie mit den 100 Lire!"

Aber ohne ihn zu beachten, reiche ich den Schein Ventura und füge hinzu: „Via!" (Troll dich.)

Die Menge lacht, der Großexporteur in Stangen schleicht schielend davon und ich bin umgeben von Sympathie und Anfragen, an denen auch der Stationsvorsteher teilnimmt:

„Kommen Sie bald wieder nach Terranova?"

„Nicht solange Sie Stationsvorsteher sind."

„Das müssen Sie nicht sagen," ruft einer aus der Menge. „Heben Sie ihre 50 000 Lire ab und kommen Sie wieder."

Es läuft mir kalt den Rücken hinunter. Die ganze Stadt weiß schwanger. Das nächstemal sollen sie wohl ihren Anteil an meinem Kredit.

Er und sein milchweißer Freund stehen da wie zwei Salzsäulen und sehen mich in den Zug steigen. Ihre Blicke brennen unheilschwanger. Das nächste Mal sollen sie wohl ihren Anteil an meinem Geld bekommen.

„Kann ich mit so viel Geld wiederkommen?" frage ich an demselben Abend einen italienischen Offizier, dem ich mein Abenteuer in der großen Halle des herrlichen Hotels des Temples in Girgenti erzählt habe, wo ich die Rückkehr zu Europas Kultur in vollen Zügen genieße.

„Nicht ohne Begleitung von einem Maffiot, dem Sie 1000 Lire für einige Tage bezahlen müssen, der immer an ihrer Seite sein und in ihrem Zimmer schlafen muß. Aber es wäre töricht von Ihnen, wiederzukommen. Ihr Eifer würde die Preise für alle Altertümer um 100 Proz. steigen lassen. Ich bin selbst Sizilianer und ich weiß, was ich sage. Und Terranova ist eins der schlimmsten Banditennester der Insel."

Machiavelli kein Machiavellist.

Eine Ehrenrettung zu einem 400. Todestag.

Von Friedrich Stampfer.

Nicolo Machiavelli ist am 22. Juni 1527 gestorben. Seit vierhundert Jahren liegt auf seinem Namen der Fluch einer falschen Unsterblichkeit.

Hätte man ihm den Gefallen getan, ihn für ein paar Jahrhunderte zu vergessen, um ihn später einmal wieder zu entdecken, so würde ihn die Welt heute sehen, wie er wirklich war. Weil es aber üblich war und blieb, von ihm zu reden, ohne ihn zu kennen, sieht ihn heute fast jedermann nur durch die Brille eines Schlagworts.

Dieses Schlagwort heißt „machiavellistisch".

Als „machiavellistisch" bezeichnet man eine Politik, die nichts kennt als den Erfolg, und die auf dem Wege zum Erfolg ihre Mittel nur nach der Zweckmäßigkeit wählt, ohne sich um ihren sittlichen Wert im mindesten zu kümmern. Der Machiavellist, wie er in der Vorstellung der Massen lebt, ist der politische Schweinehund aus Prinzip. In diesem Sinn bekennt sich auch Benito Mussolini zum Machiavellismus — aus Kongenialität. Seine Biographin Margherita Sarfati erzählt von ihm, daß er schon als junger Mensch für die Lehren Machiavellis begeistert war. Später hat er sie nur mißverstanden.

Machiavell war ein Florentiner und ein Zeitgenosse der Renaissance. Italien bestand aus unzähligen Flicken und Flickchen, denen jeder nationale Zusammenhang fehlte. In den Stadtstaaten jener frühkapitalistischen Zeit entwickelte sich ein unerhörter Reichtum und eine neue Blüte von Wissenschaft und Kunst. Aber jeder dieser Kleinstaaten war im Innern vom Umsturz bedroht und führte nach außen dauernd Krieg. Keiner scheute sich, Franzosen, Spanier oder Deutsche als Bundesgenossen gegen italienische Feinde ins Land zu rufen. Auf dieser Grundlage von Luxus auf der einen Seite, Krieg und Bürgerkrieg auf der anderen, entwickelte sich eine sittliche Verwahrlosung, die jeder Beschreibung spottet. Politik war damals wirklich ein unsauberes Geschäft.

Aber darf man Machiavelli dafür verantwortlich machen? Er war ein Kind seiner Zeit. Als Sohn einer verarmten Adelsfamilie kam er in den diplomatischen Dienst seiner Vaterstadt Florenz. Als Gesandter lernte er die Politik kennen, wie sie war. In einer Zeit, die an Genies reicher war als irgendeine andere, war er das unerreichbare Genie der politischen Beobachtung und Betrachtung. Ein glänzender Literat. Kein führender Staatsmann.

Als Diplomat hat er der florentinischen Republik gedient. Als die Medici wieder nach Florenz zurückkehrten, wurde er in den Kerker geworfen und gefoltert, später verbannt. In der Verbannung hat er seine Werke geschrieben, weil ihn die Lust zum Schreiben trieb. Seine geschichtlich-aktive Rolle war nicht bedeutend, es haftet aber auch kein Makel an ihr.

Als Schriftsteller verdankt er seinen Ruhm dem kleinen schmalen Bändchen, das den Titel trägt: „Il principe". Der Fürst. Diese Schrift wurde verschlungen, weil sie eine Sensation war. Auch heute noch würde sie sich dazu eignen, in der Beilage eines Sensationsblattes illustriert abgedruckt zu werden, weil darin von allen möglichen Schandtaten soviel die Rede ist.

Hier wird der Fürst geschildert, den Italien braucht. Mag er sich über alle moralischen Bedenken hinwegsetzen, wenn es ihm nur gelingt, mit seinen Methoden das ganze Volk unter einen Hut zu bringen und Italien von der Fremdherrschaft zu befreien.

Das Buch „Vom Fürsten" war eine politische Gelegenheitsschrift, auf einen bestimmten Zweck eingestellt, ganz auf ihn berechnet. Es empfahl als Heilmittel für ein krankes Land das, was man heute die „nationale Diktatur" nennt. Es entwarf zugleich von dieser nationalen Diktatur ein ungeschminktes Bild.

Daß Machiavelli deswegen kein „grundsätzlicher" Anhänger der Diktatur war, ergibt sich aus all seinen übrigen Schriften, vor allem aus den „Gesprächen über die erste Dekade des Titus Livius". Dieses merkwürdige Buch könnte man im Gegensatz zum Buch über den Fürsten das Buch über die Republik nennen. Findet man doch in ihm u. a. folgende schneidende Abfertigung der erblichen Monarchie:

„. . . Sobald die Souveränität durch Erbschaft statt durch Wahl entsteht, beginnen die Kinder von der Art ihrer Väter auszuarten. Statt ihnen in ihrer Tüchtigkeit gleichen zu wollen, sehen sie die Aufgabe ihres Fürstentums darin, sich durch Luxus, Weichlichkeit und das Raffinement ihrer Vergüngungen über die anderen zu erheben."

Ja, Machiavelli erhebt sich zum Verteidiger der Demokratie:

„Ich trete," so schreibt er, „der allgemeinen Meinung entgegen, die jede Volksherrschaft für unbeständig, launisch, leicht beweglich und undankbar hält. Ich behaupte dagegen, daß die Fehler der Völker nicht weniger durch ihre Natur bedingt seien als die der Fürsten. Sie beide gleichmäßig anzuklagen, fordert die Wahrheit, und es ist ein Irrtum, die Fürsten von dieser Anklage auszunehmen. Denn ein Volk, das sich selbst gesetzlich regiert, ist klug, beständig und dankbar, mehr sogar als ein Fürst, der für weise gilt. Andererseits ist ein Fürst, der von den Zügeln des Gesetzes befreit ist, undankbar, launisch, unvernünftig, mehr noch, als es ein Volk unter gleichen Umständen ist . . . Wenn ihr einen Fürsten und ein Volk betrachtet, die beide durch das Gesetz in Schranken gehalten sind, werdet ihr immer mehr Tüchtigkeit beim Volke als beim Fürsten finden."

Ebensowenig wie in der inneren Politik läßt Machiavelli in der äußeren einen Vorzug der Monarchie vor der Demokratie gelten. Auch hier entscheidet er sich nach reiflichen Erwägungen für und wider zugunsten der Republik, der er eine höhere Bündnisfähigkeit zuspricht als der Monarchie. „Ich glaube bewiesen zu haben," so schließt er diese besondere Betrachtung, „daß man sich in einem freien Volke weniger leicht irren, kann als in einem Monarchen, daß man sich also mit größerer Sicherheit jenem als diesem anvertrauen darf."

„Ein Volk," schreibt er ein andermal, „das durch monarchisches Regiment verderbt ist, kann, wenn es frei geworden ist, nur schwer seine Freiheit bewahren."

Der Mann, der eine solche Sprache führt, ist wohl alles andere als ein Apostel des Faschismus.

Und so ist es auch gründlich falsch, wenn man meint, er hätte die Moral für die Politik in keiner Weise gelten lassen. Seine Zielsetzungen sind sittlich. Wenn er im „Fürsten" unsittliche Mittel empfahl, so geschah das aus der Einsicht, daß man in jenen Zeiten maßloser Verderbnis mit Moralitäten eben nicht weit kam.

Auf alle Fälle gehören die Werke Machiavellis zu dem Scharfsinnigsten, was jemals über Politik geschrieben worden ist. Jeder kann aus ihnen lernen und jeder kann sie ohne Gefahr für seine Seele lesen, wenn er sie nur genau und nachdenkend liest.

Denn Machiavelli, um es zum Schluß noch einmal zu sagen, war ja gar kein Machiavellist!

Die bedeutendste Sonnenfinsternis.

Die Sonnenfinsternis vom 29. Juni wird von allen Freunden der Himmelskunde mit großem Interesse erwartet, wenngleich Deutschland außerhalb der Totalitätszone liegt, und wir erst am 30. Juni 1934 eine totale Sonnenfinsternis erwarten dürfen, deren Zentrallinie wenigstens Ostpreußen berührt. Nach den Berechnungen der Astronomen ist zwar in der Zukunft für Deutschland alle 29 Jahre eine Sonnenfinsternis zu erwarten, aber ein einzelner Ort wird nur selten von einer zentralen Finsternis berührt, etwa alle 250 Jahre, also nur viermal im Jahrtausend. Wir Menschen haben ja selten Gelegenheit, in die ferne Zukunft zu blicken, und so bereitet es denn ein eigentümliches Gefühl, wenn wir genau feststellen können, daß die bedeutendste Sonnenfinsternis des nächsten Jahrtausends in 800 Jahren zu erwarten ist. Lizentiat O. Schrader hat dieses denkwürdige Datum berechnet und teilt darüber näheres im neuesten Heft der Monatsschrift „Die Sterne" mit. Am 21. Juli 2726 tritt der Neumond um 12 Uhr 38 Minuten nachmittags ein, und zugleich befindet sich der Mond in allergrößter Erdennähe. Da nun zugleich die Sonne nur 3,30 Grad über ihre größte Erdennähe hinaus ist, sind damit die allergünstigsten Bedingungen für eine große Totalfinsternis gegeben. Schon im Anfang, im amerikanischen Teil des Atlantischen Ozeans, dauert die Totalität 3 Minuten 10 Sekunden; die Dauer steigert sich beim Fortschreiten des Mondschattens schnell. Gegen 11 Uhr vormittags erreicht die Finsternis das europäische Festland in der Bretagne, geht über Saint Malo und die Normandie ganz nahe an Paris vorüber und verläuft weiter über die Campagne nach Straßburg. Die Totalitätsdauer erreicht in unmittelbarer Nähe von Paris um 11 Uhr 20 Minuten die außerordentliche Dauer von 5 Minuten 52,5 Sekunden. Sie nimmt bei dem weiteren Gang der Finsternis durch Süddeutschland noch zu, führt durch Oberbayern in der Richtung Memmingen, Rosenhain, Reichenhall nach Oesterreich. In Biberach wird die Finsternis beim Meridiansdurchgange im Höchststande der Sonne gesehen und steigt zu vollen sechs Minuten. So wird also auch der 21. Juli 2726 für Süddeutschland ein großes Ereignis sein, denn hier wird man die bedeutendste Sonnenfinsternis schauen, die man bisher berechnet hat. Die Herrlichkeit des Himmelsschauspiels wird noch dadurch gesteigert, daß der hellste Fixstern des Himmels, der Sirius, nur wenig über den Meridian hinaus tief unter der total verfinsterten Sonne aufleuchtet, während rechts oberhalb der Sonne, nahe dem Zenith, die hellstrahlende Capella erscheint. Die schönsten Planeten, Merkur, Jupiter und Venus, werden zu dieser Zeit in herrlicher Pracht am Firmament erstrahlen, so daß der Verfasser wohl zum Schluß in den sehnsüchtigen Ruf ausbrechen kann: „Glücklich die Augen, wenn sie diese Himmelserscheinung schauen werden!"

B.

DAS ZEICHEN DES AM MEISTEN BEWAHRTEN DEUTSCHEN FLUGMOTORS

DAS BEWEISEN

SIEBZEHN von der F. A. I. anerkannte WELTREKORDE.

SECHS NEUE in den letzten Wochen aufgestellte WELTREKORDE.

DIE GROSSEN ERFOLGE in Albatros-, Dornier-, Heinkel-, Rohrbach- und anderen Flugzeugen.

DIE TATSACHE, dass ETWA 40 PROZ. aller deutschen Flugzeuge MIT BMW-MOTOREN FLIEGEN.

DER LIZENZ-NACHBAU in mehreren Ausland-Staaten.

DAS ZEICHEN FÜR DIE HOHE WERTSCHÄTZUNG ihrer hervorragenden Eigenschaften.

125000 km ZEITUNGSFLUG-DIENST ohne Motorstörung.

20000 km AFRIKAFLUG MITTELHOLZERS ohne Motorstörung.

DER TAGLICHE FLUGDIENST der Scadta im tropischen Klima.

UND TROTZDEM

sind DIE BMW-FLUGMOTOREN DIE BILLIGSTEN auf dem WELTMARKT.

Ihr hoher LEISTUNGSÜBERSCHUSS ist die BESTE GEWÄHR für die SICHERHEIT des LUFTVERKEHRS!

BAYERISCHE MOTOREN WERKE AKTIENGESELLSCHAFT MUNCHEN 46

Das wahre, ewig neue Frühstück!

entweder

Man kocht pro Person 1 starken Eßlöffel voll Knorr Haferflocken ¼ Stunde in Milch oder Wasser und salzt oder zuckert je nach Geschmack. Das Gericht wird durch etwas braune Butter verfeinert.

oder

„Knorritsch" das Rohkost-Frühstück.

Für jede Person werden abends 2-3 gehäufte Eßlöffel Knorr-Haferflocken, 1 schwacher Eßlöffel Zucker mit 3 Eßlöffel Milch zusammengerührt, damit das Ganze über Nacht ziehen kann. Am anderen Morgen reibt man 1 Apfel samt der Schale und dem Gehäuse hinein, gibt den Saft einer viertel Zitrone und nach Belieben 1-2 Kaffeelöffel geriebene Haselnüsse, Mandeln oder beides hinzu. Der Apfel kann auch durch Apfelsinen, Erdbeeren, Himbeeren, Kirschen usw., je nach Jahreszeit, ersetzt, bezw. ergänzt werden.

aber nur mit

Knorr Haferflocken

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater Opernhaus a. Platz d. Republ. 7 Uhr: Madame Butterfly. Schauspielhaus 8: Maß für Maß. Schiller-Theater 8 Uhr: Ehrenbürger

Städtische Oper Charlottenburg 7½ Uhr: Hanneles Himmelfahrt (geschl. Vorstellg.)

Theat. a. Nollendorfpl. Kurfürst 2091 8 U., Ende gegen 11 Uhr. Letzte 9 Vorstellg. Drei arme kleine Mädels. Operette von Walter Kollo

Deutsches Theater Norden 10334—37 8 U. Ende 10½ U. Der Hexer

Kammerspiele Norden 10334—37 8¼ Uhr. Ende 10 U. Letzte 9 Vorstellung. Papiermühle. Lustspiel von Georg Kaiser

Die Komödie Bismarck 2414/7316 8¼. Ende nach 10 Uhr. Der Snob. Komödie von Carl Sternheim

Theater des Westens 8¼ Uhr: Heinrich Heines erste Liebe. Sommerpr. 1—8 M.

SCALA Nollendorf 7360 8 Uhr: Noni und Horace und weitere 8 für Berlin neue Attraktionen

Varietety-Bühne Th. Königgrätz. St. Hasenheide 2110 8 Uhr: Die Schule v. Uznach

Komödienhaus Norden 6304 8 Uhr: Weiße Fracht

Thalia-Theater Täglich 8 Uhr: Wenn der junge Wein blüht

Lustspielhaus 8¼ Uhr: „Der Apfel"

Metropol-Theat. Täglich 8¼ Uhr: Glück in der Liebe

Walhalla-Theat. Heute 8¼ Uhr: Zum 1. Male Die Mädchenverführer. Sensationsstück in 4 Akten von Wald Parkett statt 4 Mk. nur 60 Pfg.

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr: Ein Sommernachtstraum. Morgen 8 Uhr: Jan der Wunderbare. Th. am Schiffbauerdamm 8 Uhr: Jan der Wunderbare

WINTERGARTEN im Rahmen des neuen Varieté-Spielplans DAGMA das ungelöste Rätsel. Rauchen gestattet!

Theater am Kottb. Tor Kottb. Str. 6 Tägl. 8 Uhr: Vom 16.-30. Juni Gastspiel der Original Leipziger-Fritz-Weber-Sänger

Neues Theater am Zoo 8¼ Uhr: Ueber 200 mal Dorine und der Zufall! Nitter, Sabo, Paulig, Charlé, Erhart-Hardt, Wilfan

Komische Oper 8¼ Uhr: Berlins einzigste Revue: Streng verboten!!! Die Revue der verbotenen Leidenschaften! Ueber 200 Mitwirk. / 8 Balletts. Vorverkauf s. d. Theaterkasse ab 10 Uhr unentgeltlich

Reichshallen-Theater 8 Uhr. 8 Uhr: Steffiner Sänger. Zum Schluß: „Eine Hochzeit in der Müllerstraße". Dönhoff-Brett'l: Varieté, Konzert, Tanz

Spritzpumpen zum Reklamepreis v. 7 M. an zum Schutzanstriche, Filtrieren, Spritzen usw. verkauft Krüger & Lathan Pumpenfabrik, Berlin S. 27. Alexanderstr. 14 2 M. v. Bahnh. Jannowitzbrücke

Berliner Ulk-Trio Neukölln, Lahnstr. 74/75 I

Rose-Theater Gartenbühne 8½ Uhr: Konzert und Bunter Teil. 8 Uhr: Der Vogelhändler. 8¼ Uhr: Die Perle aus Pommern

Salisbury-Bühne Dts. Künstler-Th. 8¼ Uhr: Bitte, wer war zuerst da?

Lessing-Theater 8¼ Uhr: Eugen Klöpfer mit seinem Ensemble: Abgemacht — Kuß!

Die herzlichsten Glückwünsche unseren Genossen

Franz Schlemminger, Friedrich-Karl-Ufer 5, der am 1. Januar, und Genossen

Fritz Böttcher, Luisenstraße 52, der am 1. Juni auf eine 25jährige Parteizugehörigkeit zurückblicken konnte.

I. Abteilung

Verein der Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer

Vor Konditionsannahme bei der Firma „Berliner Musikaliendruckerei", Lindenstr. 16-17, sind unbedingt vorher Erkundigungen bei der Verwaltung Engelufer 21/25 Zimmer 17, einzuziehen.

Der Gauvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Donnerstag, 23. Juni, abends 6 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstr. 83/85

Branchenversammlung

der Zigaretten-Maschinenführer und Betriebshandwerker.

Tagesordnung: 1. Bericht von den Verhandlungen in Hamburg. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Um 5 Uhr im Zimmer 14 des Verbandshauses, Linienstraße 83/85

Konferenz

der Vertrauensleute der Zigaretten-Maschinenführer und Betriebshandwerker.

Wir bitten die Kollegen, zu beiden Veranstaltungen pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

R. 5.— Mk. an

von ca. 300 Landparzellen ca. 100 verk. Pa. Gartenboden, 20 Min. v. Bahn. Verkäufer Sonntag, Dienstag und Sonnabend im Restaurant „Zu den drei Linden", dir. am Bahnhof Fredersdorf. **Jul. Rieger,** Berlin C, Gontardstr. 5.

Auf Ihrer Sommer-Reise

liegt Ihnen doppelt daran, jederzeit vorteilhaft auszusehen. Aber wenn Sie auf der Reise eine Haarwäsche brauchen, fehlt hierzu meist die Gelegenheit. Nehmen Sie deshalb Schwarzkopf-Trocken-Schaumpon mit, denn dadurch wird Ihr Haar in 3 Minuten wie verwandelt: gereinigt und aufgefrischt, duftig und locker!

Die grüne Original-Dose zu Mk. 1.— mit praktischem Puderbeutel reicht monatelang.

Schwarzkopf Trocken-Schaumpon

die Haarwäsche ohne Wasser

Für die gründliche Kopfwäsche verwenden Sie nach wie vor das altbewährte Schwarzkopf-Schaumpon oder die neue Schwarzkopf-Kamillen-Haarwäsche in der praktischen Spritzflasche!

Nacht ist Ernst, Schweiß und Qual, Wochenend-ein Glückstal!

Das lehrt die Große Ausstellung am Kaiserdamm, die Sie sich schleunigst ansehen müssen, da sie nur noch bis zum 3. Juli dauert (täglich von 9 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends). Herrlicher Nachmittagsaufenthalt in den Terrassen am Funkturm neben dem Wochenend-Dorf. — Eintrittspreis 1.— M., Jgdl. 0.50 M. Familienkarten f. 3 Erw. od. 2 Erw. u. 2 Jgdl. nur 2.— M. Erwerbslose (geg. Ausweis) 0.30 M.

Freitag, den 24. Juni

Gr. Sonnenwendfeier

am Funkturm

mit Volkstänzen und Volksliedern

Darbietungen Märkischer Wandererkreise

Riesen-Feuerwerk-Schauspiel

ausgeführt von Gebr. Boek